

Sezession

Volk

Thor v. Waldstein
Begriffe vom Volk

Caroline Sommerfeld
Wer gehört zu uns?

Ellen Kositzka
Rechtsfäkal

Eberhard Straub
Kulturvolk

Alexander Gauland
Populismus

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-
Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen
Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.)
und Erik Lehnert

17. Jahrgang, Heft 88,
Februar 2019

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.

Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr.

Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlängert es
sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten. Manuskripte sind
übrigens stets willkommen und sollten
als Kurzbeitrag 9000 und als Grundla-
genbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 9043 99
Fax: (03 46 32) 9043 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

- 1 **Das gespaltene Volk**
Götz Kubitschek

Bild und Text

- 2 **rechtsfäkal**
Ellen Kositza

Thema

- 4 **Volk – ein deutscher Begriff**
Thor v. Waldstein
- 10 **Organismus oder Konstrukt?**
Gunnar Thümen
- 14 **Populismus und Demokratie**
Alexander Gauland
- 22 **Ethnizität und Exterritorialität**
Benedikt Kaiser
- 28 **Volk – Volkssouveränität – Verfassung**
Maximilian Kraß
- 32 **Wer gehört zu uns?**
Caroline Sommerfeld
- 38 **Deutschland – nur noch Siedlungsgebiet?**
Felix Dirsch
- 42 **Die unpolitischen Prämissen des
deutschen Niedergangs**
Hans-Dietrich Sander
- 46 **Kulturvolk**
Eberhard Straub
- 52 **Fachkräftemangel und
Wachstumsverzicht**
Felix Menzel
- 54 **Nation oder Kompetenzfestung?**
Johannes Konstantin Poensgen

Bildteil

- 56 **Volksgesichter**
Christopher Webster

Bücher

- 62 **Volkshetze**
Manfred Kleine-Hartlage
- 64 **Die Herrschaft des Volkes**
Jörg Seidel
- 68 **Rezensionen**

Das gespaltene Volk

von Götz Kubitschek

Lage 2019: Wir sind dort angekommen, wo die Auseinandersetzung auf Messers Schneide steht. Die Kontrahenten gehen von völlig unterschiedlichen, nicht mehr vermittelbaren Wegen in die Zukunft aus. Nur für den naiven, den oberflächlichen Blick ist das noch eine politische Auseinandersetzung vom Schlage der alten, harmlosen Rangeleien zwischen CDU und SPD. Wer wacher und kälter schaut, entdeckt einen geistigen und parteipolitischen Weltanschauungskampf.

Die Verdoppelung des Stimmenanteils der »Grünen« binnen weniger Monate ist ein Beleg für die Unversöhnlichkeit der Positionen in einem gespaltenen Volk. Er ist außerdem ein Beleg für die Kluft, die sich innerhalb der »Linken« aufgetan hat und die sich unüberbrückbar ausweiten wird, sofern sich die traditionelle Linke nicht dem grünen Ansatz unterordnet. Mit der traditionellen Linken, wie sie derzeit Sahara Wagenknecht oder Bernd Stegemann verkörpern, könnten wir leben. Sie könnte durchaus wieder die am Gesamtwohl orientierte Linke werden, die sie einst war und die auf die Asozialität des grünen Klientels ähnlich konsterniert blickt wie wir. Die traditionelle Linke hatte »etwas vor« mit dem Volk, bemühte sich um die Abgehängten, kannte den Zusammenhang von National- und Sozialstaat und ist gerade dabei, dieses Erbe wiederzuentdecken und den blinden Fleck, das Volk, in den Blick zu nehmen.

Der grüne Aufstieg hingegen ist der Beleg dafür, daß sich die »Zivilgesellschaft« vom AfD-Schock erholt und einen Strategiewechsel vorgenommen hat: Bisher liefen alle Versuche der Abwehr einer Alternative darauf hinaus, das Erfolgsrezept dieser neuen Partei und seines Vorfelds zu studieren und es dort ins eigene Profil einzupassen, wo es mit der eigenen Identitäts- und Nationsvergessenheit vermittelbar war. Den mächtigsten Vorstoß in diese Richtung unternahm die CSU, deren Kraftprobe mit Merkel jedoch nicht mehr ausgereicht hat, um vom Wähler einen erneuten, einen »letzten« Vertrauensvorschuß einzustreichen. Zu naheliegend ist die Alternative.

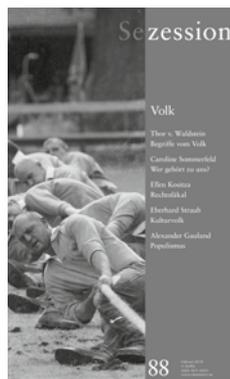
Das grüne Konzept steht solchen Versuchen (die im Grunde sogar Verständigungsversuche sind) diametral entgegen. Man faßt dort die Realitätswahrnehmung der Bürger und den

Aufstieg der AfD überhaupt nicht mehr als etwas auf, das einen realen Grund haben und eine Reaktion auf politische Fehler sein könnte. Die Grünen betonen vielmehr, daß man es genau so und nicht anders gewollt habe, wie es in den vergangenen Jahren ablief. Das grüne Konzept ist das der offenen Grenzen, der Dekonstruktion des Entstandenen, der Totalemanzipation des Ichs auf Kosten der Allgemeinheit, des Neubaus der Gesellschaft und der moralistischen Weltordnung. Nach den Wahlen in Bayern und in Hessen atmete man überall dort auf, wo diese Klientel es sich gutgehen läßt: in den Redaktionen, den *social-engineering*-Werkstätten, den *Communities* und Speckgürteln rund um die universitätsnahen, gutsituierten grünen Zentren, und es sind genau diese Areale und Lebenswelten, in denen sich große Zumutungen, Gesellschaftsexperimente und Unsicherheiten noch nicht spürbar auswirken.

Die grüne Zivilgesellschaft hat tatsächlich nicht den Eindruck, sie hätte in den vergangenen Jahren das Recht gebeugt und Gesetze gebrochen. Vielmehr, so das Argument, habe man eine Überzeugung politisch umgesetzt: daß weder Volk noch Nation Größen seien, für die plausible, historische, rechtliche oder lebenspraktische Gründe des Fortbestands vorgebracht werden können.

Wo es aber das »Volk« als Kategorie, als wahrnehmbare Größe nicht mehr geben oder sogar noch nie gegeben haben soll, wird man über seinen Vorrang in politischen Entscheidungen nicht mehr streiten können. Der Auseinandersetzung ist die gemeinsame Diskussionsgrundlage entzogen: Das Wohl des Volkes ist durch ein Wohl für eine Anzahl zufällig kürzer oder länger hier lebender Menschen ersetzt worden, und diese Unverbindlichkeit bedeutet letztlich: Asozialität mit gutem Gewissen.

Das ist der Kern der Unversöhnlichkeit zwischen zwei Lagern. Die Frontlinie verläuft zwischen Paris und Peripherie (Frankreich), Küste und Flyover States (USA), Grünen und AfD, und die Fragen, die sich an ihr entlang stellen, sind nicht mehr mit einem Vielleicht, sondern nur noch mit Ja oder Nein zu beantworten. Dies spaltet unser Volk, und daran sind nicht wir schuld. ■



rechtsfäkal

von Ellen Kositzka

Bereits seit Wochen pflege ich – immer mal wieder – mit dem Töchterlein Diskussionen darüber, wer ein »Prominenter« ist. Das Thema hatten sie gerade in der Schule. Es ist nicht einfach. Angela Merkel dürfte nahezu 100 Prozent der Deutschen ein Begriff sein, Helene Fischer über 90 Prozent. Aber was wäre mit ... Christian Kracht? Jonathan Meese? Neo Rauch? Könnten über fünf Prozent der Deutschen irgend etwas mit diesen Namen verbinden? Im ländlichen Süden Sachsen-Anhalts definitiv nicht. Bei Namensabfragen wie Tom Kaulitz oder Katja Krasavice sähe es hier anders aus, selbst unter Befragten im Erwachsenenalter.

Tja, was macht Prominenz mit dem Prominenten? Ich war mir heute nicht zu blöd, vierzehn Leute in meiner Umgebung – ja, das gilt noch nicht als repräsentativ; außerdem wissen die Leute, daß ich oft solche Kurzinterviews führe – zu fragen, was sie mit dem Namen Michel Houellebecq verbinden: eine Mitarbeiterin (bewußt *nicht* unsere Vertriebschefin!), zwei Lehrer, einen Postmenschen usw. Fünf mit akademischem Abschluß, neun ohne. Die Mitarbeiterin konnte den jüngsten Titel und den vorletzten Titel nennen – beide Bücher haben wir hunderte Male verkauft. Von den anderen kannte nur eine den Namen, aber keinen Buchtitel. Nun hat dieser Houellebecq immerhin ein paar Dutzend Millionen Bücher weltweit verkauft. (Bücher, dies für den Rest der Welt, sind diese Dinger aus Papier und Pappe, wo sich die Leute was drauf einbilden, wenn sie darin lesen.)

Was ich sagen will: Auch hier zeigt sich ein Riß, eine Kluft. Einer, der ein paar tausend Deutschen als literarischer Gott gilt, sagt dennoch der überwiegenden Mehrheit nichts. Jetzt wird es kompliziert: So sehr Houellebecq von geisteswissenschaftlichen Akademikern, also von mehrheitlich linksliberalen Menschen, geschätzt wird (auch wenn es keine Hochliteratur ist: Schuhverkäufer und Lokführerinnen lesen solche Romane nicht), so wenig ist dieser Autor linksliberal. Grad im Gegenteil. Houellebecq ist (übrigens genausowenig wie Sarrazin) andererseits keine typische Lektüre für Pegidagänger und Verwandte. Adam Soboczynski, ein zwar habituell ein bißchen autistisch wirkender, dennoch kluger *ZEIT*-Autor, hat zurecht diese Frage gestellt: »Michel Houellebecq hat sich als

neurechter Denker zu erkennen gegeben. Seltsam nur: Die Kritiker blenden das weitgehend aus. Warum eigentlich?« Das ist die Frage.

Wir sehen den vielfach preisgekrönten Prominenten hier auf einem Photo, das weder schmeichelhaft ist noch das Gegenteil. So schaut er halt aus, der sechzigjährige Geschichtenerzähler, der vielfach preisgekrönte knallharte Misanthrop und überzeugte Pessimist: weiche Hand, schütteres, im übrigen unfrisirtes Haar, knittriges Gesicht mit herabgezogenen Mundwinkeln. Gebeugte Haltung, beinahe zusammengesackt. Das Jackett ist nicht wirklich maßgeschneidert, erst recht nicht die schlotternde Blue Jeans. Die Beine hat er übereinandergeschlagen, was man nicht als genuin unmännliche Haltung bezeichnen möchte, allein: Der Eindruck großer Schwäche vermittelt sich dadurch, daß es das linke, überschlagene Bein nicht ganz über das rechte Knie geschafft hat, jedenfalls nicht inklusive Jeansstoff.

Was wäre das passende Attribut für diese Erscheinung? Gealtert oder verbraucht träfe es nicht ganz, beides erfaßte nicht die geistige Haltung hinter dem Äußerlichen. Abgehalftert? Abgefickt (um die Zeitgenossenschaft zu betonen)? Liebenswertig jedenfalls erscheint hieran nichts. Ein Säugling mit vom Weinen verzerrten Gesicht erschüttert und rührt uns – sechzig Jahre später hingegen hat er keine Chance mit seinem Gezeter. Durch die Brille des Mitleids betrachtet: Dieser Mensch, Houellebecq, leidet seit langem an Depressionen. Seine stets zumindest autobiographisch grundierten Romane geben Zeugnis davon. Der Mann leidet wirklich. Ist er uns dadurch sympathischer? Leider nicht. Aber er spiegelt gewisse Bedürfnisse, gewisse Nöte – daher sein durchschlagender Erfolg.

Niemand verkörpert und symbolisiert selbst subkutan so sehr den unheimlichen Aufstieg der Rechten wie Houellebecq – leider. Es ist eine seltsam heterogene Rechte, die in den vergangenen Jahren ans Licht der Öffentlichkeit gekommen ist. Genuin rechte Affekte pflegen sich nämlich aufzuspalten – je nach Trägersubstanz. Heimatliebe kann zur Besinnung auf's Eigene führen oder zum Haß auf alles Fremde. Feminismusskepsis kann Misogynie bedeuten oder eine Betonung der Weiblich- und Mütterlichkeit. Daß selbst Linksliberale Houellebecqs »proph-



tische Fähigkeiten« und seinen »glasklaren Zynismus« bewundern, nämlich unter dem Mäntelchen der reinen Literaturkritik, ist vielsagend. Logisch: Er ist ja kein Politiker oder »Metapolitiker«, sondern nur der »Seismograph« – wer würde denn auf einen solchen eindreschen?

Herr Soboczynski schrieb (freilich nur teils wahrheitsgemäß) : »Während die gesamte Buch- und Medienbranche durchdreht, wenn der neu-rechte Antaios-Verlag ein paar Ladenhüter auf der Messe vorstellt oder Uwe Tellkamp in Dresden Ungelenkes zur Meinungsfreiheit formuliert, ist man bereit, Houellebecq auch im linksliberalen Milieu zumeist mit nervöser Ehrerbietung zu feiern. Das ist nicht selbstverständlich, wo es doch immer und überall um die berühmte Haltung geht, die man publizistisch gegen rechts so braucht. Und es ist regelrecht kurios, wenn man sich Houellebecqs allerneueste politische Verlautbarungen vor Augen führt. In der gesinnungsethisch so superfein justierten Publizistik unserer Zeit müsste man solche frohen Botschaften geißeln wie Pest, Cholera und Gauland zusammen, aber hier wird auf einmal die Zartheit der Beschreibung der Depression gewürdigt.«

Oh ja – und nun, angesichts der Veröffentlichung des neuen Romans *Serotonin* wieder einmal! Von der FAZ nicht zu reden – selbst die Kritiker der *taz* und der *Frankfurter Rundschau* zeigen sich literarisch hochbeglückt. Kapierten sie nicht, daß Houellebecqs Schreibe keine Rollenprosa ist? Daß es ihm reichlich ernst ist mit seiner Islamkritik, seinem Frauenhaß?

Mensch! Heute bleiben Romane ungedruckt, weil Verlagschefs finden, es dürfe nicht sein, daß innerhalb der Handlung eine junge Europäerin einem Moslemmädchen zur Seite springt – denn dies weise Muslimen eine Rolle als hilfsbedürftige Opfer zu. Werbung wird vom Netz genommen, weil man ein Tüpfelchen Sexismus zu erkennen meint, »Klimawandelskeptiker« werden gebrandmarkt, weil sie gegen ein weiteres Gebot der politischen Korrektheit verstoßen. Und Houellebecq hingegen, der hier – erneut, und stets

ironiefrei – »Mösen« nach ihrer Faltigkeit beurteilt und Münder danach, wie gut sie sich auf Fellatio verstehen, wird mit Meriten überschüttet, als stünde er unangreifbar in einer Reihe mit Homer, Shakespeare, Goethe und ... Mosebach.

Es ist mehr als ulkig, wie die Klientel, die als Scharfrichter über die Grenzen der Meinungsäußerungsfreiheit entscheidet und dabei liebend gern mit dem Fallbeil spielt, diese kaputten, fäkalrechten Grenzüberschreitungen goutiert. Soboczynski hat recht: »Houellebecq ist kein Spieler, kein Provokateur, kein Clown. Er schreibt, was er denkt. Und er sagt, was er meint. Und was geschieht, wenn man ihn, gewiß zu seinem Vergnügen, aus Opportunismus gegen den Strich liest, ist leider sehr simpel, und man traut es sich wegen der Floskelhaftigkeit kaum auszusprechen: Man macht rechtes, anti-liberales Gedankengut salonfähig.«

Ja. Nur: Das ist nicht *unser* Verständnis von »rechts«, nicht *unser* Antiliberalismus. Es ist dessen Perversion. Wie dichtete die aufmüpfige, kurhessische Spitzfeder Franz von Dingelstedt (1814–1881) bezüglich des damals schon sprichwörtlichen »Deutschen Michels« in seinen *Liedern eines kosmopolitischen Nachtwächters*?

Herr Michel und der Vogel Strauß
Sind leibliche Geschwister:
Aus diesem guckt's Kamel heraus,
Aus jenem der Philister.

Sie flögen gern und könnten's auch,
Die Schwingen sind gegeben,
Doch bleiben sie nach altem Brauch
Fein an der Erde kleben.

Der eine birgt den Kopf im Sand
Und läßt den Steiß sich blasen,
Der andre wühlt sich mit Verstand
In Bücher ein und Phrasen. (...)

Ihr, Franzosen, habt Euren Michel. Wir unseren. Wirklich gut dran ist derzeit keiner von uns. ■

Volk – ein deutscher Begriff

von Thor v. Waldstein

Nach den bereits im Mittelalter erhobenen Ansprüchen des Volkes auf Mündigkeit dauert es bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, bis sich in Deutschland aus der bleiernen Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg langsam das Heranzubilden beginnt, was später als Nationalbewußtsein bezeichnet werden wird. Noch 1768 hatte Lessing seinen Landsleuten, mit einem Seitenblick auf die vorrevolutionären Entwicklungen in Frankreich, ins Stammbuch geschrieben: »Wir Deutsche sind noch keine Nation«. Gleichwohl begann sich der Begriff des Volkes allmählich zu politisieren. Zu einem Äquivalent dessen, was man in Frankreich als *nation* und in Großbritannien als *nation* verstand, wurde Volk in Deutschland zuerst im Laufe des 19. Jahrhunderts, aber gegen Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte sich »Volk« zu einem aktionistischen Zukunftsbegriff, mit dem die Deutschen vor allem zweierlei verbanden:

- ◆ das über den eigenen Tellerrand der Familie, Sippe und Region hinausweisende *Bewußtsein*, das gemeinsame Schicksal eines Volkes zu teilen, *und*
- ◆ den aus diesem Bewußtsein sich heranbildenden *Willen*, über sich selbst zu bestimmen.

Friedrich Schiller beschwor die Deutschen, sich im Wege einer Nationalerziehung als Kulturnation heranzubilden und einen gemeinschaftlichen Geist zu begründen. Schon 1782 definierte er das, was er später in seinen Dramen so wirkmächtig in Szene zu setzen wußte: »Nationalgeist eines Volkes nenne ich die Ähnlichkeit und Übereinstimmung seiner Meinungen und Neigungen bei Gegenständen, worüber eine andere Nation anders meint und empfindet. [...] wenn wir es erlebten, eine Nationalbühne zu haben, so würden wir auch eine Nation.« Und an dieser Nationwerdung hatte Schiller keine Zweifel: »Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte, doch der Tag der Deutschen ist die Ernte der ganzen Zeit.«

Die kopernikanische Wende bei der Entwicklung des Volksbegriffes vollzieht schließlich Johann Gottfried Herder. Er löste den Begriff aus seiner früheren Bedeutung, bei der man das Volk vor allem mit Unterschicht, willenloser Gefolgschaft oder nicht selbstbestimmender Bevölkerung in Verbindung gebracht hatte. Herder ist der eigentliche weltanschauliche Entdecker der soziologischen Größe Volk, die er zu einer gemeinschaftlichen, mit Sprache, Seele und Charakter begabten Individualität aufwertet. Sein Lebenswerk widmete er der Titanenaufgabe, die Deutschen von ihrer chronischen geistigen Zerrissenheit und politischen Zwietracht zu befreien. Aus der Selbstbesinnung auf den eigenen Wert, auf das reiche geschichtliche und geistige Erbe der Deutschen, sollte die politische Kraft heranwachsen, mit der das deutsche Volk die Stürme der kommenden Zeit bestehen würde. Geprägt von der Montesquieuschen Philosophie beschwört Herder die Notwendigkeit eines *esprit général*, eines gemeinschaftlichen

Auszug aus dem Vortrag des Verfassers »Der Volksbegriff in der deutschen Verfassungsgeschichte« auf der IfS-Winterakademie am 19. Januar 2019 in Schnellroda.

»Ehren wollen wir die alten Sitten, die alte Treue und Redlichkeit unserer Väter; ehren die mutige, freudige Sprache, die unsere Kindheit zuerst gelallt hat; ehren alles, was einfältig, schlicht, redlich und gerecht ist; ehren und behaupten das Eigene vor dem Fremden. So allein werden wir mitten in allen Welterschütterungen feststehen und viele fest machen, so allein werden wir uns würdig machen schönerer Zeiten und Ehren unseres Volkes; so allein werden wir uns selbst gleich, werden wir wieder Deutsche werden.«

Ernst Moritz Arndt: Hoffnungsrede vom Jahr 1810.

Geistes, durch den das Volk und sein Charakter geprägt werde. Herders Volksbegriff ist also nicht zuletzt spirituell begründet, weswegen es nicht verwundern kann, daß er der Sprache eines Volkes besondere Bedeutung beimißt. Die Sprache verkörpere den Charakter einer Nation, sie sei das Organon seiner Seelenkräfte und das wesentliche Mittel seiner Bildung:

»Wer in derselben Sprache erzogen ward, wer sein Herz in sie schütten, seine Seele in ihr ausdrücken lernt, der gehört zum Volk dieser Sprache [...] Mittelst der Sprache wird eine Nation erzogen und gebildet; mittelst der Sprache wird sie ordnungs- und ehrliebend, folgsam, gesittet, umgänglich, berühmt, fleißig und mächtig. Wer die Sprache seiner Nation verachtet [...] wird ihres Geistes [...] gefährlichster Mörder.«

Der traurigen Einzelmenschenphilosophie eines Jeremy Bentham, wonach das oberste Staatsziel in der Schaffung einer »greatest happiness of the greatest number« bestehe, wirft Herder den großartigen Satz entgegen: »Jede Nation hat ihren Mittelpunkt der Glückseligkeit in sich, wie jede Kugel ihren Schwerpunkt.« Für Herder sind alle Nationen nur Zweige am Stamm der Menschheit, jede Nation verkörpere nur eine »Facette in einer numinosen, geordneten Mannigfaltigkeit«. Europa sei ein »große(r) Garten, in dem Völker, wie Gewächse erwachsen«:

»Die Natur hat Völker durch Sprache, Sitten, Gebräuche, oft durch Berge, Meere, Ströme und Wüsten getrennt [...] Die Verschiedenheit [...] sollte ein Riegel gegen die anmaßende Verkettung der Völker, ein Damm gegen fremde Überschwemmungen werden: denn dem Haushalter der Welt war daran gelegen, daß [...] jedes Volk und Geschlecht sein Gepräge, seinen Charakter erhielt. Völker sollen nebeneinander, nicht durch- und übereinanderdrückend wohnen.«

»Der Einzelne und das Volk gehören verschiedenen Welten an. Ich habe mich auf die Seite des Volkes gestellt – vielleicht, weil ich im deutschen Volke den größten Helden erlebt habe, der kein Einzelner war, sondern dieses Volk selbst.«

Alfred Bäumler in einem Brief an Ernst Jünger vom 7. Januar 1929.

Herder ist daher nicht nur eine Schlüsselfigur der deutschen Geistesgeschichte, er ist darüberhinaus der Vater des Ethnopluralismus, der philosophische Schöpfer der »Welt der tausend Völker« als diametraler Gegenbegriff zur *one world*: »Unmöglich kann der Mensch als wie Meeresschleim mit allem zusammenfließen, unmöglich alles im gleichen Grade lieben. – Er schadet damit dem Guten so sehr als dem Bösen und verliert zuletzt ganz sein Urteil und seinen Standpunkt.« Insonderheit die osteuropäischen Völker, bei deren Nationwerdung die Sprache eine besondere Rolle spielte, verdanken Johann Gottfried Herder viel, nicht zuletzt das eindrucksvolle Renouveau der Idee der Nation nach der historischen Wende 1989/91. Die stets frischen Blumen an seinem Denkmal in Riga symbolisieren, daß sein geistiges Erbe in Osteuropa nicht vergessen ist.

Waren auf diese Weise die philosophischen Grundlagen der Volk- und Nationwerdung geschaffen, sollten im Folgenden die Französische Revolution 1789 und die historischen Abläufe in Europa bis zum Wiener Kongreß 1815 entscheidend für die weitere Entwicklung dessen werden, was wir nach dieser geschichtlichen Epoche unter einem Volk zu verstehen haben. In Deutschland löste die Zäsur von 1806, die Niederlage Preußens gegen Napoleon in Jena, und der Untergang des Alten Reiches, eine Ideenbeschleunigung der besonderen Art aus: Der Name, der zur Kennzeichnung dieses Phänomens an erster Stelle genannt werden muß, lautet Johann Gottlieb Fichte. Ganz von der Geisteswelt des Genfer Philosophen Jean-Jacques Rousseau geprägt, löste sich Fichte unter dem Eindruck der napoleonischen Kriege von seinem individualistischen, allein in den Antipoden Ich und Nicht-Ich gefangenen Tunnelblick eines wurzellosen Weltbürgertums. Aufbauend auf dem von Herder entwickelten Zusammenhang zwischen Nation und Sprache hielt er im Winter 1807/08 in dem von den Franzosen besetzten Berlin seine berühmten »Reden an die deutsche Nation«. Darin verweist er darauf, daß jeder Mensch einem Volke entstamme, ihm verdanke der Einzelne die Entwicklung »zu dem, was er jetzt ist«. Der Nationalcharakter eines Volkes, sein inneres Leben, sein Geist und seine Sprache ließen sich nicht allein rationalistisch erfassen, sondern setzten einen vernunftunabhängigen Wesensgrund voraus. Dabei verfällt Fichte bisweilen wieder seinem alten Rousseau'schen Denkstil, wenn er jetzt – quasi auf der philosophischen Überholspur – Menschheit mit Deutschheit

verwechselt und seinem eigenen Volk eine Überlegenheit über andere Völker zusprechen will, die auf der Grundlage des Herderschen Ethnopluralismus für das Selbstbewußtsein und die Selbstbehauptung eines Volkes überhaupt nicht erforderlich ist. Denn das Selbstwertgefühl, die Selbstachtung eines Volkes beruht auf der rückhaltlosen Bejahung des Eigenen, die Kritikfähigkeit gegenüber dem Weg der eigenen Nation nicht ausschließt. Und diese Bejahung des Eigenen leitet ihre Kraft gerade nicht aus einem ressentimentgeladenen Blick auf das Fremde ab. Diese nicht zu übersehenden Webfehler im Denken Fichtes führten dazu, daß Hegel ihn später als philosophischen Jakobiner bezeichnen sollte. Bernard Willms wollte in seiner fulminanten Fichte-Dissertation gar eine »immanent terroristische Struktur des Fichteschen Denkens« entdeckt haben. Diese herbe Kritik ändert freilich nichts daran, daß die *Reden an die deutsche Nation* zu einem Schlüsseltext der deutschen Erhebung gegen Napoleon wurden.

Kurze Zeit später prägte Novalis die Formel von der »Nation als Makroanthropos und potenziertes Individuum« und der staatsrechtliche Kopf der deutschen Romantik, Adam Müller, definierte ein Volk als

»die erhabene Gemeinschaft einer langen Reihe von vergangenen, jetzt lebenden und noch kommenden Geschlechtern, die alle in einem großen, innigen Verbands zu Leben und Tod zusammenhängen, von denen jedes einzelne, und in jedem einzelnen Geschlechte wieder jedes einzelne Individuum, den gemeinsamen Bund verbürgt und mit seiner gesamten Existenz wieder von ihm verbürgt wird; welche schöne und unsterbliche Gemeinschaft sich den Augen und Sinnen darstellt in gemeinschaftlicher Sprache, in gemeinschaftlichen Sitten und Gesetzen, in tausend segensreichen Instituten [...]«

Trotz der Restaurationszeit nach dem Wiener Kongreß und den Karlsbader Zensurbeschlüssen von 1819ff. sind die Geister, die durch die Epoche von 1789 bis 1815 geweckt wurden, nicht mehr in die Flasche des *ancien régime* zurückzubringen. Das Volk, das sich zunächst nur als etwas Natürliches, Gewachsenes empfunden hatte, mausert sich unter dem seit der Aufklärung herrschenden Primat des Willens zu einer Nation als etwas bewußt Gebildetes. Das Volk *ist*, die Nation *wird*. Joseph Görres betont 1819 die Wichtigkeit der Generationenfolge in einem Volk, bei der es maßgeblich darauf ankomme, »daß der Väter Geist noch ruhe auf den Enkeln, und nicht etwa ein neues Volk, Bastarde der benachbarten Völkerschaften, eingewandert und [...] einen anderen Tempel aufgebaut«. Und Wilhelm von Humboldt faßt 1827 den voluntaristischen Aspekt noch einmal wie folgt zusammen: »Eine Nation wird erst wahrhaft zu einer, wann der Gedanke es zu wollen in ihr reift, das Gefühl sie beseelt, eine solche und solche zu sein.«

Schon bei Hegel zerfließen die Begriffe Volk und Nation ins Ununterscheidbare. Hegel exekutierte die Romantik und deren pflanzenhafte Ideenwelt, denkt die Totalität des Politischen konsequent zu Ende und ist deswegen der philosophische Ahnherr dessen, was man seither als deutschen Staat bezeichnet. Bei ihm ist der Staat nicht nur Mittel und Geist des Volkes, sondern der Staat figuriert als die Wirklichkeit des Volkes selbst: »Das Volk, das den Staat ganz durchdrungen hat und ihn in diesem Sinne beherrscht«, wird zugleich vom Prinzip der Staatlichkeit durchdrungen und in diesem Sinne abhängig vom Staat [...] Wie ein neuer Leviathan droht der Hegelsche Staat die ursprünglich volkhafte Kräfte, aus denen er sich entfaltet hat, zu überdecken und zu erdrücken.« (Ernst Rudolf Huber). Die vermittelnden Gewalten in einem Volk, die Stände, Genossenschaften, Gemeinden, Familien, usw. werden mehr und mehr entmachtet, um – analog dem französischen Muster mit dem Wasserkopf Paris – die Zentralgewalt eines Staates zu begründen, der mehr und mehr zur Triebfeder des sozialen Apparats, zum einzigen und notwendigen Agens des öffentlichen Lebens wird. Immer mehr Bürger gelangen zu der fatalen Ansicht, keine einigermaßen wichtige Angelegenheit könne zu einem guten Ende geführt werden, ohne daß sich der Staat in diese Angelegenheit einmische. Der heutige omnipräsente Staat, der schon im Kreißsaal Steuernummern an die Neugeborenen vergibt, der die Bestattung der Verstorbenen bis ins Detail regelt und der zwischen diesen beiden Zeitpunkten kaum eine Lebenssituation des Individuums ausläßt, ohne zuvor seine Interventions-

»Wenn es kein Volk mehr gibt, in dem der einzelne eine selbstverständliche Zugehörigkeit fühlt – oder dieses Volk doch nur in Trümmern da ist –, wenn alles Masse wird in dem unerbittlichen Auflösungsprozeß, so mag das Werden eines neuen Volkes utopischer Inhalt romantischen Sehnsens sein. Aber der Antriebs behält sein Recht.«

Karl Jaspers

spektive Umverteilungswut ausgetobt zu haben, ist also ein unmittelbares Produkt der Geisteswelt von Georg Wilhelm Friedrich Hegel, dem Apostel der säkularisierten Staatsvergottung. Konsequenterweise lehnt Hegel daher auch den Gedanken der Volkssouveränität ab. In seinem rechtsphilosophischen Gedankengebäude ist Souverän nicht das Volk, sondern der Staat als die angebliche »Wirklichkeit der sittlichen Idee.«

Es ist das Verdienst von Leopold von Ranke, dieser Hegelschen Überbetonung des Staates, bei der alle intermediären Instanzen – von dem einzelnen bis zum Volk – ihrer ursprünglichen Rechte und Machtfülle beraubt werden, Widerstand geboten zu haben. In seinen genialen Jugendschriften aus den 1830er Jahren bündelt Ranke die Ideenwelt der vergangenen vier Jahrzehnte und erinnert – gegen Hegel – daran, daß die Völker und Nationen vor dem Staat da waren und irgendeines etatistischen Begründungsnarrativs nicht bedürfen: »Die Nationen haben eine Tendenz, Staat zu sein; doch wüßte ich keine einzige, die es wirklich wäre. [...] Der Staat ist seiner Natur nach bei weitem enger geschlossen als die Nation; er ist eine Modification wie des menschlichen so auch des nationalen Seins.« Und auch die Anmaßungen eines hypertrophen Humanismus, der die Rechte des einzelnen gegen die Rechte der Nation in Stellung bringen will, werden durch Ranke in einem klassischen Satz zurückgewiesen: »Die Idee der Menschheit, Gott gab ihr Ausdruck in den verschiedenen Völkern.« Bisweilen scheint es, als habe Ranke die ortlose Gesinnung des Industrienomaden des 21. Jahrhunderts vorausgeahnt, bei der der schöne Satz »Ubi patria, ibi bene« – »Wo mein Vaterland ist, geht es mir gut« einfach in sein Gegenteil verkehrt wurde: »Ubi bene, ibi patria« – »Wo es mir gut geht, (da) ist mein Vaterland.« 1836 formuliert Ranke:

»Unser Vaterland ist mit uns, in uns. Deutschland lebt in uns, wir stellen es dar, mögen wir wollen oder nicht, in jedem Lande, dahin wir uns verfügen, unter jeder Zone. Wir beruhen darauf von Anfang an und können uns nicht emancipiren. Dieses geheime Etwas, das den Geringsten erfüllt, wie den Vornehmsten, – diese geistige Luft, die wir aus- und einathmen, – geht aller Verfassung vorher, belebt und erfüllt alle ihre Formen.«

Wie die Folgeentwicklung bis 1848/49 zeigen sollte, fehlte es dem Volk zwar weiter an konkreter Souveränität zur Macht, als werdende politische Größe war es aber nicht mehr übersehbar. In der – später gescheiterten – Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849 wurden »Grundrechte des deutschen Volkes« verbrieft und selbst der Kaiser sollte bei seinem Eid auf die Verfassung schwören, daß er die »Rechte des deutschen Volkes« schirmen werde. »Volk« war also spätestens nach 1848 keine Objektbezeichnung, sondern ein aktiver Kampfbegriff, der mit der Anmeldung von Machtansprüchen verbunden war. Freudig rief Ferdinand von Freiligrath 1858 den Deutschen zu: »Noch gestern, Brüder, wart ihr nur ein Haufen; ein Volk, o Brüder, seid ihr heut.«

Es blieb Ferdinand Lassalle, dem »politischen Kopf der deutschen Sozialdemokratie« (Hermann Heller), vorbehalten, dieses geistige Klima zu nutzen, um ein »Recht des Volksgeistes auf seine eigene geschichtliche Entwicklung und Selbstverwirklichung« zu fordern. In bewußter Abkehr von der monoökonomistisch-internationalistischen Geschichtsdeutung von Marx und Engels verklammerte er die Begriffe Nation und Demokratie und machte klar, daß die angestrebten Rechte der Arbeiter nur in einem unabhängigen Nationalstaat zu verwirklichen seien. »Der Begriff der Demokratie«, schrieb er 1859, bedeute

»nichts anderes [...] als: Autonomie, Selbstgesetzgebung des Volkes nach innen. Woher aber sollte dieses Recht [...] kommen, wie sollte es nur gedacht werden können, wenn ihm nicht zuvor das Recht auf Autonomie nach außen, auf freie, vom Ausland unabhängige Selbstgestaltung eines Volkslebens vorausginge! Das Prinzip der freien unabhängigen Nationalitäten ist also die Basis und Quelle, die Mutter und Wurzel des Begriffs der Demokratie überhaupt.«

Das war dezidiert gegen die Position des deutschen Bürgertums gemünzt, das im Vormärz und auch noch nach 1848 versucht hatte, den Status als

»Was auch kommen mag, wir bleiben stehen in der Mitte Europas als ein zahlreiches, tüchtiges, ehrliebendes Volk [...] Wenn uns die Anderen aber als Auswurf der Menschheit und als ihre Schuldknechte behandeln, so rufen wir ihnen zu: Nehmt euch in acht, jede Knechtschaft hat einmal ein Ende [...] Wir glauben an die Menschheit. Erleben wir eine Enttäuschung, so werden wir nicht verzagen, denn wir glauben an unser Volk. Zu ihm wollen wir dann in Treue stehen, bis auch ihm die Freiheitsstunde schlägt.«

Friedrich Ebert (SPD)
im Reichstag am
22. Oktober 1918.

Nation für sich zu monopolisieren und die breiten Unterschichten von der Teilhabe auszuschließen. Diese Position eines volksgebundenen Sozialismus im weiteren auszubauen und zu vertiefen, blieb ihm indes verwehrt. Lassalle, der Hegel der deutschen Arbeiterbewegung, starb 1864 im Alter von nur 39 Jahren.

Der heute ganz zu Unrecht weitgehend vergessene Hermann Heller knüpfte an diese Lassalle'schen Positionen an und strebte danach, den Gegensatz zwischen Sozialismus und Nation aufzulösen, und die bürgerliche Weimarer Gesellschaft in eine »nationale Volksgemeinschaft« bzw. eine

»nationale sozialistische Kulturgemeinschaft« umzugestalten. Voraussetzung jeder Staatsbildung sei »die Betätigung eines gemeinsamen Willensgehaltes, der fähig ist, die ewig antagonistische gesellschaftliche Vielheit zur staatlichen Einheit zu integrieren.« Heller erachtet soziale Homogenität zur Wahrung der politischen Einheit eines Volkes als unverzichtbar. Die stärksten und dauerndsten menschlichen Vergemeinschaftungen beruhen nicht auf organisatorischer, zweckbewußter Interessenverbindung, sondern hätten einen organischen naturhaften Kern. Die wichtigsten naturhaften Bindungen, welche die Menschen ohne ihr Zutun zusammenführen und von anderen absondern, seien »die Abstammung und die Landschaft. Beide bilden auch natürliche Grundlagen der Nation.« Entfalle diese Bindungskraft, dieser Wille zur nationalen Vergemeinschaftung, könne sich das Volk im Staat nicht mehr wiedererkennen und sich mit dessen Repräsentanten nicht mehr identifizieren; dann werde die bis dahin parlierende zur »diktierenden Partei«: »In diesem Augenblick ist die Einheit gespalten, sind Bürgerkrieg, Diktatur, Fremdherrschaft als Möglichkeiten gesetzt.« Jenseits abwegiger »sentimentaler Abstraktionen« sieht Heller den Hegelschen Nationalstaat als wesentliche Voraussetzung für jegliche Umsetzung

sozialistischer Politikinhalte. Gelänge es nicht, die »liberale Staatsangst [...], die noch so vielen Sozialisten in den Knochen sitzt«, zu überwinden, und die »ideologische Plattform einer gleichen und einheitlichen Menschengesellschaft« hinter sich zu lassen, bleibe der Sozialismus in der Ideenwelt seines Hauptgegners, des Kapitalismus, befangen und beraube sich schon von daher selbst jeglicher politischer Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft. Diese für die Nation zu gewinnen, sei das Alpha und Omega einer erfolgreichen linken Politik: »Uns (deutschen Sozialisten) ist die Nation kein Durchgangspunkt zu einem kulturlosen Menschenbrei, sondern die schicksalsgebundene Lebensform, in der wir an den übernationalen Zwecken der Menschheit allein mitarbeiten können und wollen.« Auch Heller, dem »Vater der Politischen Wissenschaft in Deutschland« (Hans Mommsen), blieb es verwehrt, sein geistiges Werk zu vollenden. Als Jude und SPD-Mitglied erlag er im Madrider Exil im November 1933 im Alter von nur 42 Jahren den Folgen eines Herzleidens, das er sich als Frontsoldat des Ersten Weltkrieges zugezogen hatte.

In Hellers Heimat urteilten die Gerichte ab 1933 erstmals unter der Formel »Im Namen des deutschen Volkes«. Im Kaiserreich und in Weimar waren diese noch »Im Namen des Reiches« ergangen. Daneben galten unter Hitler, obgleich durch eine Vielzahl von Verordnungen und Gesetzen überlappt und entkernt, kurioserweise die Verfassung des verhaßten Vorgängerstaates, die Weimarer Reichsverfassung, und die danach verbrieften Grundrechte des Volkes formell weiter. Wie die nachfolgen-



»Für mich ist ›Volk‹ eine Einheit der Seele. Alle großen Ereignisse der Geschichte sind nicht eigentlich von Völkern ausgeführt worden, sondern haben Völker erst hervorgerufen. [...] Was ein Volk von einer Bevölkerung unterscheidet, es aus dieser abhebt und wieder in ihr aufgehen läßt, ist stets das innere Erlebnis des ›Wir‹. Je tiefer dieses Gefühl ist, desto stärker ist die Lebenskraft des Verbandes.«

Oswald Spengler

den Jahre zeigen sollten, wurde der Volksbegriff indes nach und nach rassebiologisch ausgehöhlt, wobei die vermeintliche Überlegenheit der Rassentheorie kennzeichnenderweise gerade in argumentativer Abgrenzung zu »romantisch« geprägten Volksvorstellungen des 19. Jahrhunderts erwiesen werden sollte. Vor dem Hintergrund der Programmatik der NSDAP war dieser Abschied vom ethnischen Volksbegriff nur konsequent: »Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ...« (Punkt 4). Bürger jüdischen Glaubens, die oft auf eine generationenlange Zugehörigkeit zum deutschen Volk verweisen und an derer deutschen Identität keine vernünftigen Zweifel bestehen konnten, waren danach über Nacht aus dem deutschen Volk ausgebürgert. Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913, dem der ethnische Volksbegriff zugrunde lag, wurde durch das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 15. Mai 1935 (RGBl 1935 I, S. 593) in Teilbereichen außer Kraft gesetzt und im übrigen durch eine klassische Blankettnorm ersetzt, die der Willkür Tür und Tor öffnete: »Über die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit entscheiden die Einbürgerungsbehörden nach pflichtgemäßen Ermessen. Ein Anspruch auf Einbürgerung besteht nicht.« Die NS-Phraseologie bespielte zwar zwölf Jahre lang unablässig die Klaviatur neu kreierter Volksbegriffe, von »Ein Volk, ein Reich, ein Führer« bis zu »Du bist nichts, Dein Volk ist alles«, vom Volksempfänger bis zum Volkswagen, vom Völkischen Beobachter bis zur Volksaufklärung und vom Volksgerichtshof bis zum Volkssturm. Wenn es aber darauf ankam, etwa wenn man Beamter oder Soldat bleiben oder werden wollte, wenn man heiraten wollte, wenn man eine Gaststättenkonzession beantragte, usw., dann mußte der »Volksgenosse« zur richtigen Rasse gehören und konnte seinen Identitätsnachweis als deutscher Staatsbürger aus Weimarer Tagen gleich in der Tasche stecken lassen.

Der Volksbegriff wurde im Nationalsozialismus freilich nicht nur durch den Begriff der Rasse, sondern auch durch den Begriff der Masse unterwandert. Adolf Hitler hatte Gustave le Bons *Psychologie der Massen* sorgfältig studiert; seine ungeheuren Erfolge als politischer Redner vor und nach 1933 verleiteten ihn zu der Annahme, das Volk sei allein Knetmasse in den Händen seiner Führung. Schwanke diese Führung oder trete sonst ein unvorhergesehener Fall ein, verhalte sich das Volk wie eine verrücktgewordene Hühnerschar. In einer Geheimrede vom 10. November 1938 vor einem kleinen Kreis von Parteigrößen bezeichnete Hitler die Deutschen explizit als »Hühnervolk« und machte mit diesem zoologischen Vokabular deutlich, daß er das Volk nicht als aktiven Träger staatlicher Souveränität, sondern vor allem als sozialpsychologisch-passive Verschiebegröße betrachtete.

Im Lichte dieser doppelten Mißachtung des Volkes durch den Nationalsozialismus kann man es nur als tragisch bezeichnen, daß die deutsche Linke nach 1945 nicht willens und/oder fähig war, an die vorzitierte Lassalle-Hellersche Symbiose aus Sozialismus und Nation anzuknüpfen. Sozialismus, hatte Hermann Heller definiert, bedeute »nicht das Ende, sondern die Vollendung der nationalen Gemeinschaft«; aber über diese für die Deutschen so wichtigen Gedankenansätze schien die historische Entwicklung hinweggegangen. Umsonst ermahnte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher seine Genossen, diese beiden, seit Mitte des 19. Jahrhunderts wirkmächtigsten Politikfelder – gerade im Lichte des desaströsen Scheiterns der nationalsozialistischen Ideologie – wieder zusammenzudenken. Seine Partei wollte aber auf Gedeih und Verderb an der Macht im fremdbestimmten Westdeutschland teilhaben und ergab sich daher nach Schumachers Tod im Jahre 1952 mehr und mehr einem internationalistischen Sozialismus. Zu allem Überfluß wurde das SPD-Programm nach dem Godesberger Parteitag von 1959 mit liberalindividualistischen, dezidiert nationfeindlichen Elementen vermengt. Wer sich diese inhaltlichen Irrwege vergegenwärtigt, versteht auch, woher die heutige ausgeprägte Feindschaft der deutschen Linken zum eigenen Volk stammt (vgl. dazu zuletzt den im Dezember 2018 im Bundestag durch die Fraktion Die Linke vorgelegten Gesetzentwurf, wonach sämtliche, allein den Deutschen vorbehaltenen Grundrechte des Grundgesetzes, u. a. Versammlungs-, Vereinigungs- und Berufsfreiheit sowie Recht auf Freizügigkeit [Artt. 8, 9, 12 und 11 GG], in »Grundrechte für alle« einplaniert werden sollen). ■

Literaturhinweise:

- Herbert Cysarz: *Das deutsche Nationalbewußtsein*, München 1961;
- Hermann Heller: *Sozialismus und Nation* (1925), 2. Aufl., Berlin 1931;
- Hermann Heller: *Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland* (1921), Aalen 1963;
- Ricarda Huch: *Die Romantik* (1899/1902), Tübingen 1951;
- Alexandre Kojève: *Hegel, eine Vergegenwärtigung seines Denkens. Kommentar zur Phänomenologie des Geistes*, Stuttgart 1958;
- Friedrich Meinecke: *Weltbürgertum und Nationalstaat* (1907), 6. Aufl., München und Berlin 1922;
- Hermann Oncken: *Lassalle*, Stuttgart und Berlin 1920;
- Leopold v. Ranke: *Politisches Gespräch* (1836), Leipzig 1943;
- Bernard Willms: *Die totale Freiheit – Fichtes politische Philosophie*, Wiesbaden 1967;
- Heinz O. Ziegler: *Die moderne Nation*, Tübingen 1931.

Organismus oder Konstrukt? – Der falsche Gegensatz

von Gunnar Thümen

Nein, Max H. Böhm war nicht vollends zufrieden. Anders als Carl Schmitt, der *Die moderne Nation* als ein »sehr gutes Buch« empfand, war Böhm mit einigen Thesen des Werkes nicht einverstanden. Hatte doch der Verfasser, der Soziologe Heinz O. Ziegler, die Versuche, Nation und Volk anhand von objektiven, »seinshafte« Faktoren zu bestimmen, verworfen und die konstruktivistischen, insbesondere die machtpolitischen Elemente, die in beiden Erscheinungen stecken, betont. Böhm dagegen wollte nicht so weit gehen, sondern näherte sich etwas später in seinem Hauptwerk *Das eigenständige Volk* mithilfe der Begriffe »das Völkische«, »das Volkhafte«, »das Nationale« und »das Volkliche« dem Phänomen »Volk« an.

Ob Ziegler der erste deutschsprachige Autor war, der die Position des Konstruktivismus in Zusammenhang mit sozialen Gruppen vertrat, kann hier nicht entschieden werden. Sein Werk nahm aber die Frage vorweg, bei deren Beantwortung sich heute Politiker, Journalisten und Wissenschaftler unversöhnlich gegenüberstehen: Wieviel Konstruktion steckt im Volk?

Die Stoßrichtung in der öffentlichen Diskussion ist dabei eindeutig. Es vergeht kaum eine Woche, in der Vertreter des Mainstreams nicht betonen, wie halt- und substanzlos das ganze Weltbild der neu erwachsenen politischen Konkurrenz von rechts sei. Die AfD hänge einer veralteten, wissenschaftlich längst widerlegten Vorstellung von Kultur an, die deutsche Kultur beschränke sich ohnehin nur auf die deutsche Sprache, und mit Biologie habe Volk rein gar nichts zu tun. Kurz: Diejenigen, die sich für den Erhalt des Volkes einsetzen, würden einem Phantom nachjagen, einer nur gedanklich erschlossenen sozialen Struktur, der keine objektive Realität zukomme.

Für die metapolitische Arbeit interessanter als diese durchsichtigen Versuche, den politischen Gegner als wirklichkeitsfremden Ideologen zu diskreditieren, sind die unter dieser Oberfläche herrschenden konstruktivistischen Theorien der Anthropologie und Soziologie, aus denen sich die etablierten Politiker (bruchstückhaft) bedienen.

Unumstrittener Pionier dieser Richtung ist der ehemals in Boston lehrende norwegische Anthropologe Fredrik Barth, dessen Einleitung zum Sammelband *Ethnic Groups and Boundaries: The Social Organization of Cultural Difference* im Jahr 1969 eine neue Epoche in der Ethnologie einleitete. Ausgangspunkt seiner Untersuchung war die durchaus legitime Frage, was denn ein Volk ausmache und was die geschichtliche Analyseeinheit »Volk« sei, wenn davon ausgegangen werden könne, daß sich Kultur im Laufe der Zeit ändere. Er hinterfragte damit die bis dato in der Anthropologie vorherrschende Gleichsetzung von Volk und Kultur und stellte als Ergebnis einiger Feldstudien folgende Hypothese auf:

»Manche Menschen, vor allem sogenannte Rechtspopulisten, sprechen oft vom ›deutschen Volk‹. Sie behaupten dann, dass in Deutschland Menschen leben, die zum deutschen Volk gehören und andere, die nicht dazu gehören. Sie sagen, dass ein Volk eine gemeinsame Herkunft und eine gemeinsame Kultur habe und auch dieselbe Sprache spreche. Und wer diese Gemeinsamkeiten nicht teile, sei nicht Teil des deutschen Volkes. Diese Menschen werden dann ausgegrenzt.«

Von der Kinderseite der Bundeszentrale für politische Bildung, abgerufen am 15. Januar 2019.

Die Einheit »Volk« beruht nicht (so sehr) auf einer gemeinsamen Kultur, sondern auf »sozialer Organisation«, d.h. auf einem Prozeß der »Dichotomisierung«, der das Eigene vom Fremden trennt. Entscheidendes Mittel für die Grenzziehung ist die auf Interaktion mit den Fremden basierende Zuschreibung und Selbstidentifikation. Demzufolge ist Volk keine diskrete, anhand von objektiven, primordialen Merkmalen bestimmbare Größe, sondern es sind vielmehr subjektive Bestimmungs- und Identifizierungsprozesse entscheidend, im Rahmen derer sich eine Gruppe von Individuen als ein bestimmtes Volk bezeichnet. Erst wenn dieser Schritt erfolgt ist, sind die Voraussetzungen für eine von den Volk-zugehörigen geteilte Kultur geschaffen. Wurde traditionell die gemeinsame Kultur als bestimmend für ein Volk angesehen, geht realiter die Dichotomisierung der Kultur vor. Gemeinsame Kultur sei das Ergebnis und nicht die Ursache des Abgrenzungsprozesses.

Die Wissenschaftsgemeinde nahm diesen Gedanken begeistert auf und stellte in den folgenden Jahren unzählige Volkstheorien auf, in denen der Faktor »Kultur« zunehmend an Bedeutung verlor. Auf große Widerhall stieß in diesem Zusammenhang ein weiterer von Barth zur Diskussion gestellter Gedanke: der des strategisch handelnden Individuums, welches – je nach historischer Situation und je nachdem, ob es opportunistisch ist – die Identität wechselt. Durch ein solches Verhalten, das Barth in den Feldstudien beobachtet zu haben glaubte, konnten die Wissenschaftler zu ihrer Erleichterung nun auch ausschließen, daß kulturelle Differenzen eine biologische Grundlage haben könnten. Denn wenn Individuen tatsächlich in der Lage sind, die Grenzen eines Volkes zu überschreiten und die Volkszugehörigkeit zu wählen, kann es sich unmöglich beim Volk um eine biologische Einheit mit »unveränderbarem Wesen« handeln. Als gemeinsamer Nenner der verschiedenen konstruktivistischen Theorien schälte sich der Ansatz heraus, daß Ethnizität oder volkliche Identität nicht mehr etwas ist, das man fest und unveränderlich besitzt, sondern etwas, das durch rational agierende Akteure (aus Machtinteresse) mittels Zuschreibung oder Mobilisierung situativ konstruiert wird. Völker stellen demnach keine realen, d.h. feststehenden geschichtlichen Einheiten dar, sondern sind instrumentalisierbar, formbar und fluid.

Ist das überzeugend? Barths bleibendes Verdienst ist es sicherlich, auf die Bedeutung der Grenzziehung für das Bestehen von Völkern hingewiesen zu haben. Volk hat immer auch eine identifikative Seite. Fraglich ist aber, ob das zwangsläufig mit der heute modischen Aussage verbunden sein muß, Volk komme keine Realität zu. Oder anders gefragt: Ist die dahinterstehende – unausgesprochene – Annahme sachgerecht, Volk könne nur real sein, wenn es als biologische Einheit real ist?

Der Akt der Zuschreibung selbst ist zunächst viel weniger beliebig, als es auf den ersten Blick erscheint. Wird die Eigenzuschreibung eines Einzelnen zu einem bestimmten Volk nicht von der Mehrheit dieses Volkes geteilt, ist sie bedeutungslos; wird die Selbstidentifikation eines Volkes nicht von anderen Völkern geteilt, besteht zumindest die Gefahr ihrer Bedeutungslosigkeit. Erst die Anerkennung durch andere, die Übereinstimmung von Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung, verleiht der Zuschreibung die Bedeutung, die Barth ihr zukommen läßt.

Kollektive Intentionalität ist die unbedingte Voraussetzung für *status functions*, wie John R. Searle zurecht sagt. Der subjektive Akt der Zuschreibung bedarf mithin einer Objektivierung, d.h. sie muß zur geteilten Wirklichkeit, zu einem Fakt geworden sein, der nicht ohne weiteres aus der Welt zu schaffen ist.

Diese Erkenntnis führt zu den Merkmalen, die die Akteure der Zuschreibung zugrunde legen, denn ohne identische – oder zumindest ohne eine große Schnittmenge zwischen den – Kriterien für Volkszugehörigkeit gäbe es keine Deckung bei den Zuschreibungen. Die Antwort auf die Frage nach den herangezogenen Kriterien liefern Arbeiten von Wissenschaftlern, die sich der Größe »Volk« psychologisch nähern. Ihr Untersuchungsgegenstand ist weniger die Frage, wie unterschiedlich verschiedene Völker die Welt wahrnehmen und in ihr handeln, als vielmehr der universalmenschliche kognitiven Prozeß der Kategorisierungen, durch den die Welt als eine Ansammlung von Völkern interpretiert und strukturiert wird. Dieser »ethnische Essentialismus« ist insbesondere mit dem Namen des Anthropologen Francesco Gil-White verbunden, der aufbauend auf

»Ein wichtiger Punkt, der in der bisherigen Migrationsforschung kaum berücksichtigt wurde, ist die Tatsache, dass die Identifizierung mit einer Kategorie und die Kategorisierung durch andere möglicherweise nicht übereinstimmen. So mag man sich beispielsweise primär als taiwanesischen Amerikaner sehen, während der Durchschnittsamerikaner alle Menschen ostasiatischen Ursprungs als »Asiaten« kategorisiert. In anderen Worten: Man muss zwischen ethnischer Identität und Kategorie unterscheiden. Diese Erkenntnis hat sich langsam innerhalb der anthropologischen Forschung durchgesetzt.«

Andreas Wimmer:
»Ethnische Grenzziehungen innerhalb der Immigrationsgesellschaft. Jenseits des Herder'schen Commonsense«, in: F. Kalter (Hrsg.): *Migration und Integration*, Wiesbaden 2008, S. 66.

der Arbeit des Psychologen Lawrence Hirschfeld und seinen eigenen Feldstudien zu dem Schluß kam, daß als Folge der Evolution das menschliche Gehirn »Volk« wie eine biologische Spezies verarbeitet. Dies sei zwar ontologisch falsch, führe epistemologisch aber zu der richtigen Erkenntnis, welches Verhalten »adaptive Vorteile« erziele. Ausgelöst werde dieser Prozeß immer dann, wenn eine Gruppe durch (1) gemeinsame Marker (Sprache, Kleidung, Hautfarbe usw.), (2) Ähnlichkeit von Eltern und Nachkommen sowie (3) Gruppen-Endogamie gekennzeichnet sei. Er vertrat daher die These, weltweit verbreitet sei ein angeborenes, »streng primordialistisches« kognitives Modell, dem zufolge Volkzugehörigkeit allein an der biologischen Abstammung festgemacht werde.

Selbst wenn ein weniger anspruchsvolles kognitives Modell angenommen wird, nach welchem Volkzugehörigkeit auch durch Enkulturation in besonderen Fällen möglich ist, bleibt es dabei: Im Laufe der menschlichen Evolution hat sich eine ethnische Psychologie herausgebildet, in der Abstammung die wesentliche Rolle spielt. Stellt sich nun eine Gruppe von Individuen als eine vertikal reproduzierende Einheit dar, wird diese Selbstdarstellung von anderen Gruppen akzeptiert und zieht schließlich diese Selbst- und Fremdzuschreibung kongruentes Handeln nach sich, ist durch die angeblich subjektive Wende in Folge von Barth wenig gewonnen. Es macht dann kaum noch einen Unterschied, ob die Menschen nun in bezug auf das Volk so handeln, als ob oder weil es sich um eine Abstimmungsgemeinschaft handelt. Für die Handelnden ist Volk wegen der angeborenen Psychologie real. Dadurch, daß sie angeboren ist, ist ferner die relative Konstanz des Kriteriums im Zeitablauf gewährleistet. Andernfalls wäre die menschliche Größe »Volk« ständig neu zu verhandeln; sie könnte quasi über Nacht aus der Welt verschwinden oder ex nihilo entstehen – ein offensichtlich unrealistischer Zustand.

Nun ist es aus evolutionstheoretischer Sicht unwahrscheinlich, daß sich eine solche Psychologie quasi im luftleeren Raum herausgebildet haben sollte. Der Vorwurf, es handle sich dabei um eine Spielerei der Natur, ohne jegliche Verbindung zur materiellen oder kulturellen Welt, ist nicht überzeugend. Vielmehr ist davon auszugehen, daß es die Struktur dieser Welt war, in der die ethnische Psychologie als vorteilhafte Verhaltensweise selektiert wurde (womit nicht gesagt werden soll, es gebe keine Rückwirkung auf die Umweltstruktur).

Ergänzend zur psychologischen Ebene bedarf es also auch einer Analyse dieser Strukturen, um das Phänomen »Volk« zu verstehen. Hierzu bietet sich besonders der Theoriestrang innerhalb der Anthropologie an, der die Weitergabe von kulturellen Eigenschaften zwischen den Generationen zu erklären versucht. Diese Forschungsrichtung, die mit L. L. Cavalli-Sforza, Mark Feldman, Rob Boyd oder Peter J. Richerson ihre wohl bekanntesten Vertreter und mit dem Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig auch in Deutschland eine gewichtige Vertretung besitzt, führt gewissermaßen den Weg Arnold Gehlens, den er mit seinem Werk *Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt* in den 1940er Jahren eingeschlagen hat, im Zeitalter des Genoms fort.

Ihr Ausgangspunkt ist die Plastizität und Weltoffenheit des Menschen. Im Gegensatz zu anderen Primaten besitzt demnach der Mensch die – genetisch bedingte – psychologische Voraussetzung, die ihn befähigt, kulturelle Leistungen zu erbringen. Durch seine kulturellen Leistungen ändert der Mensch die Umwelt, die ihn umgibt, indem er mit der Kultur als eine auf Gruppenebene wirkende Erscheinung eine soziale Umwelt (von ihnen *cultural niche construction* genannt) schafft, durch die langfristig ein auf die Gene wirkender (geänderter) Selektionsdruck ausgeübt und der Prozeß einer Gen-Kultur-Koevolution angestoßen wird. Die Kultur wird so zu einem wesentlichen Treiber der menschlichen Evolution.

Diese Forscher betrachten »Volk« als einen sozialen Großverband, dessen Mitglieder derartig viele kulturelle Merkmale teilen, daß der Unterschied zwischen ihnen kleiner ist als der zu anderen sozialen Großverbänden, und die sich als eine stabile, eindeutig abgrenzbare historische Einheit verstehen. Auch wenn für sie »Volk« in erster Linie ein kulturelles Phänomen ist, das seinesgleichen in der Tierwelt sucht, kämen diese Wissenschaftler nicht auf die Idee zu behaupten, »Volk« sei nicht real, und zwar aus zwei Gründen:

»Wegen der Bedeutung von Kultur und komplexer sozialer Organisation für den evolutionären Erfolg des Homo sapiens, hängt die individuelle Fitness der Menschen von der Struktur des sozialen Lebens ab. Da die Kultur durch die menschlichen Genome sowohl begrenzt als auch gefördert wird, sind die menschlichen kognitiven, affektiven und moralischen Kapazitäten das Produkt einer evolutionären Dynamik, welche die Interaktion von Genen und Kultur umfaßt. Wir bezeichnen diese Dynamik Gen-Kultur-Koevolution.«

Herbert Gintis: »Gene-culture coevolution and the nature of human sociality«, in: *Philosophical transactions of the Royal Society of London. Series B, Biological sciences* vol. 366 (1566), 2011, S. 878.

1. Kultur wird (zumindest) auf Gruppenebene vererbt. Die Fähigkeit des Menschen zum sozialen Lernen ermöglicht die Weitergabe kultureller Merkmale von einer Generation zur nächsten (vertikales soziales Lernen) sowie die Weitergabe innerhalb einer Generation (horizontales soziales Lernen). Im Laufe der Menschheitsgeschichte entwickelte Heuristiken wie die Vorliebe, von erfolgreichen Individuen, der Mehrheit (Konformität) oder von Gleichen zu lernen, erhöht die Homogenität innerhalb der Gruppe. Die Eigenschaft menschlicher Kultur, sich intergenerationell zu akkumulieren, funktionale Abhängigkeiten verschiedener Merkmale sowie Gruppenrivalität verstärken die kulturelle Clusterung und die Differenzen zu anderen Gruppen. So kommt es, daß »[v]iele Werte und Überzeugungen, welche in einer Gruppe zu einem Zeitpunkt üblich waren, (...) auch den Nachfahren derselben Gruppe gemeinsam [sind]« (Rob Boyd / Peter J. Richerson).

2. Institutionen kommt eine besondere Bedeutung für das Bestehen eines Großverbandes zu. Normen (Präferenzen, Werte, mentale Modelle, Entscheidungsregeln oder Glaubenssätze) stellen mentale Repräsentationen innerhalb des individuellen Gehirns dar, die vorgeben, wie man sich selbst und wie andere sich zu verhalten haben. Durch soziales Lernen und Bestrafung von Abweichlern nähern sich die Normen der Individuen soweit an, daß sie von den Mitgliedern einer Gruppe weitgehend geteilt werden und auf Gruppenebene als Institutionen erscheinen, die wiederum auf die Individuen zurückwirken. Das Resultat ist ein sich selbstverstärkendes, dieser Gruppe spezifisches Erwartungs- und Verhaltensgleichgewicht, das die Mitglieder veranlaßt, vornehmlich mit Mitgliedern des eigenen Verbandes zu interagieren bzw. zu kooperieren, wodurch sich der Unterschied zu den Institutionen anderer Verbände vergrößert.

So kommt es, daß kulturell unterschiedliche Verhaltensweisen von sozialen Gruppen (die Völker) innerhalb derselben Umwelt bestehen können, die aus der Vergangenheit kommend in die Zukunft vorgetragen werden. »Kulturelle oder institutionelle Innovatoren« haben mit dieser Tatsache bei ihren Reformen zu rechnen. Sie können sie zwar verwünschen, sicher aber nicht wegwünschen.

Daß »Volk« darüber hinaus auch eine biologische Seite hat, hat etwa Andreas Vonderach bereits in *Sezession* 52 (»Wir selbst – anthropologisch«) dargelegt. An dieser Stelle kam es nur darauf an, im Zusammenhang mit dem menschlichen Phänomen »Volk« zu zeigen, wie offensichtlich falsch es ist, »von Menschen gemacht« mit »imaginär« gleichzusetzen, nur weil etwas nicht direkt biologisch im engen Sinne ist. Menschliche Realität erschöpft sich nicht in biologischer Realität. Biologie ist keine Voraussetzung dafür, daß soziale Gruppen im allgemeinen und Volk im besonderen real sind. Dem widerspricht nicht, daß Zuschreibung bzw. Identifikation eine große Rolle für das Bestehen eines Volkes besitzen und daß politische Machtgruppen sie häufig für Mobilisierungszwecke nutzen. »Realität« und »Konstruktion« erweisen sich so als falscher Gegensatz.

Und Fredrik Barth? Wie reagierte Barth auf seinen Erfolg? Er, der 2016 verstorben ist, zog anläßlich des 25. Jahrestages des Erscheinens seines Aufsatzes ein eher bitteres Fazit und erteilte seinen Epigonen eine schwere Abfuhr. Die Bedeutung der subjektiven Seite des Volkes zu betonen heiße nicht, der gemeinsamen Kultur komme in diesem Zusammenhang keinerlei Bedeutung zu. Im Gegenteil: »(...) zentrale und kulturell geschätzte Institutionen und Aktivitäten in einem Volk sind möglicherweise tief in den Erhalt der Abgrenzung involviert (...)« Die Frage, inwieweit Barth selbst zu diesem Mißverständnis beigetragen haben könnte, braucht hier nicht beantwortet zu werden. Es reicht festzuhalten, daß der geistige Großvater der heute gebetsmühlenartig vorgetragene Argumente der Volksleugner eben diesen Argumenten bereits vor fast 25 Jahren den Boden entzogen hat. ■

»[...] historische Befunde zeigen, daß die menschliche Kultur ein phylogenetisches Abstammungsmuster mit Modifikation aufweist, in welchem Stammesgemeinsamkeiten tausende Jahre zurückverfolgt werden können.«

Peter Richerson et al.: »Cultural group selection plays an essential role in explaining human cooperation: A sketch of the evidence«, in: *Behavioral and Brain Sciences* 1, 2016, S. 6.

»Die Verwandtschaft im Volk ist die eigentliche Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Nach der Auffassung der Soziobiologen unterstützen wir unsere Verwandten, weil wir mit ihnen gemeinsame Gene haben. Je heterogener eine Gesellschaft in ethnischer und genetischer Hinsicht ist, desto unsolidarischer, rücksichtsloser und gewalttätiger ist sie auch.«

Andreas Vonderach in: *Sezession* 52, Februar 2013, S. 5.

»Stellen sie sich vor, sie erzählen einem Ingenieur, seine Brücke sei nicht real, weil sie konstruiert werden mußte.«

Francisco Gil-White: »How Conformism Creates Ethnicity Creates Conformism (and Why this Matters to Lots of Things)«, in: *The Monist*, Vol. 88, Nr. 2, Illinois 2005, S. 220.

Populismus und Demokratie

von Alexander Gauland

Der Begriff Populismus hat etwas Amöbenhaftes, und was er beschreibt, ist uralte. In der späten römischen Republik kämpften bekanntlich die Popularen gegen die Optimaten; die ersten Populisten waren demzufolge die Gracchen und der Feldherr Gaius Marius. Damals standen, grob gesagt, die Popularen eher auf Seiten der einfachen Leute und gegen das Establishment, obwohl ihre Führer aus dem Establishment stammten.

Allerdings waren sämtliche Führer von Volksaufständen und Volksbewegungen der Geschichte Populisten. Und viele Gegenbewegungen mußten zwangsläufig zu populistischen Mitteln greifen. Wer den Begriff historisch zu fassen sucht, wird schnell zu dem Ergebnis kommen, daß der Populist meistens ein Demagoge ist, der dem Volk einfache Wahrheiten verkauft, um seine politischen Ziele zu erreichen. Bis heute bedeutet »populistisch«, daß jemand auf komplexe Probleme simple Antworten gibt, um die Massen zu beeinflussen. Damit wird das Attribut »populistisch« allerdings ein Modus, eine Art und Weise, die keiner speziellen politischen Richtung vorbehalten ist. Jeder kann Populist sein. Auch ein Autokrat kann populistisch auftreten. Um in die Gegenwart zu wechseln: Der Atomausstieg von Frau Merkel war eine rein populistische Tat. »Yes we can!« und »Wir schaffen das!« sind populistische Parolen. Demokratie funktioniert nicht ohne einen kräftigen Schuß Populismus.

Das ist allerdings nicht unser Thema. Ich muß also präzisieren. Ich werde zu Ihnen nicht über einen politischen Stil reden, sondern über eine konkrete politische Strömung unserer Zeit, der man den Namen Populismus gegeben hat. Wenn Sie mich fragen: mit Recht. Aber der Reihe nach.

Vor zehn Jahren kam der Begriff Populismus in den politischen Debatten kaum vor. Heute ist er allgegenwärtig. Es handelt sich also um einen bekannten Begriff, der ein neues Phänomen beschreiben soll. Was ist gemeint, wenn jemand als Populist bezeichnet wird? Um ein Kompliment handelt es sich offenbar nicht. Wer Populist genannt wird, soll diskreditiert werden. In der gesamten politisch-medialen Sphäre ist der Begriff fast ausschließlich für die politische Rechte reserviert.

Der Erste unter den Populisten ist bekanntlich Donald Trump, und das populistischste Ereignis in der jüngeren europäischen Geschichte war der Brexit. Hier finden wir übrigens auch die nicht unwichtige Konnotation von Populismus und Plebiszit. Im Begriff Populist steckt das Volk, *populus* – eine, wie jeder weiß, inzwischen als fragwürdig, ja als konstruiert geltende Größe. Das Volk, der *demos*, ist etwas Exklusives. Was exklusiv ist, schließt ein bzw. aus. Offenbar ist genau das eine zentrale Absicht der heutigen Populisten. Und ebenso offenkundig muß eine Gegenpartei existieren, die genau das nicht will, sonst wäre der Populismus ja nicht entstanden.

Um den Populismus zu verstehen, muß man also untersuchen, warum er entstanden ist und worauf er reagiert. Das Magazin *New States-*

Alexander Gauland hielt diesen Vortrag im Rahmen der Winterakademie des Instituts für Staatspolitik (Thema »Volk«) am 19. Januar 2019.

»Ist es politische Unbeholfenheit, ist es mangelndes Sprachgedächtnis, ein und dasselbe Volk, sofern es sich richtig verhält, *demos*, wenn aber nicht, dann abschätzig *populus* zu rufen?«

Botho Strauß: »Reform der Intelligenz«, in: *Die Zeit* 14/2017.

man schrieb im März 2017, die Abstimmung über den Brexit sei »die größte demokratische Rebellion in der modernen britischen Geschichte« gewesen. Der Brexit, heißt es weiter, sei zugleich die »größte Niederlage für die hyperliberalen, ins Ausland blickenden ›kognitiven Eliten‹ – also die besser gebildeten Leute –, »die seit den 1960er Jahren die Politik beherrschen«. Hier werden zwei Parteien gegenübergestellt: ein rebellierender Demos und eine von diesem auf irgendeine Weise abgekoppelte Elite. Der »Demos« rebelliert gegen die »Elite«. Allerdings fiel die Abstimmung denkbar knapp aus – wie ja auch die Wahl Donald Trumps denkbar knapp ausging. Der »Demos« müßte doch normalerweise der »Elite« zahlenmäßig weit überlegen sein. Freilich gehört auch die »Elite« – gemäß der Formel *one man, one vote* – zum Demos. Ich bemerke das deshalb, weil in der Populismus-Debatte immer von interessierter Seite die Behauptung verbreitet wird, die Populisten nähmen für sich in Anspruch, im Namen des Volkes, also des Demos zu sprechen. Das tun sie nicht, das können sie gar nicht tun, dafür sind moderne Gesellschaften viel zu ausdifferenziert. Man muß also besser von einer Spaltung der britischen und der amerikanischen Gesellschaft in zwei *Lager* sprechen.

Die westlichen Gesellschaften sind gespalten, und wenn Sie die Zeitungen lesen, erfahren Sie, daß die Populisten daran schuld sind. Woraus Sie zuerst einmal entnehmen dürfen, daß die meisten Journalisten und vor allem deren Arbeitgeber nicht zu ihnen gehören. Jedenfalls stehen auf der einen Seite die Populisten und diejenigen, die sie wählen. Wer steht auf der anderen?

Hier fiel der Begriff Elite, sogar im Plural – »kognitive Eliten« –, und wo Elite ist, muß es auch gemeines Volk geben. Marxistisch gesprochen: Basis und Überbau. Diese Konstellation hat es immer und in allen seßhaften Gesellschaften gegeben, und wie gierig, kriegerisch und machthungrig manche Eliten gewesen sein mögen, sie mußten immer darauf achten, daß möglichst große Schnittmengen ihrer Interessen mit denen der Basis existierten. Das ergab sich aus dem Territorialprinzip der Staaten. Das Reich, später die Nation und der Nationalstaat bildeten die Grundlage. Auch die Eliten waren seßhaft.

Heute sind sie es nicht mehr. Das ist der große Unterschied. Der Kommentar im Magazin *New Statesman* nahm Bezug auf ein Buch des Londoner Journalisten David Goodhart, der lange für die *Financial Times* arbeitete und schließlich sein eigenes Magazin *Prospect* gründete, dessen Herausgeber er heute ist. Sein Buch *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics* erschien 2017.

Darin definiert Goodhart zwei neue gesellschaftliche Gruppen oder Klassen, die »Anywheres« und »Somewheres«. Begriffe, die übrigens Theresa May aufgegriffen hat in der Debatte um den Brexit. Das läßt sich nicht hundertprozentig ins Deutsche übersetzen, beide Worte bedeuten »irgendwo«, aber das eine ist ein abstraktes, das andere ein konkreteres Irgendwo. Beschrieben wird ein Gegensatz zwischen Seßhaften und Nomaden. Schauen wir uns die Nomaden genauer an.

Die Gruppe der »Anywheres« besteht, Goodhart zufolge, aus denjenigen, die beruflich mobil sind, die Welt von überall aus sehen und die heute unsere Kultur und Gesellschaft dominieren. Solche Menschen haben »tragbare Identitäten«, die auf ihrem Bildungs- und Karriereerfolg beruhen. Sie verkörpern das liberale, EU-freundliche und globalistische Establishment. Auf der anderen Seite stehen Menschen, die eher in ihrer geographischen Identität verwurzelt sind – der schottische Landwirt, der Arbeiter aus dem mittelländischen Industriegebiet, die Hausfrau aus Cornwall –, die von den schnellen Veränderungen der modernen Welt verunsichert und bedroht sind. Sie sind oft älter und weniger gebildet als die »Anywheres«. »Sie haben sowohl wirtschaftlich durch den Rückgang gutbezahlter Arbeitsplätze für Menschen ohne höhere Qualifikation als auch kulturell verloren, mit dem Verschwinden einer ausgeprägten Arbeiterkultur und der Marginalisierung ihrer Ansichten im öffentlichen Gespräch.« Goodhart hält diese neue Unterscheidung für wichtiger als die alte in rechts und links.

Goodhart zufolge hat speziell die englische Tradition der Internatsuniversitäten immer mehr junge Menschen von ihren Eltern und ihren Herkunftsozietopen getrennt. Die Universitäten seien der wichtigste Humus für »Anywhere«-Identitäten: Einer von ihm zitierten großen

»Hinzu kommt, daß die gemeinhin als seriös geltenden Parteien, die den Populismusvorwurf zuR Stigmatisierung des politischen Gegners einsetzen, nicht gerade bekannt dafür sind, dem Wähler gegenüber besonders differenziert zu argumentieren. Formeln wie ›Wir schaffen das!‹ oder ›Zeit für mehr Gerechtigkeit‹ können an Unterkomplexität auch durch die vermeintlichen Populisten kaum unterboten werden.«

Institut für Staatspolitik:
Die Stunde des Populismus, Schnellroda 2017,
S. 4.

Umfrage zufolge stimmten bei den letzten britischen Parlamentswahlen unter den Wissenschaftlern nur elf Prozent für die Tories, aber 90 Prozent für den Verbleib in der EU.

Die »Anywheres« stellen nach Goodhart ungefähr 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung, die »Somewheres« ungefähr 50 Prozent – der Rest oszilliert dazwischen. Die relative Kleinheit der neuen Klasse steht in einem erheblichen Widerspruch zu ihrer Bedeutung. Ich komme noch auf diesen Punkt zu sprechen.

Goodhart war nicht der erste, der auf diese Neuformatierung der westlichen Gesellschaften hinwies. In einem Interviewband namens *Die Krisen der Demokratie*, der 2003 erschienen ist, konstatierte Lord Ralf Dahrendorf die Entstehung einer »neue(n) soziale(n) Klasse, die zu Geld kam und die drei ›C‹ – concepts, competence und connections –, in Macht ummünzte«.

Dahrendorf beschrieb typische Vertreter der neuen Klasse so: »Diese Leute reisen viel, überqueren ständig Grenzen, auch wenn sie in der Business Lounge eines Flughafens festsitzen und unaufhörlich per Handy telefonieren: ›Wo bist? In Honolulu? Du Glücklicher, ich sitze in Frankfurt fest. Aber der Vertrag ist abgeschlossen ...‹ Diese Klasse ist zwar zahlenmäßig klein, aber das besagt nicht viel.«

Auf die Frage des Interviewers, inwieweit eine solche Klasse eine Gefahr für die Demokratie darstelle, antwortet Dahrendorf: »In dem Sinn, daß sie die natürliche Tendenz haben, sich den traditionellen Institutionen der Demokratie zu entziehen. Bereits die Möglichkeit, sich in der Welt schrankenlos zu bewegen, ist eine tagtägliche Bestätigung sämtlicher Vorteile, die sich aus dem Überschreiten aller von demokratischer nationaler Politik gesetzten Grenzen ergeben.«

Soweit Dahrendorf. Ich habe noch einmal bei mir selber, in meinem Konservatismus-Buch nachgeschaut, ich habe selber 2002 darauf hingewiesen, daß die industrialisierten Eliten – die Wirtschaft überhaupt – heute geradezu links ist, indem sie Nation, Heimat, Herkunft ablehnen.

Alles, was »global« ist, erscheine dieser Klasse als gut, führt Dahrendorf weiter aus. Was sie entschieden ablehne, sei die nationale Dimension. Nationale Regierungen, deren Gesetze und demokratischen Institutionen empfinde sie als anachronistische Behinderung. Über die dort getroffenen Entscheidungen müsse man sich hinwegsetzen oder sie einfach ignorieren.

Dahrendorf räumt ein, daß die Schaffung neuer Ungleichheiten ein Charakteristikum jeder kapitalistischen Entwicklung sei. Dasselbe sei in den Anfängen der Industriegesellschaft geschehen, freilich mit einem Unterschied: Damals seien die Armen von den Kapitalisten als Arbeitskräfte gebraucht worden. Die Armen von heute dagegen würden von der globalen Klasse nicht mehr gebraucht.

»Was die globale Klasse auf der Ebene der nationalen Politik tatsächlich erreichen möchte, sind der Abbau von Reglementierungen und die Senkung von Steuern«, faßt Lord Dahrendorf zusammen. »Allein die Zugehörigkeit zu einem Land wird als lästig empfunden.«

Meine Damen und Herren, Sie alle kennen Menschen, die aus einem solchen Milieu stammen und so empfinden. Es sind seit dieser Diagnosestellung immer mehr geworden. Die von Dahrendorf beschriebene Entwicklung hat Fahrt aufgenommen, und in Gestalt von Barack Obama, Angela Merkel, Emmanuel Macron oder Jean-Claude Juncker hat sie auch politische Macht erlangt. Diese Politiker sind Agenten der Globalisierung, deren Devise lautet: Freier Fluß von Waren, Informationen und Menschen, und zwar möglichst auf dem gesamten Planeten!

Hier kann man kurz einfügen, warum uns das früher nicht so stark aufgefallen ist. Als die Welt noch geteilt war und der Kommunismus eine echte Gefahr darstellte, brauchten diese Kräfte zur Sicherung ihres kapitalistischen Überlebens das was sie heute nicht mehr brauchen: Nation, Herkunft, Tradition, Familie. Jetzt stören diese Dinge gegenüber dem gemeinsamen Markt. Damals brauchte man sie als Verbündete gegen die kommunistische Herausforderung. Das ist der Unterschied zu der geteilten Welt wie wird sie bis 1989 hatten.

Die neue urbane Elite, die sich im Zuge der Globalisierung und nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gebildet hat, ist soziologisch nicht genau definiert, aber sie besitzt einen enormen Einfluß. Zu ihr gehören

»Die neue Elite wird nicht durch irgendeine Lokalität definiert: sie ist in der Tat ganz und gar exterritorial. Die Exterritorialität allein garantiert einen gemeinschaftsfreien Bereich, und einen solchen, in dem sie außer der unvermeidlichen (und zuweilen womöglich erfreulichen) Gesellschaft von Maître d'hôtels, Zimmermädchen und Kellnern nur die eigene genießt, sucht die neue ›globale Elite‹.«

Zygmunt Baumann: *Gemeinschaften*, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 2017, S. 68.

Menschen aus der Wirtschaft, der Politik, dem Unterhaltungs- und Kulturbetrieb – und vor allem die neue Spezies der digitalen Informationsarbeiter. Sie sitzen in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UNO, in den Medien, Start-ups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten, und weil diese Leute die Informationen kontrollieren, geben sie kulturell und politisch den Ton an.

Die Mitglieder dieser neuen Klasse – bleiben wir ruhig bei dem Begriff – leben fast ausschließlich in Großstädten, sprechen flüssig Englisch und wohnen unter ihresgleichen. Für sie sind die globalisierte Welt oder »Europa« kein abstraktes Etwas, sondern gelebte Realität, etwa wenn sie zum Jobwechsel von Berlin nach London, Zürich oder Singapur ziehen. Überall finden sie ein ähnliches Umfeld: Die Appartements, Häuser, Restaurants, Klubs, Geschäfte und Privatschulen, alles gleicht einander. Dieses Milieu ist sozial nahezu abgeschottet, aber kulturell sehr offen. Es schickt seine Kinder in Internationale Schulen, wo Amerikaner, Deutsche, Inder, Koreaner und Araber gemeinsam unterrichtet werden. In ihrem Milieu bringt das kaum Probleme. In eine öffentliche Schule mit ähnlich bunter Besetzung würden sie ihre Kinder aber nie schicken.

Diese neue Klasse entstammt zwar meist dem Bürgertum, hat sich aber von dessen Traditionen losgesagt. Ihr Weltbild ist progressistisch, also links. Ihre Angehörigen empfinden sich als gesellschaftliche Avantgarde. Ihre Religion ist der Humanitarismus. Alle Ethnien und Kulturen sind für sie gleich. Ihr natürlicher Verbündeter ist das global agierende Kapital. Mancher mag diese Allianz aus globalistischer Linker und globalem Kapital bizarr finden, doch ich erinnere daran, daß Arnold Gehlen schon 1969 orakelt hat, der Humanitarismus sei »für großimperiale Ambitionen bis zu einem gewissen Grade bündnisfähig«. Und wenn Sie sich die Stellungnahmen mancher Spitzenfunktionäre aus der Wirtschaft von Herrn Kaeser über Herrn Zetsche zur Migrationspolitik erinnern, dann ist das zuvor Gesagte völlig richtig. Denn sie haben überall der Merkelschen Flüchtlingspolitik zugestimmt. Sie haben behauptet, dadurch würden sie Arbeitskräfte bekommen und die brauchen sie und dieser wirtschaftliche Erfolg sei sehr viel wichtiger. Daß natürlich nicht Arbeitskräfte kommen, die man brauchen kann, das hat diese Menschen nicht interessiert. Aber insofern ist das eine völlig neue Entwicklung, die es eben zu Zeiten Adenauers und de Gaulles und Helmut Kohls noch nicht gab.

Die Bindung dieser neuen Elite an ihr jeweiliges Heimatland indes ist schwach. In einer abgehobenen Parallelgesellschaft fühlen sich ihre Angehörigen als Weltbürger. Der Regen, der in ihren Heimatländern fällt, macht sie nicht naß. Sie träumen von der *one world* und der Weltrepublik.

Ihre Macht zeigte sich während der Finanzkrise. In Amerika und Europa haben die staatstragenden Parteien die Krise zu Lasten der Steuerzahler bekämpft, aber die Verursacher mit wenigen Ausnahmen verschont. Die nationalen Regierungen bestätigten damit, daß es eine internationale, illoyale, über dem Gesetz stehende Wirtschaftselite gibt. Damals begann die Karriere des Begriffes »alternativlos«.

Ein ähnlicher Vorgang wiederholte sich in der sogenannten Flüchtlingskrise. Die Allianz aus internationalistischer Linker und internationalen Unternehmen zeigt sich vor allem in der Förderung der Migration und der Aufweichung nationaler Strukturen. Im Gegensatz zur Bankenrettung ist der Nutznießerkreis der neuen Völkerwanderung ungleich größer. Teile der Industrie, die Kirchen, Gewerkschaften, NGOs und insbesondere der medizinisch-industrielle Komplex profitieren enorm davon, weil die Migranten für sie einen neuen Kundenkreis bilden, dessen Unterhalt



»Das Phänomen der exklusiven Mitgliedschaft schlägt sich heute auf alle Lebensbereiche nieder, von privaten Bankkonditionen bis zu Gesundheitskliniken, in die man nur auf Einladung gelangt; wer Geld hat, verriegelt mehr und mehr sein gesamtes Leben hinter verschlossenen Türen. Statt medienlastige Veranstaltungen zu besuchen, arrangiert man private Konzerte, Modenschauen und Kunstausstellungen in den eigenen vier Wänden. [...] So entsteht eine neue globale Klasse mit – beispielsweise – einem indischen Paß, einem Schloß in Schottland, einer Zweitwohnung in New York und einer Privatinsel in der Karibik.«

Slavoj Žižek: *Auf verlorenem Posten*, 6. Aufl., Frankfurt a.M. 2015, S. 256.

aus Steuermitteln bezahlt wird. Deutsche Intellektuelle haben noch nie in Geldströmen denken können, auch aus Faulheit, aber die Offenlegung von Geldströmen wird ein wichtiges Thema der Zukunft sein.

Zum Zeitpunkt der großen Einwanderungswelle im Herbst 2015 war die demokratische Debatte in Deutschland längst erstickt. Frau Merkel hatte ihre Politik in eine quasireligiöse Sphäre erhoben. Sie gehorcht entweder der harten technokratischen Notwendigkeit, gegen die nur Dummköpfe opponieren können – Stichwort: Eurorettung und Weltklimaretung –, oder sie folgt einer höheren Weltmoral, deren Gegner automatisch als Verworfenen dastehen. Und wenn es das halbe eigene Volk wäre. Merckels Politik war »alternativlos«. Die neue globalistische Klasse – in allen Ländern – applaudierte ihr.

Dieser Klasse gegenüber steht eine Allianz der nationalen Arbeiterschaft und des nationalen Bürgertums. Das sind diejenigen, denen Heimat etwas bedeutet, weil sie dort ihr Haus oder ihr Unternehmen haben und dieses nicht einfach verlagern können, weil ihre Familie und ihre Freunde dort leben, weil dort die Kirche steht, in der sie getauft wurden oder geheiratet haben, weil dort der Friedhof ist, auf dem ihre Vorfahren liegen, weil dort ihre Sprache gesprochen wird und ihre Traditionen gepflegt werden, weil sie dort einfach gut und gerne leben wollen.

Dieser Wunsch hat nichts zu tun mit vermeintlicher Abschottung oder mit Fremdenhaß. Niemand will sich abschotten. Niemand außer einer Handvoll Flachköpfe haßt Fremde, die sich in eine Gesellschaft einfügen und ihre Rechnungen selber bezahlen wollen. Aber ein Mann wie Donald Trump ist gewählt worden, weil er versprochen hat, daß er seine Landsleute vor dem internationalen Lohndumping ebenso schützen wird wie vor der illegalen Masseneinwanderung. Die Globalisierung sieht im Penthouse sehr viel freundlicher aus als in der Sozialwohnung.

Meine Damen und Herren, die AfD, als deren Vorsitzender ich zu Ihnen spreche, ist im Grunde eine Sammlungsbewegung aus zwei Parteien. Zum einen ist es die bürgerliche Mittelschicht, zu der auch der wirtschaftliche Mittelstand gehört, das ökonomische Rückgrat unseres Landes, der nicht einfach sein Unternehmen nach Indien verlagern kann, um dort besonders billig zu produzieren. Auf der anderen Seite sind es viele sogenannte einfache Menschen, deren Jobs entweder miserabel bezahlt werden oder nicht mehr existieren, die ein Leben lang den Buckel krumm gemacht haben und heute von einer schäbigen Rente leben müssen. Das sind zugleich diejenigen, die als erste ihre Heimat verlieren, weil es ihr Milieu ist, in das die Einwanderer strömen. Sie können nicht einfach wegziehen und woanders Golf spielen.

Diese Spaltung herrscht heute in allen Ländern der westlichen Welt. Unter Präsident Obama hat sich der Riß, der sich durch die amerikanische Gesellschaft zieht, ungeheuer vertieft. Es war eine Konstellation, die förmlich nach einer Fundamentalopposition schrie. Diese Opposition konnte von rechts oder von links kommen, aber sie mußte notwendig populistisch sein.

Meine These lautet: Populismus entsteht, wenn ein Establishment den Gesellschaftsvertrag mit einem Volk mehr oder weniger aufkündigt. Also mit seinem Volk mehr oder weniger aufkündigt. Der moderne Populismus ist eine globale Bewegung gegen die Allmacht der Globalisierung. Eine Bewegung der Seßhaften gegen die Mobilien, der Partikularisten gegen die Universalisten, von Demokraten gegen Autokraten. Auf welcher Seite die AfD steht, muß ich nicht erläutern.

Moment, sagte ich gerade: Demokraten gegen Autokraten? Dann würde ich ja doch behaupten, die Populisten sprächen im Namen des Volkes! Aber nein, nicht ich behaupte das – es sind Wortführer der Globalisten selber, die das sagen.

Der Schriftsteller Robert Menasse, der mit wohlmeinenden Zitatfälschungen zugunsten eines noch weiteren Ausbaus der EU eine gewisse Bekanntheit über den Kreis seiner Leser erlangt hat, forderte in seinem 2012 erschienenen Buch *Der Europäische Landbote* – und jetzt spitzen Sie bitte die Ohren –, »die Demokratie erst einmal zu vergessen, ihre Institutionen abzuschaffen, soweit sie nationale Institutionen sind, und dieses Modell einer Demokratie, das uns so heilig und wertvoll erscheint, weil es uns vertraut ist, dem Untergang zu weihen. Wir müssen stoßen, was ohnehin fallen wird, wenn das europäische Projekt gelingt. Wir müs-



Alexander Gauland: Anleitung zum Konservativsein. Zur Geschichte eines Wortes, Landtverlag 2017, 144 S., brosch., 16,80 €
Erhältlich bei antaios.de

sen dieses letzte Tabu der aufgeklärten Gesellschaften brechen, daß unsere Demokratie ein heiliges Gut ist.«

Wenn *ich* so etwas öffentlich vorträge, würden die Medien geschlossen nach dem Verfassungsschutz rufen. Wenn ein linker Globalist das sagt, bekommt er einen Preis. Daran können Sie immerhin erkennen, welche Machtverhältnisse in der Öffentlichkeit herrschen.

Wie es mit dem Planeten weitergehen soll, wenn die nationalen Demokratien erst einmal abgeschafft sind, erklärt uns Menasse ungefähr so ausgiebig, wie Karl Marx uns die Details der kommunistischen Gesellschaft erklärt hat: mit keinem Wort. Menasses publizistische Zwillingsschwester Ulrike Guérot hat zwar auch keine Details, aber immerhin einen festen Termin für die, wie sie es nennt, »Dekonstruktion der Nationalstaaten« vorgesehen: Im Jahr 2045, wenn sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum hundertsten Mal jährt, soll die »Europäische Republik« errichtet werden.

Wir können jetzt einen weiten Bogen über autokratische Phantasien von Platon bis Udo Lindenberg schlagen, denen eines gemeinsam ist: Eine kleine Gruppe weiser Auserwählter soll über das unmündige, kindische und störrische Volk herrschen. Bei Platon waren es die Philosophenkönige; die heutigen Gouvernanten denken globaler und träumen von einer »Weltregierung«. Die planetarischen Probleme seien viel zu komplex, als daß die Mehrheit sie verstehen, geschweige lösen könnte, erklären sie. Dafür braucht es dann anscheinend Experten wie Frau Guérot, Herrn Menasse und womöglich Herrn Lindenberg, auch wenn nicht ganz klar ist, worin ihre Expertise besteht. Es geht um ein Sich-Vordrängeln unter Berufung auf höchste Auftraggeber, das Weltklima beispielsweise. Die neue Elite soll in einem möglichst großen, supranationalen Rahmen herrschen und, ich zitiere wieder Herrn Menasse, eine »wirklich universale Klasse« bilden, »deren Engagement zu einem System eines universalen Rechtszustands in Freiheit für alle, in Nachhaltigkeit führen wird«.

Eine derart universale und weise Klasse kann unmöglich auf demokratischem Wege an die Macht gelangen, schon gar nicht, wenn die Wähler aus nationalstaatlicher Käfighaltung stammen. Herr Menasse und Frau Guérot träumen von einer zunächst europaweiten und später globalen Erziehungsdiktatur. Zumindest eines kann man den beiden nicht vorwerfen: daß sie Populisten sind.

Die globalistischen Eliten sind so überzeugt von sich selbst und ihrer Rolle als Geburtshelfer einer neuen, besseren Weltgesellschaft, daß sie jeder Widerspruch oder gar Widerstand in erbitterte Wut versetzt. Unnachtsichtig überziehen sie ihre Gegner, die in der Regel weniger eloquent, weniger telegen, weniger sexy sind, mit Hohn, Spott und Denunziationen. Ich habe erwähnt, daß diese neue Klasse die Medien, die digitalen Unternehmen und den Kulturbetrieb – also die gesamte Öffentlichkeit – dominiert, wodurch sie dem Publikum ungleich größer und mächtiger erscheint, als sie tatsächlich ist. Das mag auch erklären, warum im Umfeld dieser neuen Klasse ein Milieu mit gleicher Gesinnung, aber ungleich bescheideneren Lebensumständen entstanden ist, das um jeden Preis dazugehören will, obwohl dessen Angehörige bei der Betrachtung ihrer Einkünfte, ihrer Wohnsituation und ihrer Jobchancen eigentlich in Opposition zu den Globalisten treten müßte. Da die globale Elite den Zeitgeist bestimmt, entscheidet sie auch über Gut und Böse. Der Imagegewinn, der sich daraus ergibt, auf der richtigen Seite zu stehen, ist offenbar so groß, daß sich für viele damit ein Leben in eher prekären Umständen kompensieren läßt, namentlich in akademischen Berufen.

Wenn Teile der Elite heimlich antidemokratisch werden, ist es logisch, daß im Gegenzug Teile der Bevölkerung eine gewisse Elitenfeindschaft entwickeln. Der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller, der an der Princeton University lehrt und immer von den deutschen Medien herbeizitiert wird, wenn es um bzw. gegen den Populismus geht, ist der Ansicht, daß sich Populisten als »die einzigen wahren Volksvertreter« aufspielen, die einer als korrupt geschmähten Elite ein vermeintlich homogenes und unverdorbenes Volk entgegenstellen.

Ich würde Herrn Müller zur Hälfte zustimmen. Die kürzeste Definition des aktuellen Populismus lautet in der Tat: gegen das Establishment. Aber natürlich repräsentieren wir in der AfD nicht »das« Volk. Wir wollen allerdings, daß das Volk mehr direkten politischen Einfluß bekommt. Deswegen sind wir für plebiszitäre Mitsprache, deswegen gehören Volks-

»Und schließlich entlädt sich an diesem [populistischen] Punkt eine lang aufgestaute Wut gegen die belehrende Art der liberalen Politik, bei der der Einzelne als Schüler betrachtet wird, der von einer Elite erzogen werden muss.«

Bernd Stegemann: *Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie*, 2. Aufl., Berlin 2017, S. 62.

abstimmungen zu unseren zentralen Forderungen. Denn das immerhin unterscheidet die Populisten vom Establishment: Wir wollen nicht über die Köpfe des Volkes entscheiden. Wir halten uns nicht für klüger als das Volk. Wir haben keine Angst vor dem Volk. Und wir wollen das Volk – und zwar keines – auch nicht abschaffen.

Spätestens seit ein deutschstämmiger Harvard-Professor in den *Tagesthemen* ohne ein Nachhaken der Moderatorin verkünden durfte, das deutsche Volk werde durch eine »multiethnische Gesellschaft« ersetzt und dabei werde es zu »Verwerfungen« kommen – in den Lokalteilen der Zeitungen kann man unter »Vermischtes« Meldungen über solche »Verwerfungen« lesen –, spätestens seit diesem Tag wissen wir, daß der Populismus die letzte Verteidigungslinie unserer Art zu leben ist. Wenn die Globalisten sich durchsetzen, werden viele Dinge verschwinden und niemals wiederkommen, die unser Land und unseren Erdteil lebenswert machen: der innere Frieden, der Rechtsstaat, die soziale Sicherheit, das Bargeld, die Gleichberechtigung der Frau, die Meinungs- und Religionsfreiheit, das Recht darauf, von Staat und Gesellschaft in Ruhe gelassen zu werden. Wer Afrika und das Weltklima retten muß, kann auf Petitesse wie demokratische Legitimation und nationales Recht keine Zeit verwenden.

»Zwischen den Kräften des Hergebrachten und denen des ständigen Fortbringens, Abservierens und Auslöschens wird es Krieg geben«, hat der Dichter Botho Strauß 1993 in seinem berühmten Essay »Anschwellender Bocksgesang« prophezeit. Genau das steht uns bevor – wobei wir alles dafür tun werden, daß der Konflikt friedlich ausgetragen wird. Da die Völker unwillig sind, den grauen Tod der *Diversity* zu sterben, haben die Globalisten den Migrant als neues revolutionäres Subjekt entdeckt. Die ganze Panik um den angeblich menschengemachten Klimawandel ist bloß der Begeleitlärm, ebenso wie die ständig frisch und eiternd gehaltene Schuld der weißen Männer im allgemeinen und der Deutschen im besonderen.

Die Gretchenfrage unserer Epoche lautet deshalb: Wie hast du's mit der Migration? Hier scheiden sich die Geister. Und wenn Sie mich fragen: Hier entscheidet sich das Schicksal der europäischen Zivilisation. Und in dieser Frage trennt sich auch die deutsche Parteienlandschaft am saubersten. Die beiden Parteien, die hier am homogensten agieren und am rigidesten die genau entgegengesetzte Position beziehen, sind die AfD und die Grünen. Mit den Begriffen von Herrn Goodhart: die blauen »Somewheres« gegen die grünen »Anywheres«.

Die Agonie der SPD hängt mit diesem Zwiespalt zusammen. Das traditionelle sozialdemokratische Wählermilieu besteht aus »Somewheres«, die schicken urbanen Eliten, die von den Sozis so herzerreißend umworben werden, wählen mehrheitlich lieber die Grünen, und der gierige Blick der SPD-Führung auf die neue Klientel der vor allem muslimischen Migranten verschreckt traditionelle Wähler der SPD und treibt sie der AfD zu. Die Merkel-CDU versucht, auf Merkelart beides zugleich zu sein, somewhere und anywhere, so lange Merkel regiert mit Bevorzugung letzterer, und das wird diese Partei zerreißen. Davon profitieren werden wiederum AfD und Grüne. Die Linken sind ein Sonderfall, den zu beschreiben ich mir heute schenke, ich will nur den Namen Sahra Wagenknecht erwähnen, die begriffen hat, wohin der Hase läuft.

Meine Damen und Herren, in nahezu jeder Rede während des Bundestagswahlkampfes habe ich den großen Philosophen und Freigeist Baruch Spinoza mit dem Satz zitiert, sich selbst im Sein zu erhalten sei das erste und einzige Prinzip der Individuation. Das gilt für Personen wie für Völker. Das elementare Bedürfnis eines Volkes besteht darin, sich im Dasein zu erhalten. Das ist im Grunde unser Parteiprogramm in einem Satz. Es geht uns einzig um die Erhaltung unserer Art zu leben.

Das zentrale politische Zukunftsthema lautet: Identität. Das ist nicht im Sinne einer ethnischen Reinheit gemeint, die hat es nie gegeben. Völker sind nichts Statisches, sie nehmen Fremdes auf und verändern sich dadurch, und wenn dieser Prozeß der Einverleibung und wechselseitigen Prägung allmählich stattfindet, ist nichts dagegen zu sagen. Wir sind nicht wahnsinnig und behaupten, daß wir die Globalisierung stoppen oder umkehren werden. Das läge auch nicht in unserem Interesse. Aber wir wollen diesen Prozeß nicht einfach achselzuckend, ohne Regeln und ohne auf die Folgen zu schauen hinnehmen. Das, meine Damen und Herren, nennt man Populismus, und deshalb sind wir Populisten. ■

»Um so abgehobener von den Belangen des ›einfachen Volkes‹ und um so lebensferner sich die herrschende Klasse einem hyperkapitalistischen und kosmopolitischen Streben hingibt, um so stärker wird die Gegenbewegung in Richtung einer neuen Suche nach Verwurzelung und Verortung, nach sozialer Fürsorge und solidarischer Gemeinschaft ausfallen. Die populistische Zuspitzung beschleunigt nur das Entstehen von Bewußtsein für diese Prozesse, verstärkt nur das Entstehen der Kluft zwischen ›Volk‹ und ›Elite‹ – sie löst diese Entwicklungen nicht aus.«

Institut für Staatspolitik: *Die Stunde des Populismus*, Schnellroda 2017, S. 38f.

Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Felix Dirsch, 1967, philosophische, theologische und politikwissenschaftliche Studien; lehrt seit 2012 an mehreren in- und ausländischen Universitäten, vornehmlich in München und Armenien.

München war anders. Das NS-Dokumentationszentrum und die dort ausgeblendeten Dokumente, Reinbek b. Hamburg 2016 (zusammen mit Konrad Löw)

Dr. Alexander Gauland, 1941, ist neben Jörg Meuthen Bundessprecher der Alternative für Deutschland (AfD) und neben Alice Weidel Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Deutschen Bundestag.

Die Deutschen und ihre Geschichte, Neuausgabe 2017

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.

Mit Alain de Benoist und Diego Fusaro: *Marx von rechts*, Dresden 2018

Dr. Maximilian Krah, 1977, hat in Dresden Jura sowie in London und New York Betriebswirtschaft studiert und arbeitet als Anwalt in einer Dresdner Kanzlei. Er kandidiert für die AfD auf Listenplatz 3 zur Europawahl im Sommer 2019.

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.

Rassismus – Ein amerikanischer Alptraum, Schnellroda 2018

Felix Menzel, 1985, studierte Medien- und Kommunikationswissenschaften, Politik und BWL. 2004 gründete er mit Mitschülern die Jugendzeitschrift *Blaue Narzisse*.

Alternative Politik, Chemnitz 2017

Johannes Konstantin Poensgen, 1992, studiert Politikwissenschaft und Geschichte.

Dr. Hans-Dietrich Sander, 1928–2017, hospitierte bei Bertolt Brecht, promovierte bei Joachim Schoeps und gab unter anderem die Zeitschrift *Staatsbriefe* heraus (1990–2000). Sein Gesamtwerk erscheint im Verlag Arnshaugk.

Jörg Seidel, 1965, Studium Lehramt Geschichte/Deutsch. Studium Philosophie, Neuere deutsche Literaturwissenschaft, Psychologie. Unabhängiger Autor, Übersetzer und Blogger (unter »Seidwalk«).

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin und Mutter dreier Söhne. Außerdem bloggt sie unter fauxelle.wordpress.com.

Mit Linken leben, Schnellroda 2017

Dr. Eberhard Straub, 1940, studierte Archäologie, Geschichte und Kunstgeschichte. 1968 wurde er in München promoviert, 1977 habilitierte er sich ebenfalls in München. Er war viele Jahre FAZ-Feuilletonredakteur, schrieb zudem für *Welt*, *Berliner Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung*.

Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas, Stuttgart 2014

Dr. Gunnar Thümen, 1969, ist promovierter Anthropologe und im Bereich Biotechnologie tätig.

Dr. Dr. Thor v. Waldstein, 1959, studierte Rechtswissenschaften, Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft und Soziologie und arbeitet als Rechtsanwalt.

Die entfesselte Freiheit. Vorträge und Aufsätze, Schnellroda 2017

Dr. Christopher Webster van Tonder, 1965, stammt aus England und lebt dort als Künstler und Wissenschaftler mit einem Forschungsschwerpunkt auf der deutschen völkischen Photographie der 1930er und 40er Jahre. Internetseite: photoradical.info

Ethnizität und Exterritorialität

von Benedikt Kaiser

Volk, *Narod*, *Ethnos* oder selbst *Demos* – konstituierende Gemeinschaften für ein Staatswesen scheinen der individualistischen Tendenz des im atlantischen Raum hausenden Weltgeistes nichts mehr zu bedeuten. Völker, gleich wie man sie an dieser Stelle definiert, gelten als nicht existent, als bloße Konstrukte, als Relikte vergangener, voraufklärerischer Epochen und Erdteile. Und dort, wo sie in relevanten Anteilen noch Lebenswillen zeigen, sich regen, ja sich als politisches Subjekt begreifen und ausdrücken, entspricht es der herrschenden Auffassung, man müßte sie »in einer egalitären *rainbow coalition* der zehntausend Hautfarben und Lebensarten« aufheben. Frank Böckelmann verwies in diesem Kontext auf die weltweite Vorbildrolle der Globalisierungsnation USA: »Amerika, sagt man, bestimme den Kurs des Raumschiffs Erde. Es sei der Restwelt stets um zehn bis zwanzig Jahre voraus.« Doch heute erleben wir eine bisweilen militante Zersplitterung der Bevölkerung gerade innerhalb der Vereinigten Staaten entlang genuin ethnischer (nicht nur sozialer) Bruchlinien; die Zentrifugalkräfte der Gesellschaft werden stärker, und verschiedene *Communities* – jenseits der exterritorialisierten, liberal-urbanen Eliten – leben mehr denn je neben- oder gar gegeneinander ihre spezifische Lebensweise; analoge Vorgänge erleben wir zunehmend auch in Staaten der Europäischen Union.

Die Wucht, mit der neue oder wiederkehrende Erscheinungs- und Artikulationsformen von »Ethnizität« heute und künftig in die Sphäre US-amerikanischer und westeuropäischer Politik einschlagen, zumal in einer Situation, die von zyklischer Krisenverschärfung und -austarierung bei einer sich tiefer grabenden globalen Vernetzung geprägt ist, verblüfft nur jene, die den derzeitigen gesellschaftspolitischen Kurs für richtig halten oder ihn sogar bewußt vertreten. Die Rückkehr neuer Probleme der Ethnizität irritiert und verunsichert mithin also jene als »Eliten« bezeichnete soziale Gruppen von Journalisten, Wissenschaftlern, Politikern und Wirtschaftsakteuren, die a priori davon ausgingen, daß deren eigene, einseitig als moralische und ideologische Norm deklarierte »ethnokulturelle« Selbstauflösung nicht etwa als eine westlerische Besonderheit im globalen Maßstab anzusehen ist. Es handelt sich dabei um Personengruppen, die tatsächlich der Überzeugung sind, daß diese Auflösung aller Dinge die Befreiung des Menschen von seinen Ketten darstelle, universell gelte und sukzessive von der Anhäufung aller Individuen dieser Erde vollzogen würde. Man geht in jenen Kreisen davon aus, daß die Globalisierung aller Lebenswelten und -bereiche – d. h., die »Tendenz zur Vereinheitlichung der Erde« (Alain de Benoist) – etwaige »ethnische Fragen« qua Totalemanzipation obsolet werden ließe. Guillaume Faye hat demgegenüber frühzeitig skizziert, wie gerade ethnische Fragestellungen im Zeitalter der Globalisierung ihr Comeback feiern müßten, daß politischen Termini wie dem Volk geradezu »futuristische« Dimensionen innewohnten. Dies konstatiert er, weil die kosmopolitische Lehre von der »Einen Welt« durch

»Die Identität der Kosmopoliten beruht geradezu auf der weltweiten Uniformität ihrer Freizeitvergnügungen und der Ähnlichkeit der von ihnen bevorzugten Aufenthaltsorte, und das unterscheidet die Kultur ihrer kollektiven Sezession nachhaltig von den an Vielfalt reichen Kulturen der Ansässigen.«

Zygmunt Baumann: *Gemeinschaften*, S. 71.

fortschreitende Prozesse der Globalisierung (Migration, Handel, Kommunikation und anderen) nicht an Glaubwürdigkeit gewinnt, sondern, aufgrund ihrer Beschränkung auf die sogenannte westliche Welt, von den Menschen und Völkern jenseits ebendieser Gegenden – und das ist global gesehen eine gewaltige Mehrheit – widerlegt wird. Daß Fayes Gedanken darauf aufbauend in einem verabsolutierten ethnischen Blockdenken aufgingen und sich deshalb nicht mehr auf soziale Fragen innerhalb wie außerhalb europäischer Staaten bezogen, bedarf einer kritischen Revision, aber ändert nichts an der zentralen Diagnose einer Rückkehr des Volks- und Ethnizitäts-Sujets; eine Rückkehr, die ausdrücklich (und entgegen liberal-universalistischer Vorstellungen) in Zeiten neu erreichter Grade der Globalisierung erfolgt und die nicht nur von Faye, sondern auch von linken Denkern wie dem britischen Soziologen Stuart Hall als *die* bestimmende *politische* Frage unserer Zeit bewertet wird.

Ethnizität ist hierbei kein bloßer soziologischer Ausweichbegriff, der kontaminierte altbewährte Begriffsbildungen ersetzen soll. Der Gehalt der Ethnizität – »als Bezeichnung für kulturelle Differenzen zwischen Gruppen« (Stuart Hall) – entwickelte sich im Gegensatz zu Einheiten wie Nation oder Volk erst mit der Herausbildung moderner, komplexer und zunehmend mobiler Gesellschaften ab dem 19. Jahrhundert. Max Weber beschrieb Ethnizität 1921 als Konstituierung »ethnischer Gruppen«, die dann begründet seien, wenn eine gewisse Anzahl von Menschen »einen subjektiven Glauben an eine Abstammungsgemeinschaft hegen, derart, daß diese für die Propagierung von Vergemeinschaftungen wichtig wird, (...) ganz einerlei, ob eine Blutsgemeinschaft vorliegt oder nicht«. In diesem Sinne spielt nicht nur die bloße Abstammung an sich eine Rolle, mitentscheidend ist der Wille zur Herausbildung einer eigenen Ethnizität, eines eigenen Bewußtseins – im Sinne Webers mit oder ohne vorhergehende identische Herkunft. Heute tätige Ethnologen wie Hans Peter Hahn bestätigten Webers Definition, nicht ohne sie zu ergänzen. Es läge, so der Frankfurter Forscher, »nicht in der Entscheidungsmacht einer einzelnen Person oder einzelnen Gruppe, spontan eine ethnische Gruppe zu bilden«. Ethnische Gruppen (Ethnizität) sind (ist) ein Ergebnis historischer Prozesse, die über mehrere Generationen andauern oder andauern können.

Ethnizität heute meint daran anschließend und zugleich darüber hinausgehend (nach der Definition des Kultur- und Sozialanthropologen Andre Gingrich) das dynamisch-relationale zeitgenössische Verhältnis zwischen mindestens zwei Gruppen, die davon überzeugt sind, daß sie sich insbesondere in bedeutenden Fragen kulturell und verhaltensspezifisch unterscheiden und differente – wie wir sagen würden: ethnokulturelle – Identitäten herausbilden. Das kann gänzlich unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat geschehen. Und während eine »Nation« meist eine gewachsene politische Gemeinschaft in einer staatlichen Organisation darstellt (deren Ethnizität durchaus heterogen sein kann), ist Ethnizität insbesondere in Zeiten der Multikulturalisierung halber Kontinente nicht an eine nationale Gliederung, an Staatlichkeit oder auch nur an eine einzige Organisationsform gebunden, sondern zeigt sich – trotz aller heutigen Durchlässigkeit – an Grundbedingungen geknüpft, deren ethnische Fundamente freilich ganz unterschiedlich gewichtet werden. Während für Alain de Benoist und andere dem »Primordialismus« (i. S. v. »vom Ursprung her«) nahestehende Denker die *ursprüngliche*, autochthone ethnische Sozialisation (letzten Endes: Abstammung) nicht ohne weiteres negiert werden kann, geben Gingrich und andere an, daß ethnische Grenzen für sie fluide und volatil erscheinen; ethnokulturelle Identität wird damit – nach Mehrheitsauffassung in der Ethnologie wie heruntergebrochen auf leichtere Formeln in der »Zivilgesellschaft« – zu einer Identität unter vielen weiteren denkbaren Identitäten herabgestuft. Der Wandel der Ethnizität einer Person sieht sich dann gleichgestellt mit dem treulosen Fußballfan, der seinen Verein nach wiederholten Rückschlägen wechselt, mit dem Künstler, der einem Stil folgt und hernach einem neuen, mit dem Mann, der sich nach einer psychisch einschneidenden Lebenskrise nun als Frau fühlen mag, undsoweiter.

Ein »neurechter« Standpunkt verweigert sich auch in der Causa Ethnizität dem binären Denken. Man verschreibt sich weder dem Rassenbiologismus völkischer Dichotomie noch dem konstruktivistischen Postmodernismus und seinen verschiedenen Auswüchsen und bezieht ei-

»Subjektive Identität ist diejenige, die ein Subjekt, sei es ein Individuum oder eine Gruppe, sich aus seiner eigenen Sicht zuschreibt. Objektive Identität meint entweder die diesem Subjekt aufgrund seines geographischen und geschichtlichen Zugehörigkeitsumfelds zugeschriebene Identität oder aber jenen Teil der subjektiven Identität, von dem sich beweisen läßt, daß er tatsächlich einer Realität entspricht.«

Alain de Benoist: *Wir und die anderen*, S. 71.

»Zu jeder ethnischen Gruppe gehören bestimmte Kennzeichen, die diese gegenüber anderen auszeichnen. Weil jedes Mitglied diese Merkmale benennen kann und folglich weiß, dass er oder sie zu dieser Gruppe gehört, sind ethnische Gruppen typischerweise sogenannte Wir-Gruppen. Damit rückt die ethnische Gruppe in die Nähe des Begriffs der Gemeinschaft – mit ihren vielfältigen Aspekten von Nähe, Zusammengehörigkeit und Solidarität. (...) Es gibt auch ethnische Gruppen, deren Angehörige wider Willen zu dieser Gruppe gerechnet werden. Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe ist zwar eine reflektierte soziale Tatsache, sie unterliegt jedoch in vielen Fällen der Willensbildung des Individuums.«

Hans-Peter Hahn: *Ethnologie. Eine Einführung*, S. 53.

nerseits ethnische Realitäten sowie anthropologische Konstanten ebenso ein, wie man sich andererseits mit allen Implikationen eingesteht, daß sich die Lebenswelten im 21. Jahrhundert fundamental wandeln. Gleichwohl gilt auch in globalisierten Zeiten, daß es von Geburt an ein »Schon-Vorhandenes« gibt, »einen Hintergrund, der den Rahmen bildet für die Konstruktion des Selbst« (Alain de Benoist) – eben ein Volk nicht nur im Sinne von *Demos* als bürgerlichem Wahlvolk oder Bevölkerung, sondern auch, aber wiederum nicht ausschließlich, im Sinne von *Ethnos* als Gemeinschaft gleicher Sprache, Abstammung usf. Die Ethnizität in modernen Massengesellschaften, in welche hinein und aus welchen heraus Migration erfolgt, erscheint so von rechts gesehen durchaus prinzipiell änderbar, aber weder quantitativ noch qualitativ beliebig formbar. Vereinfacht gesagt bedeutet das auch, daß die Integration von Einwanderern, die globalisierte Zeiten mit sich bringen und zumindest auch teilweise mit sich bringen müssen, nur in bestimmtem Maße, behutsam und unter Anerkennung der Hegemonie der aufnehmenden (Mehrheits-)Gemeinschaft erfolgen kann. Das ist ein »neurechter« Standpunkt, der nur in Deutschland (oder in anderen Teilen des Westens) so herausgestellt werden muß: In allen anderen Regionen der Welt ist das *common sense* weit über politische Milieus hinaus und bedarf keiner expliziten Rechtfertigung.

Die Anerkennung der Hoheit einer (religiös, politisch, gesellschaftlich usw.) richtungsweisenden Autorität gilt selbst für das spanische Mittelalter, das »Konvivialisten« (von »Zusammenleben«) überhastet als Ort des multikulturellen Miteinanders idealisieren und gar als Vorbild für das heutige Europa darstellen. Mit dem Soziologen Frank Adloff kann ein relativ prominenter Verfechter des zivilgesellschaftlich tonangebenden linksliberalen Milieus angeführt werden, der im alten und von Stellvertretern des Kalifen regierten Spanien Ansätze für heute zu finden meint, wenn er den kastilischen Begriff der *convivencia* aufgreift. Adloff benennt diese Konvivialität zwar korrekt als das Zusammenleben von Juden, Muslimen und Christen auf der Iberischen Halbinsel während des Mittelalters; Konvivialität stelle »eine Form von minimaler Sozialität und einen Minimalkonsens dar, eine Kompetenz der kulturübergreifenden alltäglichen Aushandlung«. Verschwiegen wird aber freilich der entscheidende Einwand, nämlich daß die »alltägliche Aushandlung« insofern nicht stattfand, als daß die Herrschaft der unterschiedlichen Kalifendynastien nicht als solche zur Disposition stand. Man konnte als Christ und Jude im Kalifat leben, aber man hütete sich vor der offenen Infragestellung der herrschenden Klasse oder auch nur ihrer Werte, Lebens- und Denkweisen, weshalb ein Vergleich mit dem Westeuropa der Jetztzeit im höflichsten Falle als eigenwillig einzustufen ist.

Das Gros der zeitgenössischen bundesdeutschen Linken hängt Standpunkten an, wonach Ethnizität, Volk und Nation samt jeweils zugehöriger Werte, Lebens- und Denkweisen wandelbar, frei zu gestalten, letztlich Konstrukte, also frei »erfunden« seien. Dies wird, als reichte dies nicht bereits als Herausforderung zum Widerspruch, wiederkehrend mit dem lapidaren Verweis auf den Titel der grundlegenden Studie des Nationen- und Nationalismusforschers Benedict Anderson verknüpft. Die Crux ist, daß Andersons *Imagined Communities* (1983) mit dem von Verlag und Übersetzer frei gewählten Titel *Die Erfindung der Nation* in deutscher Übersetzung erschien (1988). Freilich war bei Anderson nur gelegentlich die Rede von »Erfindung«, sehr häufig indessen von »vorgestellt«. Es handelt sich im Verständnis von Anderson bei jeder Form von Gemeinschaften, »die größer sind als die dörflichen mit ihren Face-to-Face-Kontakten« um »vorgestellte Gemeinschaften«, weil ein Mensch andere, entfernte Menschen, die gleich ihm zu einer Nation, einem Volk oder einem Staat gehören, im Regelfall nicht persönlich kennen kann. Aber über gemeinsame Merkmale (etwa Muttersprache, Tradition, Lebensart, kontingente Konstellationen usw.) *stellt man sich vor*, in einem meist geschichtlich verstandenen, integralen Zusammenhang einer souveränen (Verhältnisse werden selbst geregelt) und begrenzten (wer gehört dazu?) Gemeinschaft zu stehen. Die Theorien Andersons zur Genese der Nationen und des Nationalismus über den mindestens zwei Jahrhunderte andauernden historischen Wandel von kapitalistischer Produktionsweise und seiner Produkte, Dynastien, Klassen, Rassismus, patriotischer Imagination sind diskutierbar, und gerade von rechts öffnet sich ausreichend Raum zur

»Dieses Buch versucht die Art und Weise der Auseinandersetzung mit dem Nationalismus zu verändern, indem es ihn eher in anthropologischem Sinne zu begreifen sucht, als eine Form des In-der-Welt-Seins, der wir alle unterworfen sind, anstatt in ihm eine fremde, lediglich angenommene politische Ideologie zu sehen.«

Benedict Anderson: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, S. 209.



Sowjetische Sportler in ethnokultureller Eindeutigkeit – Olympische Winterspiele, Sapporo, Japan, 1972

Kritik. Doch die Schlagwortpolitik deutschsprachiger Linker jeder Couleur, die, sich vermeintlich akademischer Autoritäten sicher fühlend, dort von »Erfindung« im Sinne künstlicher Konstruktion sprechen, wo es um »Vorstellung« als Bildung einer Assoziationskette geht, ist nicht nur verkürztes Denken, sondern ausdrücklich verfälschend: Anderson kritisierte etwa den radikalkonstruktivistischen populären Nationalismus-Forscher Ernest Gellner explizit für dessen Theorie, wonach (meist bürgerlich-intellektuelle) Nationalisten sich ihre Nation erst von oben herab schufen, mithin die Nation »erfanden«, also »ausdachten«. (Gespiegelt findet sich diese Argumentation übrigens auch bei Alexander Dugin, für den Nation und Nationalismus modernistische Erscheinungen sind, die durch die anvisierte Umsetzung von materiellen und immateriellen Eigeninteressen der jeweils herrschenden Bourgeoisie hervorgerufen wurden.) Just dies ist nach Anderson, der ein »demokratisches« Verständnis einer Nationsgeburt durch die medial verbreitete Imagination der Vielen hatte, immerhin Ausdruck eines verkehrten Bewußtseins, das heute, im kosmopolitischen liberalen und linken Milieu, durchaus als hegemonial anzusehen ist.

Dieser Exkurs zur Nationalismus-Theorie ist aus zwei Gründen wichtig: Einerseits wird verständlicher, mit welcher Leichtigkeit heute tonangebende linke und liberale Kreise gemeinschaftsstiftende Kategorien wie Nation, Volk oder Ethnizität verwerfen können, weil sie meinen, bei einer verkürzenden Anzitierung einiger akademischer Thesen die »Erfindung« ebenjener Kategorien »bewiesen« zu haben. Der Rest der Agitation ist dann moralistisches Zubrot, das weiterführende Diskussionen ethisch verwerflich erscheinen läßt.

Andererseits nahm Anderson vorweg, daß Bezugnahmen auf Nation und Zusammengehörigkeitsbewußtsein (vulgo: Ethnizität) in Zeiten der Globalisierung keineswegs unabwendbar obsolet werden müssen, wie beispielsweise ein weiterer Nationalismus-Forscher, Eric Hobsbawm, meinte. Denn daß Menschen migrieren, ihr Land verlassen und in neuen, ethnokulturell anders verwurzelten Gesellschaften aufgenommen werden, ist, durchaus mit Anderson gedacht, gerade kein Beleg für die Überwindung der bisherigen Gemeinschaften. Auswanderer-Parallelgesellschaften und die Rückbesinnung auf die ethnische oder nationale Herkunft, auch wenn die Nation qua Globalisierungsergebnis der Migration in geographische Ferne geraten ist, zeigen heute vielmehr, daß auch in globalisierten Zeiten nationalistische und ethnopolitische Standpunkte zunehmen – speziell an Orten fern der eigenen Herkunftsregion. Man-

»Grenzenlosigkeit – eine linke Utopie? Grenzenlosigkeit – das neoliberale Paradies, das den Sozialstaat endlich schleift, endlich niedertrampelt durch das va-et-vient vaterlandsbefreiter Völkerschaften.«

Frank A. Meyer: »Sturm auf die Nation«, in: *Cicero. Magazin für politische Kultur*, S. 47.

cher Türke oder Kurde knüpft erst im Ausland eine besonders innige Verbindung zu seiner ethnokulturellen Herkunft (anders als beispielsweise Deutsche oder Niederländer in den USA oder anderswo, die sich zügig assimilierten). Mit Verweis auf den liberalen britischen Historiker Lord Acton proklamiert Benedict Anderson: »Das Exil ist die Pflanzschule des Nationalismus.« Heutzutage, da der geschichtliche Fortschritt weiter vorangerückt ist als im späten 19. Jahrhundert Actons oder im späten 20. Jahrhundert Andersons, muß man dieses Diktum in bezug auf den Nationalismus um Ethnizität, ethnokulturelles Bewußtsein etc. erweitern – sie alle nehmen gerade auch im örtlichen Exil an Bedeutung zu, nicht *trotz*, sondern *aufgrund* der Globalisierung, der Auswanderung und von ihr hervorgerufenen Fremdheitserfahrungen sowie den Verwerfungen der Migrationsprozesse.

Durchlässige Grenzen und Mobilitätsschübe werden dabei von unterschiedlichsten ideologischen Interessensgruppen im transatlantischen Westen positiv taxiert. So befürworten liberale Kosmopoliten beispielsweise offene Grenzen und Gesellschaften, weil es – scheinbar – ihr Ideal eines Weltbürgertums oder der Einen Welt begünstigt. Und auch libertäre Säulenheilige wie F. A. von Hayek können als Gewährsleute für eine solche *borderless world* herangezogen werden. Hayek, darauf weist Frank A. Meyer aktuell in *Cicero* hin, träumte von einem Untergang der Grenzlinien als unvermeidlichem Schritt zur »Hegemonie der Marktgerechtigkeit über soziale Gerechtigkeit«. Selbst »die Regulierung der Arbeitszeit« werde dann »den Einzelstaaten schwerfallen«. Wenn, so schwärmte der heute auch rechts oftmals gewürdigte Vordenker der libertär grundierten neoliberalen Spielart, »erst einmal die Grenzen geöffnet sind und Bewegungsfreiheit gesichert ist«, verlören alle dezidiert nationalen Organisationen und Hüllen ihre Stellungen. Meyer spitzt Hayeks Agenda zu: »Im Klartext: Schluss mit der Nation gleich Schluss mit dem Sozialstaat«. Globale Grenzenlosigkeit, exterritoriale und offene Märkte, Überwindung von Gemeinschaftsdenken, das auf Volk, Nation, Ethnizität fußt: Hier treffen sich libertäre Reaktion und postmoderne Linke.

Die primären Gegner *neurechter* Politik in diesem Feld sind jedoch nicht libertäre Altmeister und marktradikale Phantasten auf der einen Seite und ebensowenig polit-esoterische Verfechter linksliberaler Entwürfe sowie postmodernistisch-identitätspolitische Antifa-Akteure in ihren Wahrnehmungsblasen auf der anderen Seite. Das sind nur die metapolitisch vernehmbaren, aber letztlich *lunatic-fringe*-artigen *Pressure groups*, bewußt oder unbewußt der verlängerte ideologische Arm der globalen Elite, dieses so viel wirkmächtigeren Gegners. Es handelt sich dabei – ob mit Alexander Gauland oder Sahra Wagenknecht, ob mit Alain de Benoist oder Slavoj Žižek argumentiert – um eine neue Klasse in zahlreichen Ländern der Welt ökonomisch und politisch Herrschender. Diese neue Klasse ist kulturell ent wurzelt, in der Welt, also überall und zugleich nirgends, zu Hause, und bringt, wie Peter J. Brenner in der Zeitschrift *Tumult* resümierte, das Ideal einer globalisierten, moralgesättigten Weltgesellschaft mit sich, »ohne Grenzen, ohne Identitäten und ohne Konflikte«. Ethnizität, einerlei ob mit Willen zu ihr (manifestiert in ethnokulturellem Bewußtsein) oder »nur« qua Abstammung, spielt so wie die Zugehörigkeit zu nationalen Kulturen keine Rolle mehr; selbst die Diskussionen darob sind bereits überflüssig.

Zygmunt Baumann hat in seiner Betrachtung *Gemeinschaft* mit Recht darauf verwiesen, daß die Welt der neuen globalen Eliten keine Anschrift mehr kennt »außer der E-Mail-Adresse und der Handynummer«. Man denkt, fühlt, lebt »exterritorial«, denn nur die selbst gewählte »Exterritorialität allein garantiert einen gemeinschaftsfreien Bereich«, sichert also die erfolgte und in *Gated communities* materialisierte »Flucht vor der Gemeinschaft«. Die globale Wirtschafts- und Kulturindustrie verbringt so die Großzeit ihres Lebens in einer selbstgeschaffenen Blase, beansprucht aber Gestaltungsmacht über ganze Gesellschaften, deren Alltag sie zur Gänze fremd gegenüber treten muß. Ihre wirtschaftspolitischen (manche Libertäre) und kulturpolitischen (diverse linke Milieus) Ausläufer und Leugner jeder Ethnizität sind faktisch irrelevant für diese Entwicklung. Ob Kwame Anthony Appiah (*Der Kosmopolit*, München 2007), der durchaus begierig eine Kosmopolitisierung des Lebens auf Erden prophezeit, oder François Jullien (*Es gibt keine kulturelle Iden-*

»Die globale Klasse, so klein sie auch ihrer Mitgliederzahl nach sein mag, hat eine weite Ausstrahlung. Sie gibt den Ton an und erreicht damit nicht nur ihresgleichen, sondern auch ihre Helfer und Helfershelfer, die von ihr abhängig sind, ebenso wie jene, die davon träumen dürfen, auch einmal dazuzugehören (...). Der verlängerte Arm der globalen Elite ist die Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft ist das, was herauskommt, wenn den Intellektuellen die Intelligenz abhanden kommt und die Gesinnung bleibt.«

Peter J. Brenner: »Globale Eliten, lokale Heloten oder: Wo ist das Volk?«, in: *Tumult. Vierteljahresschrift für Konsensstörung*, S. 9.

»Die ›Globale Gesellschaft‹ kennt einige Synonyme: ›Eine Welt‹, ›Menschheit‹, ›Planetarismus‹, ›Mondialismus/Globalisierung‹ etc. Wir sollten es uns besser als Wiederholung der Erfahrung der Europäischen Union auf globaler Ebene vorstellen oder als einen Transfer des US-amerikanischen Modells der Gesellschaft auf den ganzen Planeten (Vereinigte Staaten der Welt).«

Alexander Dugin: *Ethnos and Society*, S. 221.

tität, Berlin 2017) der – gleich Aydan Özoguz (Integrationsbeauftragte der Bundesregierung) in Deutschland – die spezifische Dimension einer bestimmten Kultur leugnet: Sie liefern zum Prozeß der Weltvereinheitlichung durch die ursprünglich westlerisch sozialisierten globalen Eliten lediglich den passenden Soundtrack.

Das Ringen um Ethnizität (um Identität, Migration, Selbstbehauptung) und die Bedeutung der Exterritorialität (für Märkte, für die neue Elite, für ethnonationale Minderheitenpolitik, für Parallelgesellschaften) in globalisierten Zeiten sind Geschwister; man kann sie nur schwerlich trennen vom gemeinsamen Stammbaum der globalen Spätmoderne. Mit diesem Stammbaum verknüpft sind zwei zentrale Fragen, die wieder mannigfaltig untergliedert werden können.

Erstens erleben wir eine massive Rückkehr der sozialen Frage auf nationaler wie internationaler Ebene: Zahlreiche verschiedene Verteilungsfragen des globalisierten Kapitals und seiner neuen herrschenden Klassen werden sich zuspitzen, die Raumnahme der Digitalisierung und des »Überwachungskapitalismus« (Shoshana Zuboff) begleiten und verschärfen diese Entwicklungsgänge.

Zweitens ist die Rückkehr der Bedeutung von Ethnizität evident: Innerhalb der Nationen Europas wird sich zeigen, ob ein ethnokulturelles Bewußtsein der Autochthonen in anhaltenden Krisensituationen aktiviert werden kann oder ob sich die Auflösung aller Dinge im Westen als ein unaufhaltsamer Prozeß erweist. Die Rückkehr der Ethnizität der Migranten in Form von ortsuntypischen Erscheinungen eines neu-alten Tribalismus und einer Wiederbesinnung auf die Herkunftsregion- und/oder Herkunftsreligion wird davon unabhängig weitergehen.

Aus beiden großen Fragen – der kulturell-politischen (Stichwort Ethnizität) und der sozioökonomischen (Stichwort Exterritorialität) – und ihren Ausdifferenzierungen ergibt sich die Notwendigkeit einer doppelten Frontstellung: Zunächst gegen die Aufgabe der ethnokulturellen Identität, danach sowohl gegen das Aufgehen der Völker (ob in *melting pots* oder im Status eines Nebeneinanders isolierter Parallelgesellschaften) als auch gegen die abstrakte Macht des Kapitals und seiner konkreten Satrapen in den Zivilgesellschaften dieser Welt. Zugespitzt ausgedrückt: gegen die kosmopolitischen »Wohlmeinenden und Wohlhabenden« (Bernd Stegemann).

Wenn man nun die allorts auftretenden Formen des neuen »Populismus« im Sinne des Politikwissenschaftlers Philip Manow als »Protestartikulation gegen Globalisierung« interpretiert, »und zwar gegenüber zwei ihrer hauptsächlich Erscheinungsformen: dem internationalen Handel und der Migration, also der grenzüberschreitenden Bewegung von Geld und Gütern einerseits und von Personen andererseits«, dann ist die theoretische wie praktische Affirmation des Populismus der erste Schritt in einer rechten Gegenbewegung zur herrschenden Tendenz unserer Zeit. (Vgl. dazu Alexander Gaulands Aufsatz in diesem Heft.)

Es geht in diesem Kontext, d. h. im Sinne eines authentischen, aus der Zeit heraus notwendig gewordenen »Populismus«, selbsterklärend nicht um einen Kampf zwischen den Völkern und ihren Formen, Ethnizität zu denken und zu leben, sondern um »ein Bündnis aller starken kollektiven Identitäten, aller Kulturen, die sich nicht damit abfinden, unter der Dampfwalze der Globalisierung zu verschwinden« (Alain de Benoist).

Diese Dampfwalze rollt auf breiter Front, weil »die von der weltweiten Zirkulation von Kapital und Information verkörperte Macht« ein »exterritoriales Phänomen« ist (Zygmunt Baumann). Sie wirkt aber zugleich territorial, weil sie alle Länder in ihren Einflußbereich bringt; das Netz der Abhängigkeit wird global aufgespannt, während die Migrationsursachen und -folgen ganz konkrete Gebiete der Welt treffen.

Es bleibt indessen die unvergängliche Schwäche politischer (Gegen-) Ansätze, daß internationaler Widerstand an den auf so vielen Ebenen porös gewordenen Grenzen Halt macht: Der Gegner, der mit diesem Faktum grenzüberschreitend arbeitet, ist einstweilen so den entscheidenden Schritt voraus. Die notwendige Reaktivierung eines selbstbewußten Umgangs mit Ethnizität in Deutschland und Westeuropa müßte daher mit einer Aktivierung eines politischen wie wirtschaftlichen Sensoriums für die neu aufgeworfenen Widersprüche der Exterritorialität einhergehen. Dies umreißt die schwerste Herausforderung für 2019ff. ■

Literaturhinweise:

Frank Adloff: *Politik der Gabe. Für ein anderes Zusammenleben*, Hamburg 2018;

Benedict Anderson: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2005;

Zygmunt Baumann: *Gemeinschaften*, 4. Aufl., Frankfurt a.M. 2017;

Alain de Benoist: *Wir und die anderen*, Berlin 2008;

Peter J. Brenner: »Globale Eliten, lokale Heloten oder: Wo ist das Volk?«, in: *Tumult. Vierteljahresschrift für Konsensstörung*, Winter 2018/19, S. 8–11;

Frank Böckelmann: *Die Gelben, die Schwarzen, die Weißen* (1998), Berlin 2018;

Alexander Dugin: *Ethnos and Society*, London 2018;

Guillaume Faye: *Archeofuturism. European Visions of the Post-Catastrophic Age*, London 2010;

Andre Gingrich: »Ethnizität für die Praxis«, in: Karl R. Wernhart/Werner Zips (Hrsg.): *Ethnohistorie – Rekonstruktion, Kulturkritik und Repräsentation. Eine Einführung*, 4. Aufl., Wien 2014, S. 101–117;

Hans-Peter Hahn: *Ethnologie. Eine Einführung*, 2. Aufl., Berlin 2014;

Stuart Hall: *Das verhängnisvolle Dreieck. Rasse, Ethnie, Nation*, Berlin 2018;

Philip Manow: *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2018;

Frank A. Meyer: »Sturm auf die Nation«, in: *Cicero. Magazin für politische Kultur* 1/2019, S. 46f.

Volk – Volkssouveränität – Verfassung

von Maximilian Krah

»Wir sind das Volk!« – Niemandem war während der Demonstrationen des Herbstes 1989 unklar, wer oder was das Volk sei, und auch niemand von denen, gegen die sich der Ruf richtete, hätte den Begriff »Volk« verdächtig gefunden. »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« – das ist die Grundlage des modernen Staates, so lautete Artikel 1 der Weimarer Reichsverfassung und, nachdem nun die individuellen Grundrechte an den Anfang gestellt worden sind, Artikel 20 des Grundgesetzes.

Das Volk der Weimarer Verfassung und des Grundgesetzes war das deutsche Volk. Dieses deutsche Volk muß also schon vor dem Grundgesetz bestanden haben, damit es sich ein solches geben konnte. Mit dem Grundgesetz wird dieses Volk nun zum Gegenstand rechtlicher Fassung. Zum Volk gehören diejenigen, die Staatsbürger sind, so steht es in Artikel 116. Aber zum Volk gehören auch »Flüchtlinge und Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit, die im Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden haben.« Es gibt also das Volk der Staatsbürger und es gibt Nicht-Staatsbürger »deutscher Volkszugehörigkeit«, die einen Anspruch auf die Staatsbürgerschaft haben.

Das Grundgesetz geht von einer Verknüpfung des rechtlichen Volksbegriffes – Volk der Staatsbürger – mit dem ethnischen Volksbegriff – Gemeinschaft der ethnisch Deutschen – aus. Diese Verbindung war bis in die 1990er Jahre verfassungsrechtliche Standardinterpretation, gilt aber heute bereits als Kennzeichen für eine völkische Grundeinstellung. Daß ein Staat die Zugehörigkeit zum Staatsvolk rechtlich regeln muß, ist ein Erfordernis der Praxis. Warum aber bedarf es der Rückkoppelung an ein vorrechtliches Phänomen wie der Ethnie?

Für die rechtliche Begründung des vormodernen Staates war das Volk irrelevant. Der Staat leitete sich von Gott ab. Die Obrigkeit war eingesetzt von Gottes Gnaden, und welcher Ethnie die Untertanen waren, spielte für den Herrschaftsanspruch keine Rolle. Die Ableitung des Staates aus einer religiös gegründeten Kultur, also »von oben«, schafft Klarheit und Frieden – aber nur, solange diese Letztbegründung allseits anerkannt ist. Damit war es mit der Reformation vorbei: Gerade über den eigentlichen festen Punkt, auf dem das ganze Mittelalter ruhte, Gott, herrschte nun Streit und Krieg. Der Kompromiß des Westfälischen Friedens, wonach sich die Religion der Untertanen nach derjenigen des lokalen Herrschers zu richten hatte, war eine Notlösung: denn wie »gottgegeben« ist eine Theologie, deren Geltung an der Landesgrenze aufhört?

Man bedurfte also einer neuen Letztbegründung für den Staat, und Thomas Hobbes fand sie im Volk. Der Staat entstand durch die Übertragung der individuellen Freiheiten, insbesondere des Selbstverteidigungsrechts, auf die öffentliche Gewalt, die sie dann wieder über die Bürger ausübt. Der Leviathan besteht aus den einzelnen, über die er herrscht. Der Monarch, den es noch gab, war somit nicht mehr der von Gott er-

»Daß der Begriff des Volkes eine besondere Sprengkraft hat, mußten zuletzt die Machthaber der DDR erfahren, die unter der Parole »Wir sind das Volk!« gestürzt wurden. Offenbar haben ihre Nachfolger in der BRD kein Interesse daran, diese Erfahrung zu teilen, und offenbar haben sie ein feines Gespür für das, was sie ideologisch stets abstreiten, nämlich daß ein Volk eine Solidaritätsgemeinschaft ist, die nur deswegen, weil das so ist, kollektiv handeln und gegebenenfalls auch Machthaber stürzen kann. Kein Volk – keine Solidarität. Keine Solidarität – keine Gefahr.«

Manfred Kleine-Hartlage: *Die Sprache der BRD. 131 Unwörter und ihre politische Bedeutung*, Schnellroda 2015, S. 57.

wählte und eingesetzte Herrscher, sondern nur noch der »erste Diener seines Staates«, wie es Friedrich II. von Preußen ausdrückte. Der Monarch repräsentierte den Leviathan, seine Träger waren die einzelnen Menschen.

Von diesem Verständnis ausgehend war es nur noch eine Frage der Zeit, bis man sich des Monarchen entledigte und den Repräsentanten selbst bestimmte. In der Französischen Revolution nahm das Volk die Souveränität, die es theoretisch schon vorher innehatte, nun auch praktisch an sich – die Staatsgewalt soll seither vom Volke ausgehen und in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt werden, sie wird nicht mehr vom Monarchen repräsentiert und von ihm wahrgenommen.

Mit diesem Wandel war nun das zweihundert Jahre zuvor staatsrechtlich noch irrelevante Volk der maßgebliche Grundstein des modernen Staates geworden. Damit das Volk regieren kann, muß es sich dessen bewußt sein. Eine bloße Bevölkerung, also die Summe der im Staatsgebiet zufällig lebenden Menschen, reicht nicht aus. Denn die Ausübung der Souveränität braucht Tugend: die Bereitschaft, bei der eigenen Wahlentscheidung das Gemeinwohl, nicht nur das Einzel- und Gruppenwohl zu bedenken. Dazu aber muß der Einzelne sich mit dem Ganzen identifizieren.

Die von Traditionsverachtung und Vernunftglauben geprägte Französische Revolution machte das am individuellen Willen fest. Franzose ist, wer sich zu den Idealen der Revolution bekennt. Die in der Vendée lebenden Franzosen, die lieber katholisch bleiben wollten, standen damit außerhalb: Im Bürgerkrieg, den die Revolutionstruppen mit aller Brutalität in diese Provinz trugen, verloren zigtausende ihre bürgerliche Existenz, oft aber auch das Leben.

Das schnelle Scheitern der Revolution, ihr Abgleiten in den Terror, offenbarte die Mängel einer solchen Bekenntnisation. Die mitteleuropäische Staatsentwicklung, wegen Napoleon ohnehin auf Kriegsfuß mit der Französischen Revolution, griff stattdessen auf natürliche Gemeinsamkeiten zurück: Sprache, Kultur, Geschichte. Literatur, Geschichtswissenschaft, Jurisprudenz machten sich daran, das, was empirisch vorzufinden war, zu erfassen, zu systematisieren und zu ergänzen. Sie »erfanden« die Deutschen nicht, wie der *SPIEGEL* einst relatierte, aber sie formten sie. Und nicht nur die Deutschen: Die Formierung etwa der tschechischen Nation war in Teilen tatsächlich ein kreatives Projekt.

Das Volk galt als geeint durch Kultur, Tradition, Geschichte – und den gemeinsamen politischen Willen, der als durch die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft induziert verstanden wurde. Das aber, so die Lektion von heute, muß nicht zwangsläufig so bleiben. Wer sich etwa die Bilder des »bunten« Konzertes in Chemnitz – »Ich ramm' das Messer in die Journalistenfresse« – ansieht und über die wallende und hüpfende Masse das Wort »Volk« schreibt, mag sich fragen: Wollen diese Leute tatsächlich mit mir »ein Volk« sein – oder überhaupt »das Volk«? Und, viel wichtiger: Sehe ich in ihnen »mein Volk«?

Tatsächlich ist der gemeinsame Wille das Maßgebliche, das aus einer Bevölkerung ein Volk macht. Dieser Wille aber braucht Voraussetzungen. Die kulturelle Homogenität – nicht eine totale, sondern eine grundsätzliche – schafft die langfristige Basis für die Ausbildung einer Identifikation mit dem Staat und eines gemeinsamen politischen Willens. Das ist weniger ein Postulat als vielmehr eine empirische Erkenntnis: je heterogener die Bevölkerung, um so geringer die Bereitschaft zu Solidarität und dem Hintanstellen eigener Bedürfnisse zugunsten des Kollektivs. Die Kurve zwischen Homogenität und Identität ist dabei nicht linear; es gibt vielmehr ein Mindestmaß an Homogenität, unterhalb dessen ein Wir-Gefühl dauerhaft nicht aufrechterhalten werden kann.

Aus diesem Grund war der neuzeitliche Staat immer bestrebt, sein Staatsvolk einigermaßen homogen zu halten, kulturell wie politisch. Diese Bestrebungen waren notwendig zur Aufrechterhaltung seiner Existenz und Autorität. Der Blick auf historische Exzesse verweist dabei auf die Gefahren und Mängel dieses Staatsverständnisses: Ob politische Gleichschaltung oder Diskriminierung ethnischer Minderheiten – beides sind ins Extreme gesteigerte Konsequenzen aus dem Konzept der Volkssouveränität.

Da, wie uns Carl Schmitt lehrt, der Normalzustand wenig, der Ausnahmezustand alles zeigt, rechtfertigen es diese Extreme ohne Frage, den modernen Staat mit seiner Rückkoppelung auf ein Volk und dem Erfordernis von dessen einiger Identität zu hinterfragen. Auch Schmitt und

»Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands
In der Stalinallee
Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war,
daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne.
Wäre es da
Nicht doch einfacher,
die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?«

Bertolt Brecht: »Die Lösung« (*Buckower Elegien* 1953), in: ders.: *Ausgewählte Werke in sechs Bänden*, Bd. 3: *Gedichte* 1, Frankfurt a.M. 1997, S. 404.

»Die Verfassung bedarf heute des Schutzes gegen die okkasionalistische Zweckauslegung der Bundesregierung. Das scheint mir der einzige Verfassungsschutz, der heute geboten ist.«

Ernst Forsthoff an Carl Schmitt am 26. September 1952, in: Dorothee Mußgnug / Reinhard Mußgnug / Angela Reinthal (Hrsg.): *Briefwechsel Ernst Forsthoff – Carl Schmitt*, Berlin 2007, S. 92.

die meisten konservativen Denker haben den modernen Staat hinterfragt, weniger wegen seines Volksbegriffes als vielmehr wegen seiner Ausklammerung von Wahrheit und Kultur. »Der säkulare Verfassungsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst weder schafft noch erhält« brachte der Schmitt-Schüler und spätere Verfassungsrichter Böckenförde diese konservative Kritik auf den Punkt. Aber etwas zu kritisieren heißt nicht, es zu zerstören und seine ethische Legitimität zu verneinen. Und oft erkennt man gerade im Verlust den Wert; angesichts der dramatischen demographischen Lage sprechen wir vom Bestand und von der Existenz unseres kulturell und – man fürchtet sich fast, es zu sagen: – ethnisch bereits nicht mehr homogenen Volkes.

Wenn aber dem zumindest nominell neuzeitlich-nationalstaatlich verfaßten deutsche Staat des Grundgesetzes nun so offensichtlich seine Grundlage – das Volk – abhanden kommt, stellt sich die Frage nach dem zugrunde liegenden Staatskonzept. Alle im Bundestagspräsidium vertretenen Parteien sind zumindest in ihrer praktischen Politik, zumeist auch in ihren Programmen, universalistisch. Sie unterscheiden also nicht mehr zwischen Bürgern und Fremden, wie es das Grundgesetz noch tut, sondern gestehen jedem, der das deutsche Staatsgebiet erreicht, die vollen Grundrechte zu. Während das Grundgesetz etwa die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit oder die Personenfreizügigkeit nur den Deutschen garantiert, wird in der Praxis nicht zwischen Deutschen und Fremden unterschieden. Ökonomisch relevant wird diese Gleichstellung beim Zugang zu den Sozialsystemen, politisch würde sie es beim Wahlrecht, wo sie noch nicht umgesetzt ist – was folgerichtig regelmäßig von links problematisiert wird. Wenn aber ein Staat in seiner Politik die Existenz eines abgrenzbaren und einigermaßen homogenen Volkes untergräbt, so ist es konsequent, wenn er auch das gesamte neuzeitliche Konzept der Welt als Pluriversum verschiedener Staaten mit seiner Trennung von Innen- und Außenpolitik für obsolet hält. Auch hierfür gibt es Belege aus der politischen Praxis: der Wunsch nach weiterer Übertragung exklusiv staatlicher Aufgaben und Kompetenzen auf die EU, die Bestrebungen zur Bildung einer EU-Armee, die Behauptung, grundlegende politische Fragen ließen sich nur überstaatlich regeln und die dem folgende Politik, Entscheidungsbefugnisse auf internationale Organisationen zu übertragen, die sich eben nicht mehr auf den demokratischen Willen des deutschen Volkes zurückführen lassen undsoweiter.

Die deutsche Regierung und die regierungsnahen Opposition gehen offenbar von einem als Ziel erstrebenswerten und in Grundzügen bestehenden Weltstaat aus, der in der Europäischen Union teilverwirklicht ist, und begründen ihre Bemühungen, solche Gebilde zu errichten, nicht staatsphilosophisch, sondern rein pragmatisch: Der herkömmliche Nationalstaat sei zu klein, er könne die Herausforderungen der Zukunft nicht alleine bewältigen. Die Entscheidung für den Über-Staat ist damit keine Meinungsfrage mehr, sondern eine Erkenntnisfrage: Wer dessen Notwendigkeit bestreitet, ist entweder dumm oder führt Böses im Schilde, denn er verweigert sich der Schaffung von Strukturen zur Lösung von Problemen, die anderenfalls nicht lösbar wären.

Dieser Vorwurf trifft die nicht im Bundestagspräsidium vertretene AfD als einzige nicht-regierungsnahen und damit einzig wirkliche Opposition. Sie bestreitet teilweise die Existenz der für die Begründung der neuen Über-Staaten herangezogenen Probleme – etwa den maßgeblichen menschlichen Anteil am sogenannten Klimawandel ebenso wie dessen Schädlichkeit – und teilweise die exklusive Lösungskompetenz der überstaatlichen Ebene – wie bei der Einwanderung. Neben dieser Widerlegung der pragmatischen Argumente pro Über-Staat mit pragmatischen Gegenargumenten tritt aber die staatsphilosophische Argumentation, daß alle überstaatlichen Ebenen, von der EU bis zur UNO, nicht vom Volke ausgehen und daß damit die von ihnen faktisch ausgeübte Staatsgewalt demokratisch nicht legitimiert sei. Da dies nach wie vor geltendes Verfassungsrecht ist und deshalb die nationalen Parlamente die bereits auf EU oder andere Über-Staaten übertragenen Hoheitsrechte zurückfordern können, kommt dem Volk und seiner verfassungsrechtlichen Souveränität eine neue Bedeutung zu, die sich etwa beim Brexit erwiesen hat.

In den Worten von Nicolás Gómez Dávila: »Ohne die nationalistische Virulenz würde über Europa und die Welt schon ein technisches, rationales, uniformes Imperium herrschen.« ■

»Eine Opposition, die sich dem in zwei Jahrhunderten erkämpften demokratischen Erbe der deutschen Nation verpflichtet weiß und die nicht bereit ist, das deutsche Volk auf irgendwelchen Brüsseler, Berliner oder Karlsruher Altären zu opfern, wird nicht umhin können, sich dieser Beseitigung des Volkes und seiner Souveränität offensiv entgegenzustellen. Daß bei dieser Auseinandersetzung die herrschende politische Klasse, die die Verfassung bricht, die Opposition, die die Verfassung verteidigt, als »Verfassungsfeinde« diffamieren wird, ist voraussehbar. Ein solcher Etikettenschwindel wird freilich schon mittelfristig nicht in der Lage sein, den wachsenden Widerstand gegen die Deutschlandabschaffer zu unterdrücken.«

Thor v. Waldstein: *Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?*, Schnellroda 2017, S. 20.

Wir ringen mit uns.



Till-Lucas Wessels

europaradikal

reihe kaplaken, Band 58

104 S., 8,50 €

Wir müssen groß denken und neu, also europäisch und radikal – sagt der junge Publizist Till-Lucas Wessels und unternimmt diesen Versuch auf 96 forschenden und angriffslustigen Seiten.



Peter J. Preusse

Bürger zweier Welten

reihe kaplaken, Band 59

96 S., 8,50 €

Kann man Gesellschaften und Gemeinschaften als funktionierende Gebilde auch ohne Staat denken oder wäre das nur graue Theorie? Nein, meint Peter J. Preusse, wäre es nicht – und ja: kann man!



Alain de Benoist

Carl Schmitts »Land und Meer«

reihe kaplaken, Band 60

88 S., 8,50 €

Der Vordenker der »Nouvelle Droite« hat für die französische Neuausgabe des Essays »Land und Meer« von Carl Schmitt ein glänzendes Vorwort verfasst. Wir haben es übersetzt.

Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de

www.antaios.de



Wer gehört zu uns?

von Caroline Sommerfeld

Wer gehört zu uns? Diese Frage zu stellen, führt unweigerlich zu Unterstellungen. Unterstellungen liegen in der Natur des Verstehens. Ohne etwas zu unterstellen, kann man noch nicht einmal den Anfang machen, etwas zu verstehen. Soweit also erst einmal nichts gegen Unterstellungen als Arbeitsbasis.

Die hier blitzschnell gezückte Unterstellung »Und wer gehört dann nicht zu uns? Und was passiert dann mit dem?« könnte ich vorschnell abweisen, indem ich dem, der sie vorbringt, meinerseits unterstelle, er baue einen Strohmann auf (»Rechte wollen die homogene Volksgemeinschaft von allem ethnisch Fremden säubern«) oder er frage nur, um Zank und Streit heraufzubeschwören. Ich kann sie aber auch ernstnehmen, um meine eigenen Überzeugungen besser verstehen zu lernen. Niklas Luhmann sprach einmal von der »Kultur der nichtüberzeugten Verständigung«, die es erst noch zu entwickeln gelte, dächten doch alle möglichen Leute, Verständigung hieße, einer Meinung zu sein. Da die Frage nach der Zugehörigkeit zu uns alle Deutschen (und a fortiori natürlich alle Völker der Erde) etwas angeht, auch die davon Nicht-Überzeugten, die sie gleich abweisen oder mißverstehen wollen, muß sie behutsam geklärt werden.

Ebene 1: Abstammungsdeutscher sein.

Deutschsein ist prima facie eine Frage der Abstammung. Alles weitere ist kontraintuitiv und daher begründungsbedürftig. »Deutsch ist, wer deutsche Eltern hat«, pflegt Götz Kubitschek zu sagen. Daß jemand auch aus anderen Gründen und auf anderen Ebenen Deutscher sein oder werden kann, ist selbstverständlich, und deshalb schiebt Kubitschek den zweiten Teil stets hinterher: »Deutscher kann werden, wer die Sache der Deutschen ohne Wenn und Aber, ganz und gar zu seiner eigenen Sache macht und dies unter Beweis stellt.« Diese Ergänzung setzt aber den Kern des Begriffs nicht außer Kraft: Abstammungsdeutscher zu sein liegt nicht in der Macht des Einzelmenschen, da kein Mensch abstammungssouverän, sondern jeder Mensch abstammungsdeterminiert ist. Wer auf dieser ersten Ebene nicht zu den Deutschen gehört, gehört stattdessen seinerseits zu einem anderen Volk auf dieser Welt. Es ist daher nicht gehässig, fremdenfeindlich oder suprematistisch, den meisten Menschen auf Erden das Deutschsein abzusprechen, sondern das simple Anerkennen eines Teils ihrer Identität: ihrer ethnischen Abstammung.

Deutschland war nie im selben Maße ethnisch homogen wie beispielsweise Japan oder Island. Seit von »Deutschland« und »Deutschen« die Rede sein kann, sind Stämme und Gruppen in damalige oder nachmalige deutsche Lande eingewandert. Es handelte sich stets und stetig um territoriale Nähebeziehungen – wer da wanderte, waren allesamt Europäer. Doch selbst wenn man an Hunneneinfälle denkt, bleibt ein logisches Argument aufrecht: Nur weil es de facto kein homogenes Deutsch-

»Ich fürchte mich, dann nicht zum Volk zu gehören. Aber eigentlich muß ich mich ja fürchten, dazuzugehören.«

(H)

♦ *Monolith von Gustav Vigeland (Frognerpark Oslo)*

tum gibt und gegeben hat, läßt sich daraus nicht schließen, daß folglich jede Immigration gerechtfertigt oder gar begrüßenswert wäre. Weil einstmals Hugenotten oder Polen nach Deutschland kamen, heißt das nicht, daß heute halb Afrika einwandern dürfte. Die Abstammung ist mithin keine Frage von Rassereinheit oder eine Frage danach, welche Germanenstämme es nun wirklich gab. Abstammung ist in einem ganz materiellen Verständnis eine Frage von Gen- und Blutlinien, in einem umfassenderen Verständnis jedoch begreift sie auch große und lange Vererbungsstränge mit ein, die Charakterliches und atmosphärisch Typisches fortpflanzen.

Max Weber hat das Wort »ethnisch« in diesem Sinne definiert: »Wir wollen solche Menschengruppen, welche auf Grund von Ähnlichkeiten des äußeren Habitus oder der Sitten oder beider oder von Erinnerungen an Kolonisation und Wanderung einen subjektiven Glauben an eine Abstammungsgemeinschaft hegen, [...] »ethnische« Gruppen nennen, ganz einerlei, ob eine Blutsgemeinschaft objektiv vorliegt oder nicht.« (*Wirtschaft und Gesellschaft*, 1922)

Der aus physischer Vererbung und im weberschen Sinne aus ethnisch Gemeinsamem hervorgehende Phänotyp des Deutschen ist augenscheinlich. Wie jeder Phänotyp hat er unscharfe Ränder, birgt Verwechslungsmöglichkeiten, kennt Ausnahmerecheinungen und wandelt sich historisch. Er ist aber eindeutig nicht mit dem Phänotyp eines Schwarzafrikaners oder eines Koreaners zu verwechseln. Auch ein Mischlingskind ist für gewöhnlich nicht phänotypisch deutsch in Aussehen und Ausdruck.

Wenn wir einen einzelnen Schwarzafrikaner hernehmen, der nach Deutschland kommt, eine Deutsche heiratet, mit ihr Kinder bekommt und sich sukzessive mit der deutschen Volksseele verbindet, dann nähern sich seine Kinder und Kindeskinde ihrerseits schrittweise dem Abstammungsdeutschtum an und werden so auch leibliche Teile des Volkes, somit jenes Volkskörpers, aus welchem wiederum abstammungsdeutsche Aszendenz möglich wird. Daß es Fremde, Eingebürgerte und Mischlinge gibt, denen es mitunter viel besser als den meisten Deutschen gelingt, für Deutschland einzustehen, greift diesen Volkskörper nicht an, sondern bekräftigt und kräftigt ihn sogar.

Womöglich erregt die Rede vom »Volkskörper« Befremden und es stellen sich auf der schiefen Bahn, hinab in das Lieblingsassoziationenreservoir der Deutschen, Kurzschlüsse ein. Völker als Organismen zu betrachten, entstammt einer Denktradition des 18. Jahrhunderts, die sich am besten als Ausdrucks-Anthropologie bezeichnen läßt. Jedes Einzelne, ob Individuum oder Familie – oder eben Volk –, ist auch als physische Gestalt ein spezifischer Ausdruck seines Wesens, seiner »spezifischen Natur« (Lorraine Daston). Es hat Körper und Seele und Geist, die je eigen und je eigenartig beschaffen sind. Johann Gottfried Herder hat diesen Gedanken am deutlichsten ausgeführt. Von dem, was heute mit dem Schlagwort »Biologismus« geschmäht wird, findet sich darin keine Spur, stattdessen Spurenmannigfaltigkeit in Richtung geistiger Individualität:

»Es war Herder und die von ihm entwickelte Ausdrucks-Anthropologie, welche die epochemachende Forderung hinzufügte, daß die Realisierung meines menschlichen Wesens meine eigene sei, und das brachte die Vorstellung in Gang, daß jedes Individuum (in Herders Verwendung: jedes Volk) auf seine eigene Art menschlich ist, die es nicht mit der Art irgendeines anderen Individuums vertauschen kann – es sei denn auf Kosten einer gewaltsamen Verzerrung oder einer Selbstverstümmelung.« (Charles Taylor, *Hegel*, 1978)

Ebene 2: Paßdeutscher sein.

Einbürgerung macht den Begriff des deutschen Volkes nicht bedeutungslos, wie die Mehrheit der heutigen Deutschen zu meinen beliebt. Daß ein Fünftel der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat, führt noch lange nicht dazu, das deutsche Volk als Kategorie aufgeben zu müssen. Der Paßdeutsche ist und bleibt vom Abstammungsdeutschen unterscheidbar, auch wenn er in einem ganz bestimmten Sinne des Wortes ebenfalls »Deutscher« genannt werden muß. Es ist nicht wünschenswert, daß in Zukunft nur mehr dieser eine Wortsinn, Paßdeutscher, existieren sollte.

Paßdeutscher zu sein, ist Resultat eines reinen Verwaltungsakts, der niemanden mit Deutschland verbindet, sondern ihn lediglich in das So-

»Die Neubewertung der Tatsache ›Volk‹ hat zur Folge, daß in den Jahren 1780–1820 eine Fülle von Zusammensetzungen mit diesem Bestimmungswort entsteht. Das Volk wird als lebendiger Organismus gefaßt, der mehr ist als die Summe der ihn bildenden Einzelwesen und der zufolge dieser gestalthaften Übersummativität eine eigene Existenzform hat. Solcherart können Ausdrücke entstehen wie Volkskörper (Möser), Volksseele (im Anschluß an Herder etwa Arnim, Görres, Arndt, Grimm, Humboldt und zahlreiche andere), Volksindividualität (Savigny) und Volkssinn (Görres), Volksbewußtsein u.ä.«

Maurer/Rupp: *Deutsche Wortgeschichte II*, 1978.



zialsystem integriert und mit gewissen Rechten und Pflichten ausstattet. Aus diesem Grunde ist die Gefahr, die in der »linguistischen Therapie« (Herbert Marcuse) des Wortes »deutsch« durch Sinnamputation liegt, auch so groß. Schneidet man den leiblichen und den seelischen Bedeutungsteil des Wortes ab, und behält nur den formalen bei, stattet ihn aber als Prothese mit Ersatzfunktionen aus, muß man dem Träger glaubhaft versichern, er hätte alles, was ein Mensch braucht, und seine Mitmenschen (selbst die, die noch intakte Vitalfunktionen haben) bräuchten auch nichts, als diese künstlichen Behelfe. Eingewanderte Paßdeutsche leiden mitunter an fürchterlichen Phantomschmerzen. Es ist ein seelisches Leiden, Volksseelenschmerz. Die Abstammungsdeutschen trösten sich mit dem Surrogat des Grundgesetzes über das Fehlen geistiger Identität hinweg. Manch böser Abwehrkampf und Volkstodwunsch hat seine Ursache in dieser Sinnamputation.

Lebenskreis von Gustav Vigeland (Frognerpark Oslo)

Das Volk der Deutschen lebt zu großen Teilen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz sieht zumindest fiktiv eine Doppeldefinition des deutschen Volkes vor, bestehend aus *ius solis* (Territorialprinzip) und *ius sanguinis* (Abstammungsprinzip). Deutschland gehört zu denjenigen Staaten, die das Abstammungsprinzip bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft mit zugrunde legen – »fiktiv«, weil es sich beim Grundgesetz nicht um eine vom Volk sich selbst gegebene Verfassung handelt und man daher das historisch existierende Volk des Jahres 1949 als Souverän nur als Tatsachenfiktion voraussetzen kann. Nichtsdestoweniger muß man aber davon ausgehen, daß die Deutschen in den 1940er Jahren en gros abstammungsmäßige Deutsche und die Vertriebenen und Ostzonendeutschen jener Jahre explizit mitgemeint waren. Als Völkerrechtssubjekt ist Deutschland wie jedes Land auf ein Volk angewiesen. Das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« bedeutet nicht, daß Populationen Territorien bevölkern, außer in der sowjetischen Völkerrechtslehre, die unter »Volk« die jeweilige Bevölkerung eines bestimmten Gebietes verstand. Erforderlich waren in dieser Lehre nur ein gemeinsames Territorium und weitere Gemeinsamkeiten geschichtlicher, kultureller, sprachlicher und religiöser Art sowie die Verbindung durch gemeinsame Ziele, die sie (zirkulär) mit Hilfe des Selbstbestimmungsrechtes zu erreichen anstrebte. Es steht zu befürchten, daß der gegenwärtigen Umdefinition des Volksbegriffs sowjetische Begrifflichkeiten und entsprechende Ziele zugrundeliegen.

»Denn nicht sogleich wurde ihnen das Bürgerrecht verliehen; wie ja auch berichtet wird, daß bei einigen Völkern die Vorschrift bestand, erst wenn jemand seit Großvater und Urgroßvater da wohnte, solle er Bürgerrecht genießen können. Denn aus dem zu raschen Zulassen Fremder in den Staatsverband können viele Gefahren entstehen, da die so aufgenommenen alles mitzubedenken hätten, was das Volk angeht, und doch noch nicht die Liebe zum öffentlichen Besten so recht festgewurzelt in sich trügen, sonach manches gegen das Volkswohl versuchen könnten.«

Frank Böckelmann bringt das Paradox des Paßdeutschen in der Herbstausgabe 2018 der Zeitschrift *Tumult* auf den Punkt, wenn er fragt: »Wie denn? – am Ende schreibe ein Grundgesetz aus den späten vierziger Jahren für den Fall der Einwanderung von Abermillionen ins deutsche Asyl die Selbstaufopferung des Staates vor? Verhielte es sich wirklich so, wäre es höchste Zeit für eine Verfassung von Deutschen für Deutsche.«

Thomas von Aquin:
Summa Theologia.

Exogene Massen nach Deutschland Vershobener zerstören die semipermeable Membran des Volksorganismus – wie eine Zellwand ist er

in einer Richtung durchlässig. Wenn es auf dieser Ebene quantitativ um den Abstammungsdeutscherhalt ginge, müssten größere Zahlen von Ausländern wieder in ihre Heimat, im Falle heimatzwittriger Zweit- und Drittgenerationen in die ihrer Vorfäter zurückkehren. Doch wie dies bewerkstelligen? Nur den status quo zu konservieren und niemanden loszuwerden – oder nur Illegale und Kriminelle –, besiegelt bereits das demographische Ende der Abstammungsdeutschen aufgrund der Verschubmassen: »Nun sind sie halt da« (Angela Merkel).

Doch auf genau dieser Ebene des Paßdeutschen (Einbürgerung, Asylstatus, Duldung oder Abschiebung, Außerlanderschaffung, Remigration usw.) bringt der zu Ende gedachte Gedanke in logischer Folge »häßliche Bilder« (Sebastian Kurz) hervor. Was ist das häßlichere Bild: der Untergang der Deutschen oder Grenzanlagen und Abschiebeflugzeuge? Wer glaubt, nur ersteres hätte eine geistige Dimension, der irrt. Wir müssen uns vollkommen klar sein über die rettende Sünde. Iwan Iljin faßte unsere Lage in seinem Werk *Über den gewaltsamen Widerstand gegen das Böse* in folgendes Bild:

»Derjenige, der unterdrückt, steht selbst im Moor, doch ein Fuß ist gegen festen Boden gestützt, und so hilft er den anderen, die in das Moor hineingezogen werden, selbst auf festen Boden zu kommen, indem er danach strebt, sie zu schützen und zu retten, und er versteht, dass er selbst aus dem Moor nicht mehr trocken hinauskommen kann.«

Sündensouveränität wäre der Fluchtpunkt dieses Gedankens, den vor dem Zynismus zu bewahren eine existenziell kaum zu bewältigende Aufgabe ist.

Ebene 3: Volksseelendeutscher sein.

In einem Vortrag in Düsseldorf äußerte Rudolf Steiner im April 1909 Gedanken über das Problem der Wahrnehmungsunfähigkeit in Bezug auf die geistige Substanz eines Volkes:

»Auf irgendeinem Territorium, meinetwillen in Deutschland oder Frankreich oder Italien, leben so und so viele Menschen, und weil die sinnlichen Augen nur so und so viele Menschen als äußere Gestalten sehen, so können sich solche Abstraktlinge das, was man Volksgeist oder Volksseele nennt, nur wie eine bloß begriffliche Zusammenfassung des Volkes vorstellen. Wirklich real ist für sie nur der einzelne Mensch, nicht die Volksseele, nicht der Volksgeist.«

Die meisten Deutschen sind heute solche »Abstraktlinge«, sie zählen die Köpfe der Bevölkerung zum Zwecke demographischer Additions- und Subtraktionsexperimente. Deswegen entgeht ihrer Wahrnehmung auch Deutschlands geistige Zukunftsperspektive. »Die Deutschheit liegt nicht hinter uns, sondern vor uns«, schrieb Friedrich Schlegel. Die Zukunft, die wir anstreben, bedarf einer anknüpfungsfähigen Herkunft. Eine Ansammlung von allenfalls verfassungspatriotischen »Werte«-Paßdeutschen zehrte nur geraume Zeit – in Abwandlung von Böckenfördes Diktum über den säkularen Staat – von der ethnischen Substanz. Wenn wir auf diese Art und Weise auf Deutschland schauen, wird allerdings eines klar: Eine Menge Abstammungsdeutscher und ihnen zugezählter Paßdeutscher haben keinen Anteil an irgendeiner Form geistigen oder auch nur seelischen Deutscheins. Wer nach Deutschland einwandert, um Paßdeutscher zu werden, jedoch nur die Vorteile dieses Status abgreifen will, ohne für die Volksseele auch nur ein Fünkchen Gespür zu haben, ist folglich genauso wie Inländer mit vergleichbarer Geistesverfassung ein Fremdkörperdeutscher:

»Das positive Eintreten für das, was das Wesen eines Volkes ist, bedeutet im Grunde nichts anderes als das, was sich vergleichen läßt in dem individuellen Bewußtsein mit der Tatsache, daß man ja nur für seinen eigenen Körper sorgen kann, daß er möglichst in Ordnung ist, und nicht in derselben Weise für einen anderen Körper.« (Rudolf Steiner, Vortrag im Dezember 1914)

Dieses Fehlen geistiger Identität ist am Ende die größte Schwäche, unter der wir momentan leiden, und es wirkt überdies auf die physische Substanz zurück. Die »Selbstabdankung ihres einstigen geistigen Prinzips« (Oswald Spengler) wirkt auch auf Fruchtbarkeit und Wehrkraft. Für seinen eigenen Körper sorgen zu können, ist eine komplexe Fähigkeit: In diesem Sinne »Volksdeutscher« zu sein, der wahrhaftig Teil seines

»Und so heißt es Abschied nehmen von einem großartigen Land mit nicht immer glücklich verlaufender Geschichte, aber mit charakterstarken Menschen und hervorragenden Kulturleistungen. Zu hoffen ist, dass nicht alles untergeht, dass nicht nur Mauerreste wie bei den Inkas übrig bleiben. Wir haben es allerdings nicht mehr in unserer Hand. Für Patrioten bleiben nur Trauer und Entsetzen. Sage keiner, von diesem Verschwinden habe man nichts gewusst.«

Jost Bauch: *Abschied von Deutschland*, 2018.

Volkes ist, impliziert dann auch die Notwendigkeit ästhetischer und moralischer Selbsterziehung, eines Sich-Ausrichtens, Sich-Aufrichtens. Denn von der Volksseele ist man als Einzelner nicht nur überwölbt und durchzogen. Was ist der Unterschied zwischen Volksseelendeutschen und Abstammungsdeutschen, die ihr Volk ignorieren oder verachten? Erstere haben die Seele nochmal eigens ergriffen. Genauso wie man sagen kann: die Kultur ist tot, es lebe die Kultur, weil sie in jedem Moment neu ergriffen und wiederaufgerichtet werden muß, kann man auch sagen: die Volksseele er stirbt in jedem Moment, es sei denn, sie wird stets von neuem wiederbelebt. Insofern stellt Jost Bauch in der spenglerianischen Schlußpassage seines *Abschieds von Deutschland* (2018) eine wahre Diagnose, die aber nicht die ganze Wahrheit ist.

Völker gehen unter, geißeln sich zu Tode, das kam schon öfters vor – die historische (demographische, politische, soziologische) Perspektive legt dies auch für Deutschland dringend nahe. Es gibt, wie es im zehnten Band des *Großen Herder* (= 5. Auflage von *Herders Konversationslexikon*) aus dem Jahr 1953 heißt, »jenen Zustand in der Geschichte, wo sich so viel sittliches und politisch-geistiges Versagen seit Generationen angehäuft hat, daß die Kultur gleichsam selbst erkrankt und der Untergang nicht mehr aufzuhalten ist.« Womöglich müssen wir uns genau deshalb der oben beschriebenen rettenden Sünde entschlagen. In ebendiesem Band, der als Sonderausgabe parallel auch unter dem Titel *Herders Bildungsbuch – Der Mensch in seiner Welt* erschienen ist, geht es an der Stelle weiter:

»Doch nie hat der Mensch ein Recht, dies von seiner Gegenwart zu behaupten. Immer muß er, auch wenn ihm der Untergang unaufhaltsam scheint, aus der Überzeugung handeln, daß Gott seinen aufhaltenden Widerstand erwartet. Wer ihn verweigert, will anmaßend über den Verlauf der Geschichte verfügen. In einer solchen Untergangszeit aber erweist sich der tiefe Unterschied zwischen dem Menschen als einem persönlichen geschichtlichen Wesen und dem geschichtlichen Zusammenhang einer Kultur. Eine Kultur mag letztlich unrettbar sein, aber nie ist der Einzelne unrettbar. Ihm kann gerade aus dem geschichtlichen Untergang der Anspruch seines persönlich-geschichtlichen Augenblicks erwachsen, die Möglichkeit, nun ganz er selbst zu sein, sich nicht treiben zu lassen von den raumzeitlich bedingten Gegebenheiten, sondern sie in seine Verfügung zu nehmen und dadurch dem ihm gerade so gestellten Anspruch Gottes in der Zeit gerecht zu werden. Solche Menschen sind es dann auch, die über einen Untergang hinweg in ein neues Zeitalter hinüberwirken.«

Solche Menschen gehören zu uns, unter ihnen finden sich gewiß auch deutschlandverehrende Abstammungsaraber oder junge chinesische, mit der Einverleibung der von ihnen verehrten fremden Seele befaßte Pianistinnen. Es handelt sich – allein dem Anspruch nach – um eine kaltenbrunnische Elite, nicht um ein Massenphänomen, geschweige denn ein per Agenda herbeiführbares, geschichtlich verfügbares Phänomen, und auch nicht um einen abprüfbaren »Wertekanon«.

Die untere Ebene, die Abstammung, bildet das Substrat, in dem die oberen Ebenen wurzeln können. Das Substrat muß satt bleiben und darf nicht ausgezehrt werden. Wir müssen daher achtgeben, daß nichts, auch nichts Physisches, davon verloren geht, dessen das zukünftige Deutschland bedarf, um sich hieraus kontinuierlich weiter entfalten zu können. Abstammungsdeutsche werden dazu dringend benötigt. In ihnen ist aufgehoben, woraus sich das Deutsche überhaupt speisen kann, weil am Leibe die Seele festhängt. Die mittlere, »politisch-konstruktivistische« (J. Bauch) Ebene ist die fragilste, eben wegen ihrer Ideologiefälligkeit. Auf sie kann man nicht bauen, doch auf ihr finden die sichtbaren Sortierungsleistungen statt. Die eingangs unterstellte Frage, was denn mit den Nichtzugehörigen passieren sollte, wird auf dieser Ebene politisch entschieden. Metapolitisch liegen ihr stets die untere Ebene und die ihr übergeordnete zugrunde und wirken auf sie ein. Wer entscheidet, muß folglich wissen, welchen Eigenwert die Existenz Abstammungsdeutscher hat, und worauf Deutschlands geistige Zukunft weist: es als Einzelner in seine Verfügung zu nehmen. Wer es dabei versucht, Deutschland als Organismus zu denken, wird beobachten, daß dieser sowohl selbstgebildete geistige als auch eingepflanzte leibliche Fremdkörper verkraften kann, aber nicht die Auflösung der Systemgrenze Organismus/Welt. ■

»Wie auch immer Elite definiert wird, so hat sie in jedem Fall etwas mit qualifizierter Minderheit zu tun, und insofern ist ihr eine aristokratische Aura eigentümlich, der Charakter einer gewissen Exklusivität. [...] Elitär und egalitär sind kontradiktorische, das heißt: sich gegenseitig aufhebende Begriffe.«

Gerd-Klaus Kaltenbrunner:
Elite. Erziehung für den Ernstfall, 2008.

Deutschland – nur noch Siedlungsgebiet?

von Felix Dirsch

Die Konzeptionen, die im westlichen Ausland während des Krieges zur Bestrafung Deutschlands vorgelegt und diskutiert wurden (unter anderem Kaufman-, Nizer-, Hooton- und Morgenthau-Plan), waren für die deutsche akademische Geschichtswissenschaft stets ein heißes Eisen. Da die Verfasser dem Judentum angehörten, müssen deren Kritiker mit dem Antisemitismus-Verdikt rechnen. Während die etablierte Historikerzunft (auch aus diesem Grund) zumeist verharmlosend von einer bloßen »Morgenthau-Legende« (Bernd Greiner) gesprochen hat, halten verschwörungstheoretische Kreise solche Vorstellungen schon per se für einen Vernichtungsfeldzug der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands, ohne die Wertigkeit zu prüfen. Die Wahrheit dürfte eher im weiten Feld zwischen diesen Extremen liegen. Eine Historisierung tut auch hier Not.

Einen der geheimnisumwitterten Pläne entnimmt man meist aus verschiedenen Denkschriften des Finanzministers Henry Morgenthau jr. und seines Umfeldes. Der frühere Herausgeber einer landwirtschaftlichen Fachzeitschrift vertrat die Überzeugung, daß »Menschen, die dem Boden nahe sind, dazu tendieren, ein ruhiges und friedvolles Leben zu führen«. Diese Memoranden repräsentierten im September 1944 wenigstens für kurze Zeit die amtliche Politik. Hauptziel war bekanntlich die vollständige Entindustrialisierung des Ruhrgebietes. Die Umsetzung dieser Intention hätte in ihrer Konsequenz wahrscheinlich den Hungertod für Millionen Deutsche bedeutet und wäre von Goebbels' propagandistischer Übertreibung der Verwandlung des Reiches in einen »riesigen Kartoffelacker« nicht weit entfernt gewesen. Dieses Extinktions-Szenarium war aber im Regierungsapparat Roosevelts aus unterschiedlichen Gründen heftig umstritten. Opposition betrieben jene, die die Produktionskraft des besetzten Deutschlands bewahren wollten, damit Reparationsforderungen erfüllt werden können. Andere opponierten aus Gründen der Humanität, gemäß der man nicht »Brutalität mit Brutalität« bekämpfen dürfe, wie es US-Verteidigungsminister Henry Stimson ausdrückte, wieder andere aus judenfeindlichen Motiven. Der Widerstand nahm in der Meinung der Öffentlichkeit größere Ausmaße an, als sie davon Wind bekam. Die *Washington Post* geißelte die eliminatorische Absicht: »Von millionenfachem Erschießen abgesehen, wird fast alles Erdenkliche vorgeschlagen, um Deutschland und das deutsche Volk zu zerstören.« Hinzuweisen ist aber darauf, daß es in der öffentlichen Debatte auch namhafte Befürworter des genannten Entwurfs gegeben hat. In der deutschen Nachkriegspublizistik (Caspar von Schrenck-Notzing!) hat man nicht nur auf die fundamental-destruktiven Tendenzen, sondern vor allem auf die re-educatorischen Vorschläge hingewiesen, die sich in der Gedankenwelt Morgenthaus und seiner »boys« finden.

Im Gegensatz zu dem einflußreichen Regierungsmitglied Morgenthau fungierte der Anthropologe Earnest A. Hooton eher als Außenseiter. Der Professor an der Harvard-Universität strebte danach, auf nachhaltige

»Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den Nazis. Wir müssen sie entweder kastrieren oder so mit ihnen verfahren, daß sie nicht länger Menschen zeugen, die so wie bisher weitermachen.«

Roosevelt am 19. August 1944 im Gespräch mit Morgenthau, zit. n. John Morton Blum: *Deutschland ein Ackerland? Morgenthau und die amerikanische Kriegspolitik 1941–1945*. Düsseldorf 1968, S. 215.

Weise zu verhindern, daß von Deutschland je wieder Gefahren ausgehen könnten. Er rückte biologisch-genetische Vorgehensweisen in den Vordergrund, die ihm adäquat erschienen, Rückfälle der Besiegten dauerhaft auszuschließen.

1943 verfasste Hooton einen Artikel in der Zeitschrift *P.M.* (Peabody Magazine, New York). Er ist überschrieben: »Breed War Strain Out of Germans« (»Züchtet den Deutschen ihre Veranlagung zum Krieg ab«). Die sich in der Nähe des Rassenvokabulars (»Breed«) befindliche Wortwahl ist offenkundig. Hooton geht unorthodox an die Problematik heran. Überblickt man die weltweiten Eugenik-Debatten in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts, überraschen seine Formulierungen nicht. Eines seiner Werke trägt den Titel *Apes, Men and Morons* (»Affen, Menschen und Schwachsinnige«).

Hooton zeigte durchaus Skrupel. Er ahnte, daß er sich mit seinen biologistischen Gedanken auf ein Terrain wagte, das leicht in die Nähe seiner schärfsten Gegner zu geraten drohte. Er riet davon ab, nur die an Verbrechen Schuldigen zu strafen, da die prägend-mentalen Kräfte der Gesamtbevölkerung auf diese Weise unberührt bleiben müßten. Kollektive Verhaltensweisen entstünden, so eine auch heute wissenschaftlich gängige Meinung, durch das Zusammenwirken von Erbgut und Milieubedingungen. Den deutschen Nationalismus wollte er ausdrücklich ausrotten, nicht die deutsche Bevölkerung; darüber hinaus plädierte er für die »Erhaltung und Festigung wünschenswerter deutscher biologischer und sozialer Fähigkeiten«. Ohne biologische Maßnahmen sei aber keine solche dauerhafte Verbesserung möglich. Das, was erhalten werden wollte, mußte also erst noch geschaffen werden. Der Volkscharakter sollte gewandelt werden.

Unverhohlen postulierte Hooton »Umvolkungs«-Maßnahmen im Sinne der Entnationalisierung. »Die Ziele ... schließen die Reduktion der Geburtenrate ›rein‹ deutscher Kinder, die Neutralisierung der deutschen Aggressivität durch Auszüchtung und die Entnationalisierung indoktrинierter Einzelpersonen ein.« Relativ konkret wird er im letzten Absatz: »Ermuntert während des Zeitraumes der Oberaufsicht und Besetzung dieser Staaten durch Militär- und Zivilpersonal der Alliierten Mitglieder dieser [fremden] Gruppen, deutsche Frauen zu heiraten und sich dort auf Dauer niederzulassen. Fördert während dieser Zeit auch die Einwanderung und Ansiedlung in den deutschen Staaten von nicht-deutschen Nationalitäten, besonders von Männern.« Angesichts des Männerüberschusses, der durch die jüngsten Einwanderungswellen nach Europa aufgebaut wurde, muß man sich gerade diesen letzten Satz auf der Zunge zergehen lassen.

Hootons Pläne, für die er sowohl während als auch nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA kein größeres Echo erzielen konnte, wären heute wohl nicht einmal eine Randnotiz wert, hätten sie nicht (jedenfalls in der Sache) bei vielen Nachkommen der Erlebnisgeneration öfters Zustimmung gefunden. Vielfach diskutiert ist der gerade bei der kritischen Intelligenz (besonders nach 1968) verbreitete Hang zur Internalisierung deutschfeindlicher Doktrinen. Der linke und liberale »Gutmensch« hierzulande ist stolz auf das »We are proud of not being proud«, wie es der Fernsehmoderator Jan Böhmermann auf den Punkt gebracht hat. Die autoaggressive, hypermoralistisch aufgeladene Aversion gegen das Eigene als Reflex auf die nationalsozialistische Barbarei entfaltet jedoch keine kathartische Wirkung. Das läßt sich mit zunehmendem chronologischen Abstand vom Dritten Reich gut erkennen.

Von einem »autogenozidalen Drama« (Peter Sloterdijk), ja, von »autogenozidaler Selbstexklusion« (Micha Brumlik) wird man sprechen können, wenn man einige Beispiele der verbreiteten nationalmasochistischen Neigungen herausgreift. Zumeist zeigt sich in diesem Kontext die Verwendung bestimmter naturhaft-regressiver Metaphern und Vokabeln, die bereits im Umfeld des Morgenthau- und Hooton-Plans kursierten: Boden, »Stück Land«, bewirtschaften, Acker, Siedlungsgebiet und so fort. Erwünscht ist die Vernichtung der Lebensgrundlage des eigenen Volkes, der angeblich noch »fruchtbare Schoß« solle endgültig beseitigt werden.

Die Frankfurter Verfassungsjuristin und Vizepräsidentin des Hessischen Staatsgerichtshofes Ute Sacksofsky drückt ihren Haß auf jedwede Bevölkerungspolitik drastisch aus: »Gehen wir davon aus, daß es um die Weitergabe deutschen Erbgutes nach der nationalsozialistischen Gewalt-

»Es ging darum, den Deutschen ihre militärische und politische Niederlage auch als eine moralische und kulturelle zu vermitteln. Die Eingriffe in ihre Bewußtseinsstruktur zielten darauf ab, sie zu zwingen, sich die Sicht, die die Sieger auf sie hatten, zu eigen zu machen und sich von ihrer Herkunft zu entfremden.«

Thorsten Hinz: *Die Psychologie der Niederlage. Über die deutsche Mentalität*, Berlin 2010, S. 42.

Roosevelt und Morgenthau, 1930er Jahre.



herrschaft nicht mehr gehen kann: Was wäre eigentlich so schlimm daran, wenn die Deutschen aussterben sollten (was ohnedies noch ein paar Jahrhunderte dauern dürfte)? Das Territorium, auf dem sich derzeit Deutschland befindet, könnte der Natur zurückgegeben oder (das ist wahrscheinlicher) von anderen Menschen besiedelt werden.« Ebenso aussagekräftig ist das die Biodeutschen zu Minderwertigen stigmatisierende Diktum des satirischen Polemikers und Autors Wiglaf Droste: »Das deutsche Volk hat die moralische Verpflichtung auszusterben, und zwar subito. Jeder Pole, Russe, Jude, Franzose, Schwarzafrikaner usw. hat genauso viele Rechte auf deutschem Boden, von dem gesprochen wird, als sei er heilig und gebenedeit, zu leben wie irgendein Deutscher – wenn nicht sogar noch mehr.« Nicht viel anders hört sich das bei der »Grünen«-Politikerin Sieglinde Frieß an: »Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.« In diese Sammlung paßt gut ein von dem Publizisten Michael Klonovsky überliefertes Zitat einer Kölner Pastorin im Zusammenhang mit der jüngsten Migrationswelle: »... Wer sagt denn, daß Deutschland den Deutschen gehört? Das ist ein Stück Land, das bewirtschaftet werden muß, damit die Menschen leben können.«

Von den genannten Entwürfen ist inhaltlich leicht der Bogen zu Gegenwartskontroversen zu schlagen. Morgenthau, Hooton, Nizer und Kaufman gehörten allesamt linken und liberalen Eliten an. Ihnen ging es vornehmlich darum, die Pax Americana, die sowohl nach dem Ersten Weltkrieg als auch nach 1989 als weltpolitisches Schlagwort Karriere machte, weltweit umzusetzen: Freiheit, Frieden und Wohlstand soll allen Völkern gebracht werden – im Sinne eines Oktroy auch den Feindstaaten Japan und Deutschland, denen immerhin die anfangs zgedachte Extermiierung erspart blieb. Das Ziel des Friedens nach US-Gusto, das mit der Absicht der Errichtung einer New World Order stets Hand in Hand ging, folgte einem bestimmten Schema, das Carl Schmitt in seinen Arbeiten über Großräume treffend herausstellt: Zuerst diente die Pax Americana nach dem Sezessionskrieg der inneramerikanischen Befriedung; später mutierte diese großangelegt-ambitionierte Programmatik zur Verbreitung »imperialistisch-kapitalistischer Umdeutung« (Schmitt), ähnlich der Monroe-Doktrin. Auch sie hatte ursprünglich einen rein defensiven Charakter, später indessen funktionierte die US-Elite sie in eine »pan-interventionistische Weltideologie« (Schmitt) um.

Bereits seit den Haager Konferenzen von 1899 und 1907 sind die Bestrebungen, zwischenstaatliche Bestrebungen auf höherer Ebene zu verrechtlichen, mit Händen zu greifen. Das diesbezügliche Großprojekt der Zwischenkriegszeit, der Völkerbund, scheiterte aus verschiedenen Gründen. Seit 1945 sorgen Dutzende einflußreicher Organisationen und Netzwerke (UN, die Bretton-Woods-Institutionen IWF sowie Weltbank, WTO, EU, Nato, Internationaler Strafgerichtshof, Bilderberger-Konferenz, Council on Foreign Relations und viele weitere) für die bereits fortgeschrittene Durchsetzung einer teils offensichtlichen, teils unterschweligen globalen Agenda. Deren ultimative Ziele sind noch nicht erreicht: Die Verfechter einer solchen Neuen Ordnung fordern unter anderem die Entmachtung der Nationalstaaten, die Förderung universeller Migration, die Vermischung

»Die Monroedoktrin wurde um die Jahrhundertwende aus einer defensiven Abwehr der Interventionen raumfremder Mächte zu einem aggressiven, imperialistisch gedeuteten Ausdehnungsgrundsatz.«

Carl Schmitt: *Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte*, 2. Aufl., Berlin 1991, S. 27.

der Religionen und die Verbreitung der Macht supranationaler Organisationen, deren Forderungen die Neue Ordnung konkretisieren.

Natürlich darf man nicht den Fehler machen, der in verschwörungstheoretischen Elaboraten omnipräsent ist: die Reduktion komplexer Vorgänge auf konspirative Ereignisse, für die angeblich nur wenige Personen verantwortlich sind. Die Macht globaler Organisation resultiert in erster Linie aus der zunehmenden Relevanz von staatenübergreifenden Strömungen in technischen, ökonomischen und politischen Zusammenhängen. Dennoch sollte man den (wenigstens sekundären) Einfluß finanziell und politisch potenter Persönlichkeiten nicht übersehen, die bestimmte allgemein-programmatische Ansätze in konkrete Projekte übersetzen. Der US-Investor ungarischer Herkunft George Soros und der im Januar letzten Jahres verstorbene ehemalige europäische Kommissar für Wettbewerb und einflußreiche Spindoktor, der Ire Peter Sutherland, zählen zu den bekannten Köpfen, die ihren Kampf um die Auflösung der Völker offen aussprechen. Sutherland gestand 2015 so offen wie nur möglich: Jeder, der ihm vorhalte, daß er »dazu entschlossen wäre, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt noch mal absolut recht! Genau das habe ich vor! Wenn ich es morgen tun könnte, würde ich sie zerstören, mein eigenes Volk eingeschlossen.«

Das jüngste Großprojekt, das die alte Elitenprogrammatische der Depotenzierung von Volk und Nationalstaat ein Stück weiter vorantreiben will, ist der Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration, kurz: UN-Migrationspakt. Die ausdrückliche Absicht dieser Vereinbarung, welche die meisten Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unterzeichnet haben, ist die Ordnung der weltweiten Migration. Die Rechte der Migrierenden werden haarklein erwähnt. Sie erscheinen beinahe als das neue Subjekt weltpolitischer Aktivitäten. Um die Autochthonen schert sich der im Dezember verabschiedete Text überhaupt nicht. Als Beruhigungspille für die, die sich um die Souveränität der Nationen sorgen, wird das Recht der Unterzeichnerstaaten, die Einwanderung selbst zu regeln, garantiert. Der Teufel steckt jedoch wie überall im Detail. Punkt 15 betont zwar die nationale Souveränität der Staaten, die man diesen als Subjekte des Völkerrechts ohnehin nicht nehmen kann, aber mit einem nicht unwichtigen Vorbehalt: »im Einklang mit dem Völkerrecht«. Dieser Zusatz wird entweder gerne überlesen oder als peripher abgetan. Nun besteht das Völkerrecht zum nicht geringen Teil aus Vereinbarungen, die in ihrer juristischen Gewichtung nicht von vornherein absehbar sind. Sie entwickeln sich häufig durch gewohnheitsmäßige Anerkennung. Sind die Normen einmal gängige Praxis völkerrechtlicher Übereinkunft, haben sie gemäß der rechtspyramidalen Vorrangregelung im Kollisionsfall Priorität vor innerstaatlichen Gesetzen. Die Gewährleistung der Souveränität wird dann das Papier nicht wert sein, auf dem sie steht. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die bei ihrer Unterzeichnung lediglich einen minimalen Schutz für Flüchtlinge sicherstellen wollte, ist hauptsächlich durch exzessive Interpretation längst zum völkerrechtlichen Einfallstor für größere Migrationsbewegungen geworden.

Es ist nicht allzu schwer, den tieferen Sinn des »Teufelspaktes« zu erkennen. Er soll die zunehmende Zahl an Bevölkerungsaustauschprogrammen, die meist als Relocation, Resettlement, Neuansiedlung und so fort umschrieben und faktisch längst praktiziert werden, vordergründige Legitimität verleihen. So wurde beispielsweise 2016 die Erarbeitung eines UN-Neuansiedlungsrahmens bekannt. Die Begründung lautete: »Durch den heute vorgelegten Vorschlag soll ein dauerhafter Rahmen mit einem einheitlichen Verfahren für die Neuansiedlung innerhalb der EU geschaffen werden.« Es bleibt zu befürchten, daß sich im Laufe der Zeit Migration als Menschenrecht herauskristallisiert und sogar einklagbar wird. Das würde aber bedeuten, daß jene staatlichen Hoheitsgebiete, die besonders attraktiv für Neuankömmlinge sind, zu bloßen Siedlungsgebieten degradiert würden. Die Folgen kann man sich unschwer ausrechnen. Als gravierendste Konsequenz läßt sich langfristig der Kollaps der europäischen Rechts- und Sozialstaaten ausmachen. Die »länger hier Lebenden« (O-Ton Angela Merkel), deren Mitsprachemöglichkeiten sehr begrenzt sind, wären dann auch noch der Reste ihrer Vorteile gegenüber den erst seit Kurzem hier Verweilenden beraubt. Ein solches wahrscheinliches Szenario läßt sich nicht anders denn als »Zivilisationsbruch« charakterisieren. ■

»Ein wahrer Konservativer ist heute jemand, der die Antagonismen und Sackgassen des globalen Kapitalismus vollkommen eingesteht, den schlichten Progressivismus ablehnt und um die dunkle Kehrseite des Fortschritts weiß.«

Slavoj Žižek: *Der Mut der Hoffnungslosigkeit*, Frankfurt a. M. 2018, S. 103.

Literaturhinweise:

Bernd Greiner: *Die Morgenstau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Planes*, Hamburg 1995;

Ernest A. Hooton: *Der Hooton-Plan 1943. »Züchtet den Deutschen ihre Veranlagung zum Krieg aus ...«*, herausgegeben von Wieland Körner, Bremen 2014;

Martin Kleine-Hartlage: *»Neue Weltordnung«. Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?* Schnellroda 2016;

Martin Lichtmesz / Michael Ley (Hrsg.): *Nationalmasochismus*, Schnellroda 2018;

Ute Sacksofsky: »Ihr Kinderlein kommet – Bevölkerungspolitik als Staatsaufgabe«, in: *Merkur* 67 (2013), S. 528–534;

Carl Schmitt: *Staat, Nomos, Großraum. Arbeiten aus den Jahren 1916–1969*, herausgegeben von Günter Maschke, Berlin 1995;

Caspar von Schrenck-Notzing: *Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen*, erweiterte Neuauflage, 2. Auflage, Graz 2005;

Harald Sitta: *Der UN-Migrationspakt: Was sagt er? Was bewirkt er*, Gelnhausen 2018.



Die unpolitischen Prämissen des deutschen Niedergangs

von Hans-Dietrich Sander

Der erste Eindruck, den der Schweizer Historiker und Kommentator Jakob von Salis nach dem Zusammenbruch 1945 von den Deutschen hatte, war der von verstörten Haufen. Das war nicht nur der Ausdruck der totalen Niederlage, der Eroberung jeden Quadratmeters deutschen Bodens durch die Siegermächte, sondern mehr noch der Orientierungslosigkeit, in der das Dritte Reich an seinem verantwortungslosen Ende das deutsche Volk hinterlassen hatte. Ein anderer Schweizer, der jüdische Nationalökonom Edgar Salin, sagte mir in den 1960er Jahren in Basel, das Hauptmerkmal der Deutschen nach 1945 sei für ihn ihr vorbehaltloser Opportunismus gewesen und geblieben. Er war die Folge jener Orientierungslosigkeit und er richtete sich am Willen und den Vorstellungen der jeweiligen Besatzungsmacht aus. So setzten sie der methodischen Austreibung des deutschen Volksgeistes durch die Umerziehung keinen ernsthaften Widerstand entgegen. Vielleicht war es nur die noch inkarnierte deutsche Art, an der zunächst manches abprallte. Sollte es in den besatzungslizenzierten politischen Klassen eine Konzeption gegeben haben, die auf den Tag X nach dem Ende der Fremdherrschaft gerichtet war, so konnte sie nur in Ansätzen und in einigen Köpfen vorhanden gewesen sein.

Die Verantwortlichen hätten sich um eine entsprechende Nachwuchsförderung kümmern müssen. Von einer solchen Strategie konnte allerdings keine Rede sein. Ich gehöre jedenfalls zu der Generation, die in solchem Sinne subkutan hätte eingesetzt werden müssen. Ich habe am eigenen Leibe in der DDR wie in der BRD nur immer das Gegenteil erfahren. Trotzdem erlebte ich in den 1980er Jahren verblüfft, wie nach einem Vortrag von mir vor dem Ennstaler Kreis in Bad Aussee der Vertreter der Adenauer-Stiftung in Wien aufstand und sagte: »Ich habe hier zu meinem Unbehagen wieder einmal das Wort Umerziehung hören müssen. Ich möchte hier mit allem Nachdruck unterstreichen, daß dieses Wort unsinnig ist. Die Deutschen sind nach 1945 zum ersten Mal in der Geschichte richtig erzogen worden. Ich habe auch eine solche Erziehung genossen und ich bin stolz darauf.«

Ich hielt den Mann für ein Unikat, ohne mir darüber klar zu sein, daß er einen Typus verkörperte, der schon die erste Etappe der Machtübernahme hinter sich hatte. Heute bestimmt dieser Typus in unserem Land unbeschränkt, was geschieht – unbekümmert um den Willen des Volkes, unbesorgt um den Schaden, den er ihm zufügt. Die Alliierten hatten sich viel Zeit gelassen, um das alles in Szene zu setzen. Im Besitz unantastbarer Verfügungsgewalt über die Deutschen, trieb sie nichts zur Eile. Um so gründlicher vollzog sich der nationale Niedergang.

Auch wer heute noch an eine deutsche Zukunft glaubt, muß zugeben: die Deutschen haben sich in den Jahrzehnten nach 1945 alles nehmen lassen, was sie zu ihrer Reproduktion als Volk nötig gehabt hätten: die angeborenen und erworbenen Tugenden, ihren Stolz, ihre Ehre, das eigene Rechtsempfinden, ihre Wirtschaftsart, den Willen zur nationalen Einheit

»Der als gewöhnlich unpolitisch angesehene Deutsche sollte politisiert werden, dies gehörte zu den Grundsätzen der Umerziehungspolitik, die angeblich zur Demokratie führen sollte. Unpolitische Bürger sollte es nicht mehr geben, jederzeit abrufbare korrekte politische Stellungnahmen waren gefragt und wurden gefordert.«

Stefan Scheil: *Transatlantische Wechselwirkungen. Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945*, Berlin 2012, S. 217.

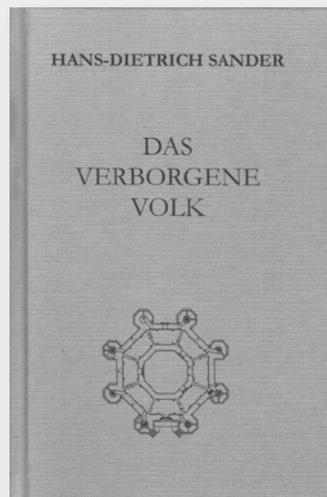
◀ *Kriegsgräberstätte Salomé bei Lille*

»KdF muß durch etwas anderes ersetzt werden, z.B. durch Reisen nach Amerika«.

Max Horkheimer: zit. n. Clemens Albrecht (u. a.): *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1999, S. 121.

und Unabhängigkeit, den Anspruch auf den geraubten deutschen Osten, das Recht auf eine eigene Sichtung ihrer Geschichte. Man hat sie eine Weile zu beträchtlichem Wohlstand kommen lassen, damit sie sich in die Fremdbestimmung fügen. Seit es nicht mehr für nötig gehalten wird, steht auch das, was sie nach 1945 wirklich geleistet haben, zur Disposition.

Als mit dem Untergang des Kommunismus die deutsche Einheit nicht mehr zu verhindern war, fügten sich die Deutschen in die anschließend auferlegte Preisgabe ihrer Identität und ihrer Währung. Sie lassen es heute ebenso *grosso modo* geschehen, daß Deutschland zu einem multiethnischen Einwanderungsland umfunktioniert wird, damit es unter sich nicht mehr zu sich selbst kommen kann. So wie die Deutschen nach 1945 konstruktiv an ihrer Einbindung mitarbeiteten, betreiben sie – trotz einiger aufflackernder Widerstände – destruktiv ihre Auslöschung. Und die Politiker, die das alles bedenkenlos vollstrecken, werden auch noch mehrheitlich gewählt.



Der linksnationale Publizist und Autor Hans-Dietrich Sander verfaßte neben einem halben Dutzend eigenständiger Schriften zahlreiche Aufsätze und Kommentare zur Analyse der deutschen Lage. Unmittelbar nach der friedlichen Revolution in der DDR gab er für das wiedervereinigte Deutschland die Zeitschrift Staatsbriefe heraus. Das Logo zeigte den Grundriß der Stauferburg Castel del Monte in Apulien. Sander stellte das Projekt mit der Jahrtausendwende ein.

Seit 2016 erscheinen im Verlag Arnschau Sanders Gesammelte Werke in einer auf zehn Bände angelegten Ausgabe. Der vorliegende Text ist dem 4. Band entnommen. Die Bände 1 bis 4 sind unter antaios.de erhältlich.

Anfang der 1990er Jahre ging ich in langen abendlichen Disputen mit Hans-Joachim Arndt in seinem Haus auf einem Hügel bei Heidelberg der Frage nach, wann, nach welcher Zäsur in der Bundesrepublik dieser Niedergang begonnen hat: als die FDP in der Mitte der 1950er Jahre ihre nationalen Eierschalen ablegte, nachdem Adenauer abgetreten war oder erst um 1968, als Heidegger sagte: »Nur noch ein Gott kann uns retten.« Heute bin ich zu der Überzeugung gelangt: es hat keine Zäsur gegeben. Der Niedergang erscheint mir auch allein politisch nicht mehr erklärbar. Es muß elementarere Einbrüche gegeben haben. Die alliierten Rechnungen wären sonst nicht alle so restlos aufgegangen. Ich möchte hierzu eine spezielle und eine allgemeine Prämisse vorstellen.

Zunächst die spezielle: Die Deutschen haben in drei schweren Kriegen in einem Zeitraum von siebenzig Jahren zu viel Volkssubstanz verloren: 1870/71, 1914–1918, 1939–1945. Jedes Volk verfügt nur über ein begrenztes elitetfähiges Potential. Da es unserem Volkscharakter nicht liegt, daß sich die führenden Kräfte hintenhalten, haben in jedem Krieg, in dem ein deutsches Land verwickelt war, die deutschen Armeen mehr Offiziere verloren als ihre Gegner. Deswegen wirkten sich die drei letzten Kriege auch so verheerend aus, vor allem der letzte, der in einer solchen Aussichtslosigkeit endete, daß es nicht nur mehr Gefallene gab, als zu verantworten gewesen wäre. Es haben sich auch zahllose tapfere junge Männer selbst den Schlußpunkt vor die Stirn gesetzt. Das war persönlich verständlich, wenn auch politisch verblendet. Jeder einzelne von ihnen hatte mehr Charakter als die davongekommenen Kameraden, die sich den Besatzern andienten. Sie waren unersetzlich.

So hatten die Deutschen nach 1945 ganz einfach keine intakten Eliten mehr. Eine Neubildung war ausgeschlossen: unter Besatzungsregimen wachsen nur Ochlokratien heran, die aus ureigenstem Interesse den Aufstieg von Personen abblocken, die dem hochgekommenen Schrott geistig und moralisch überlegen sind. Bei der ausgebluteten Substanz war ein

Konzept, die Besatzungspolitik zu unterlaufen und im geeigneten Moment auszuhebeln, nicht durchzuhalten.

Bei ihrer schwer beschädigten Volkssubstanz konnten die Deutschen nach 1945 auch der Vermassung durch Vermehrung, die bis heute ein globales Phänomen darstellt, keine Grenzen setzen, wie man es noch auf seine Art im Dritten Reich versuchte, das ihr aber auch letztlich erlag. Heute entziehen sich die Massen jeglicher Formbarkeit. Hier verbindet sich die besondere mit der allgemeinen Prämisse. Die Hauptmerkmale der Vermassung sind der Absturz der Bildung und die Auflösung der Gemeinschaft in die, von David Riesman so bezeichnete, »einsame Masse« vereinzelter wie nivellierter Individuen, denen jeglicher Antrieb zur Persönlichkeitsbildung abhandengekommen ist. Lange vor dem letzten Weltkrieg hat sich Ortega y Gasset in seinem berühmten *Aufstand der Massen* mit diesem Phänomen fundamental befaßt, nach 1945, weniger bekannt, aber nicht weniger erschöpfend: Hendrik de Man in *Vermassung und Kulturverfall* (1951) und Eckart Knaul in *Das biologische Massenwirkungsgesetz* (1985).

Von diesem Phänomen voll erfaßt, betrachteten die meisten Deutschen nach 1945 alles, was sich um sie herum tat, unter dem Gesichtspunkt des persönlichen Nutzens. Sie wähten dabei, in ein Zeitalter endloser Massenbedürfnisbefriedigung eingetreten zu sein. Das Wissen, das nötig war, um warnende Vergleiche zu ziehen, war ihnen verloren gegangen. Das Erbärmliche an dieser Existenzweise empfand der »eindimensionale Mensch«, wie Herbert Marcuse ihn richtig bezeichnete, nicht mehr. Daß die schönen Tage von Aranjuez begrenzt sind, erfährt der Einsame in der Masse nur, wenn sie für ihn selbst zu Ende gehen, und zwar folgenlos zu Ende gehen. Aber es bleibt auch ohne Folgen, wenn es massenweise zum Ende geht. Die Menschen haben keinen Begriff mehr von dem, was mit ihnen geschieht. Das wäre auch der Fall, wenn sie selbst, weil sie es nicht mehr ertrügen, alles über eine plötzlich große Empörung noch zum Einsturz brächten. Wie es weiterginge, wüßten sie dann nicht besser als die Mitteldeutschen nach der Beseitigung der DDR. Die Wendung »verstörte Haufen« würde nicht ausreichen, die Ratlosigkeit zu beschreiben, die sich epidemieartig ausbreiten wird. Der Weg dahin ist schon von endlosen Kolonnen bestückt.

Die Höllenfahrt ist wohl nicht mehr vermeidbar. Der Schrott, der in unserem Land seit langem die Macht ergriffen hat, ist nicht einmal fähig, die Höllenfahrt abzufedern. Es geht steil und mit voller Wucht abwärts. Der Aufprall wird um so fürchterlicher, als sich die vereinigte BRDDR mit Unterstützung ihrer vier Gewalten und unter wohlwollenden Blicken der Besatzungsmächte, denen der »Kreuzzug für die Demokratie« weniger wichtig war als die dauerhafte Niederhaltung der Deutschen, aus Gründen der Machterhaltung sukzessive in eine totalitäre Diktatur verwandelt, die gleitende Übergänge in eine andere Ordnung der Verhältnisse verwehrt. Wir können sinnvoll nur noch nach der Katastrophe ansetzen, die zahlreiche Imponderabilien entfesseln wird.

Für eine deutsche Zukunft kommt alles darauf an, ob sich dann unter den Trümmern noch trüchtige Kräfte regen. Ich zweifle nicht daran, daß es sie dann noch gibt. Es ist nur ungewiß, ob sie ausreichen und ob es ihnen gelingen wird, die Regierungsruder in die Hand zu nehmen. Wie das geschehen kann, muß dem Gang der Dinge überlassen bleiben, dessen Phantasie alle Szenarien übersteigt.

Eingriffe von außen sind bei einer solchen Neuordnung nicht zu befürchten. Der Niedergang, der die Deutschen aus ihrer Bahn warf, ist global. Es gibt kein Land auf dieser Erde, das dann nicht mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hätte. Wir könnten uns dann auch ungestört einer neuen Elitebildung widmen, denn einen Krieg – auch auf dem gehegten Boden eines neuen Jus Publicum Europaeum – können wir uns für ein ganzes Jahrhundert nicht mehr leisten.

Zu befürchten sind freilich Eingriffe von innen. Lange Perioden von Fremdherrschaft und bürgerkriegsartigen Zuständen wirken sich unerhört demoralisierend aus, auch bei Frondeuren. Es könnten sich leicht mörderische Affekte wiederholen, denen auf der Schwelle vom römischen Bürgerkriegsjahrhundert zum Imperium Romanum Julius Cäsar oder nach der Zerschlagung der römischen Besatzungsstreitkräfte Hermann der Cherusker zum Opfer fielen. ■

»Der Kapitalismus ist die Sintflut der Äußerlichkeit. Der moderne Mensch kaschiert mit all seinem Mammon und Tand nur seine innere seelische und geistige Unterernährung.«

Thor v. Waldstein: *Die entfesselte Freiheit*, Schnellroda 2017, S. 184.

»Deutschland ist bedroht: Von der Macht der hirnverheerenden Schwundform eines westlichen Liberalismus, der den Einzelnen nur noch lehrt, zu fordern, zu genießen, sich in der Mittelmäßigkeit einer Massenkultur wohlfühlen, deren Gleichheitsvorstellungen ersticken. Mensch aber und frei ist der Einzelne nur im Ganzen, im Geben und Nehmen, in Pflicht und in Erkenntnis des Sinnes. Unser Ganzes ist die Nation. Unsere Perspektive ist der Verbund freier Nationen in einem freien europäischen Reich.«

Bernard Willms: *Identität und Widerstand. Reden aus dem deutschen Elend*, Tübingen 1986, S. 19f.



Kulturvolk

von Eberhard Straub

Alles Lebendige ist individuell, konkret und unverwechselbar. Diese Maxime deutscher Historiker formulierte zuerst Johann Gottfried von Herder, der auf die »Stimmen der Völker« achtete. *Die Menschheit und den Menschen* hielt er für unhistorische Abstraktionen. Denn wie sein aufmerksamster Schüler, Johann Wolfgang von Goethe, in diesem Sinne zu bedenken gab: »Nur alle Menschen machen die Menschheit aus, nur alle Kräfte zusammengenommen die Welt«. Deutsche Historiker und Geschichtsphilosophen in dieser Weimarer Tradition fürchteten sich nicht vor der Vielfalt. Sie hatten keine Angst vor dem Leben, und damit vor den vielen Völkern, die sich und ihren womöglich bevorzugten Platz unruhig behaupten wollten, dazu herausgefordert von anderen mit deren Ehrgeiz, aus sich etwas zu machen. Nicht nur Männer, die großen Einzelnen, machen Geschichte, sondern auch Völker, von denen wir wie von sehr bestimmten Persönlichkeiten reden: *die Griechen, die Römer, die Karthager*. Daß Völker einen Charakter haben, von einem ihnen eigentümlichen Geist geprägt sind und ihm gemäß für sich verbindliche Lebensformen entwickeln, war klassischen Griechen seit Homer und Herodot eine längst vertraute Idee.

Die heutigen europäischen Völker entwickelten sich allmählich während des Zerfalls der antiken Welt und dem Aufkommen des Fränkischen Großreiches. Um das Jahr 1000 sind sie als kollektive Persönlichkeiten gegenwärtig. Die Deutschen unterschieden sich von allen übrigen allerdings wegen eines besonderen Merkmals: Sie nannten sich nicht nach einem Stamm oder Land, wie Engländer, Franzosen, Italiener oder Spanier. Ein Deutscher war, wer an den ihm vertrauten Volkssprachen festhielt, also *diutisc* oder *teodisce* redete. Deutsche waren eine Sprach- und darüber eine geistige Gemeinschaft. Aus Franken, Alemannen, Schwaben, Baiern und Sachsen wurde im Laufe der Jahrhunderte nach Karl dem Großen ein Volk, das sich über die Sprache zu einer besonderen Einheit bildete. Eine *Germania* als politische Gemeinschaft hatte es früher nie gegeben. Deutsche strebten daher nicht wie Italiener, Spanier oder Franzosen danach, eine ehemalige Einheit in der zu erneuernden *Italia*, *Hispania* oder *Gallia* zurückzugewinnen. Die Deutschen kannten keinen solchen Auftrag und Mythos. Ihnen fehlte deshalb eine klar umrissene Idee eines nationalen Raumes. Außerdem gehörte ihr *regnum teutonicum*, ihr deutsches Königreich, zum Römischen Reich, das mehrere Königreiche und Herrschaften umfaßte. Der deutsche König war der Römische König, dazu bestimmt, zum Römischen Kaiser gekrönt zu werden. Der Übergang des Römischen Reiches auf die Franken und dann auf die Deutschen verlieh ihnen aber als führendem Reichsvolk eine sie vor allen anderen auszeichnende Vergangenheit und Herkunft, die kaiserlich-römische bis hinab zu den Trojanern. Deutsche standen also von Anfang an mitten in Europa in ungewöhnlich weiten geographischen, mythischen und historischen Zusammenhängen.

»Deutsches Publikum (...) erwache und zeige, dass Du kein Barbar bist, damit man dir nicht als einem Barbaren begegne. Deine Sprache, die Schwester des Griechischen, die Königin und Mutter vieler Völker, für ganz Europa hast Du zu sichern, auszubilden, zu bewahren«.

Johann Gottfried von Herder 1765, zitiert in: Hannes Höfer: *Deutscher Universalismus. Zur mythologisierenden Konstruktion des Nationalen in der Literatur um 1800*, Heidelberg, 2015, S. 37.

◀ Kreuzgang im Innenhof des Naumburger Doms

Diese hinderten sie nicht daran, sich dennoch ihrer Eigenart als Sprachgemeinschaft und als Volk sehr bewußt zu werden. Um 1200 meint bei Walther von der Vogelweide *tiuschiu zunge*, deutsche Zunge oder Sprache, eben das deutsche Volk, um dessen politische Ordnung er sich sorgte. Für ihn ist *tiuschiu lant* schon »unser Land« von der Ostsee bis an die ungarische Grenze. Deutsche Männer und Frauen erweisen sich dort wegen ihrer Anmut als vollendete Ritter und Damen und sind mit ihrem vornehmen Wesen und wegen ihrer liebenswürdigen Formen allen anderen überlegen. »Übel möge es mir geschehen, / bringe ich je mein Herz dahin, / daß ihm fremdes Wesen / wohlgefallen solle«. Walther von der Vogelweide wehrte sich mit seinem Preislied auf die Leute deutscher Zunge gegen die üble Nachrede von Provenzalen, Deutsche hätten keine Manieren und Eleganz. Er gewann aber sein deutsches Selbstbewußtsein vor allem aus der Würde der Kaiserkrone, die alle Kronen überstrahlte. Neben der Kaiserherrlichkeit wirkten die übrigen Könige auf ihn wie Zaunkönige, armselig und unscheinbar. Solcher Stolz verletzte Franzosen und Engländer, die gar nicht geneigt waren, eine bevorzugte politische, eine hegemoniale Stellung der Deutschen in Europa anzuerkennen. Die wechselseitige Auseinandersetzung über Rang und Ehre der Dynastien und Völker führte schon damals zu einem lebhaften Wettstreit über die Vorzüge und Mängel von Nachbarn, die dem eigenen Ehrgeiz im Wege standen.

Wie Walther von der Vogelweide konnte Gottfried Wilhelm Leibniz 1683 die Sprache als das Mittel verstehen, das zusammen mit den Sitten und dem gemeinsamen Namen eine Art von Verwandtschaft stiftet und eine Nation schafft. Es ist die Haupt- und Heldensprache der Deutschen, die hoffentlich zu neuer Ehre gebracht, undeutsch gesinnte Deutsche endlich dazu veranlassen sollte, wieder deutsch, statt Französisch zu reden und zu schreiben, was für ihn auch heißt, deutsch zu denken, klar, konkret und anschaulich, wie früher die Fürsten und Ständevertreter im Reichstag, wie immer noch die Handwerker und Ingenieure oder wie Luther, der die Heilige Schrift so wunderbar den Deutschen dolmetschte, wie es in keiner anderen Sprache möglich sei. Leibniz, der Universalgelehrte, beachtete den Zusammenhang von Sprache und politischer Macht, daß nämlich gemeinlich die Nation und Sprache zugleich geblüht haben.

Deswegen warb er dafür, in Akademien und deutschgesinnten Gesellschaften danach zu trachten, den deutschen Ruhm zu erhalten oder wieder aufzurichten. Die Wohlfahrt deutscher Nation und die Aufmunterung des deutschen Mutes hingen für ihn von annehmlichen Kernschriften in deutscher Sprache ab, die der französisierenden Barbarei Einhalt gebieten und den Gemütern gleichsam ein neues Leben eingießen könnten. Dabei dachte er vor allem an die trostlose Redeweise in Regierungssachen und allerhand bürgerlichen Lebens- und Staatsgeschäften, an die leeren Worte, »wo nichts hinter, und gleichsam nur ein leichter Schaum müßiger«, also untüchtiger Gedanken sei. Seine Ermahnungen blieben nicht unerhört. Die Römischen Kaiser im achtzehnten Jahrhundert – Joseph I. und Karl VI. – waren Reichs- und Sprachpatrioten. Die Siege des edlen Ritters, des Prinzen Eugen, über Frankreich und gegen die Türken ermöglichten eine letzte Kaiser- und Reichsherrlichkeit, die bis heute in den Kaisersälen der Reichsklöster, aber auch in der Würzburger Residenz, dafür empfängliche Gemüter zu überwältigen vermag. Sie bereitete den deutschen literarischen Aufbruch späterer Jahrzehnte vor.

»In Wien müßten wir alle sein« – darauf hofften Leibniz, später Lessing und Wieland und viele andere. Kaiser Joseph II. wollte mit einem Nationaltheater – das Burgtheater war es für sämtliche Deutsche bis weit ins 20. Jahrhundert – dem Reich neben der Krone einen geistig-geselligen Mittelpunkt geben und sämtliche Deutschen dazu auffordern, von der Bühne nicht nur Unterhaltung zu erwarten, sondern Unterricht in vaterländischer Geschichte. Darüber könnten sie, von allen Partikularismen, auch von den sprachlichen, den Dialekten, befreit und so ins Weite versetzt, zu wirklichen, tätigen Reichsdeutschen werden. Der junge Goethe fühlte freilich erst einmal ganz »fritzisch« – was freilich keineswegs preußisch bedeutete – im kaiserlich gesonnenen Frankfurt, neben Wien die weitere ehrwürdige Reichsstadt. Der große König als stürmisches Individuum und gekrönter Genius wies Goethe und seiner Generation in ihrem dunklen Sturm und Drang eine klare Richtung. Dessen Taten begeisterten, gaben Mut und Selbstvertrauen, nicht zuletzt, um sich vom

»In einer Sprache finden wir uns zueinander, die völlig etwas anderes ist als das bloße natürliche Verständigungsmittel; denn in ihr redet Vergangenheit zu uns, Kräfte wirken auf uns ein und werden unmittelbar gewaltig, denen die politischen Einrichtungen weder Raum zu geben, noch Schranken zu setzten mächtig sind.«

Hugo von Hofmannsthal: *Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation*, in: *Gesammelte Werke, Prosa IV*, Frankfurt a. M. 1956, S. 390.

feigen, umständlichen Deutsch der Beamten, Journalisten und Politiker zu lösen. Die jungen Kraftdeutschen redeten saftig, kernig und deutlich, also deutsch, wie zur Zeit des Hans Sachs. Sie mahnten ihre guten Deutschen: *Wacht auf!* im Geiste Walthers von der Vogelweide, dessen Worte der Meistersinger Hans Sachs aufgriff, an den Goethe erinnerte und die in seiner Tradition Richard Wagner zum *Wacht-auf*-Choral der Nürnberger als Repräsentanten des deutschen Volkes inspirierte, ja nicht einen anbrechenden neuen Weltentag in bequemer Routine zu verschlafen.

Der neue Weltentag wird der Tag der Deutschen, nicht der Franzosen sein. Darüber waren sich alle Denker und Dichter um 1800 einig, begeistert von der deutschen Sprache, die als einzige nicht dem Zwang gesellschaftlicher Konventionen und den Regeln des sogenannten guten Geschmacks unterworfen, das Unaussprechliche, wie sonst nur die Musik, zum Klingen bringen kann und für die geheimnisvollsten Schwingungen des Geistes Worte findet, wie es höchstens den großen Philosophen und Dichtern im klassischen Athen gelang. Europas Geist erlosch unter dem unfruchtbaren Einfluß unduldsamer Vernünftel Französischer Aufklärer, wie die beiden Schlegel und deren Freunde verkündeten. In Deutschland hingegen fließt der Quell des neuen Lebens und frischen geistigen Wagemutes. Goethe wahrte Napoleon, dem Originalgenie, immer als »seinem Kaiser« die Treue. Dieses Staunen vor dem geheimnisvollen Daimonion ließ ihn aber gar nicht daran zweifeln, daß »der Deutschen Schicksal« noch nicht erfüllt sei und noch allerlei von ihnen zu erwarten wäre.

Friedrich von Schiller faßte in seinem Fragment gebliebenen Gedicht »Deutsche Größe« 1801 die Stimmungen und frohen Erwartungen zusammen, die es seinen Zeitgenossen erlaubten, trotz des von den Franzosen beschleunigten Zusammenbruchs des Reiches voller Zuversicht zu bleiben. Die Majestät des Deutschen hat nichts mit dem Imperium zu tun. Deren Würde ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur und in dem Charakter der Nation. »Indem das politische Reich wankt, hat sich das geistige immer fester und vollkommener gebildet. Dem, der den Geist bildet, beherrscht, muß zuletzt die Herrschaft werden«. Die Deutschen verfügen über ein köstliches Gut, ihre einzigartige Sprache, »die alles ausdrückt, das Tiefste und das Flüchtigste, den Geist, die Seele, die voller Sinn ist. Unsere Sprache wird die Welt beherrschen«. Denn Deutsche allein können sich in ihrer Sprache jung und natürlich bewegen, wie einst die gar nicht alten klassischen Griechen, und zugleich dem gedankenreichen Ideellen der Modernen unbeschwert genügen.

In solchen Überlegungen Schillers äußert sich kein politischer, imperialer Anspruch wie ihn Briten und Franzosen erhoben, denen er vorwarf, in einer trostlosen Philosophie des Eigennutzes und in einem traurigen Materialismus befangen zu sein. Deutsche Größe zeige sich vielmehr darin, in das Geisterreich zu dringen und Vorurteile zu besiegen. Auf diese Weise erfechten besonnene Deutsche im Gegensatz zu den aufgeregten Franzosen der Vernunft ihr wirklich freies Reich und leisten damit allen Völkern einen Dienst. Das Reich kann zusammenbrechen, deutsche Größe aber bleibt bestehen. Sie ist als geistige Kraft der Kern gebildeter, allgemeiner Menschlichkeit. Diese vollendet sich am schönsten bei Deutschen, vom Weltgeist dazu bestimmt, alles aufzunehmen und in einem Kranz zu vereinen, was bei anderen Völkern blühte. »Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte, doch der Tag des Deutschen ist die Ernte der ganzen Zeit«.

Dieses Fragment wurde erst 1871 veröffentlicht. Dessen Gedanken waren jedoch Allgemeingut. Auf der Festwiese beteuern Richard Wagners Nürnberger im Sinne Schillers: »zerging in Dunst / das heil'ge römische Reich, / uns bliebe gleich / die heil'ge Deutsche Kunst« – sie dauert, während das Heilige Reich zersplittert. Denn im Unterschied zu den politischen Machenschaften und ihren vorübergehenden Formen heilt die Kunst, vom Geist des ewig Schönen in besonderer, in deutscher Gestalt erfüllt, von allen Übeln, weil der Macht des Zeitlichen in dieser Welt als Geschichte nicht unterworfen. Die deutsche Kulturnation, auf die sich die so oft besiegten Deutschen seit 1800 leidenschaftlich beriefen, hat nichts mit einer Flucht in die Innerlichkeit und einem Versagen vor den politischen Herausforderungen durch das aggressive Frankreich zu tun. Deutsche kamen sich den Revolutionären und ihrem Soldatenkaiser weit überlegen vor. Franzosen seien ihren eigenen politischen Entwürfen gar nicht

»Deutschland geht einen langsamen aber sicheren Gang vor den übrigen europäischen Ländern voraus. Während diese durch Krieg, Spekulation und Parteigeist beschäftigt sind, bildet sich der Deutsche mit Fleiß zum Genossen einer höheren Epoche der Kultur, und dieser Vor-schritt muß ihm ein großes Übergewicht über die anderen im Lauf der Zeiten geben. In Wissenschaften und Künsten wird man eine gewaltige Gährung gewahr. Unendlich viel Geist wird entwickelt. Aus neuen frischen Fundgruben wird gefördert. Nie waren die Wissenschaften in besseren Händen.«

Novalis: *Die Christenheit oder Europa* (1799), in: *Werke*, Bd. 2, Köln 1996, S. 36.

gewachsen gewesen und hätten, statt einer neuen Zeit mit neuem Geist siegreich die Bahn zu brechen, nur allgemeine Unordnung und gedankliche Verwirrung bewirkt.

Sobald Deutsche vom Volk sprachen, dachten sie nicht an den Demos und das ruhelose Treiben der Athener oder die Agitation römischer Volkstribunen und Parteiführer auf dem Forum, sondern an geistiges Leben und den beseelten Charakter einer kollektiven Gestalt. Die wahre Aufgabe der Zeit – durchaus in Übereinstimmung mit klassischen Athener Philosophen – sahen sie in dem anspruchsvollen Programm, das dem Freiherrn Achim von Arnim am Herzen lag, das Volk von drückenden Beschränkungen zu befreien, es zu veredeln und darüber den Adel der Freien allgemein zu machen. Das setzte Volksbildung voraus, um in jedem das ihn befreiende Volkstum zu entwickeln, von dem Sprache, Glaube und Recht kündeten, jene schöpferische Dreieinigkeit, die dauernd den Volksgeist und die von ihm Erweckten mit Leben erfüllten. Der heute so leichtsinnig als irrational charakterisierte Volkssinn, die Substanz eines konkreten Volkstums für Joseph Görres, wurde gerade unter dem Eindruck einer irrationalen und bis zum Terror hemmungslosen Pöbelhaftigkeit wehrhafter Demokraten beschworen. Die wütenden Revolutionäre in Paris hatten für Deutsche jeden wahren Volksgeist verloren, sie waren in einem mechanischen Staat, der nur Funktionstüchtigkeit verlangte, längst von sich und ihrer Geschichte entfremdet, zur bloßen Masse geworden.

Den anfänglich von der Revolution begeisterter Kulturphilosophen enttäuschten daher die ganz dem Augenblick verfallenen unvernünftigen Revolutionäre, die dauernd neue Kitzel brauchten, um ihren erregten Elan nicht zu schwächen. Wer die Größe und Eigentümlichkeiten der Nationalgeschichte mißverstehet und die Ehrfurcht vor dem lebendigen Wachstum verloren hat, der ist nicht mehr in seinem eigenen Volk fest verwurzelt und von dessen besonderer Bestimmung erleuchtet, die ihn doch erst dazu befähigt, sich auf den eigentümlichen Beruf anderer Völker verständnisvoll einzulassen. Nur wer sich kennt, sein Herkommen und sein Erbe, kann sich am anderen freuen und am Fremden. Unter dem Eindruck der Revolution und ihrer Folgen rief der entsetzte Joseph Görres: »Wehe also uns, wenn unsere neue Gestalt so neu würde, daß sie nur aus den Bedürfnissen der Gegenwart ihr Dasein schöpfte«. Sich in das eigene Volkstum zu versenken und sich damit zu beschäftigen, wie es sich in der Geschichte entfaltet, bedeutete gerade nicht, sich der Welt trotzig zu verweigern. »Deutschheit ist Kosmopolitismus mit der kräftigsten Individualität gemischt«, wie Friedrich von Hardenberg jedem unsicheren Weltbürger versicherte. Denn die nationale Aufgabe der Deutschen, in das Geisterreich zu dringen und für geistige Freiheit zu sorgen, war ja zugleich eine universale, alle Menschen betreffende. Achim von Arnim warnte jedoch und beschrieb zugleich in *Die Kronwächter*: »Nur das Geistige können wir ganz verstehen und wo es sich verkörpert, da verdunkelt es sich auch. Wäre dem Geist die Schule der Erde überflüssig, warum wäre er ihr verkörpert, wäre aber das Geistige je ganz irdisch geworden, wer könnte ohne Verzweiflung von der Erde scheiden? Dies sei unserer Zeit ernstlich gesagt, die ihr Zeitliches überheiligen möchte mit vollendeter, ewiger Bestimmung, mit heiligen Kriegen, Frieden und Weltuntergang.«

Die Deutschen, die mit ihrem Volksgeist gründlich vertraut sein wollten, Volkslieder und Volksbücher sammelten, Volksgeschichte als Kulturgeschichte trieben, mußten unweigerlich auch auf ihre Nachbarn schauen und deren Vergangenheiten. Deutsche Historiker und Philologen erschlossen alsbald den übrigen Europäern deren Sprach- und Rechtsgeschichte. Diese begannen nun ihrerseits damit, ins Volk zu gehen, nach längst vergessener Volkskunst zu suchen und Rechtsaltertümer aufzuspüren. Die historisch vertieften Ideen von Volk und Nation führten zu einer ganz anderen Welteroberung, dem Aufdecken verschütteten und vergessenen Lebens, das zu einer das Volksleben verändernden Macht werden konnte. Was wären die europäischen Völker seitdem ohne ihr Mittelalter, ohne die sie kultivierende Kolonisierung durch die Römer, aber auch ohne ihre barbarischen Vorzeiten, die gar nicht so barbarisch, eben nur anders waren? Die Deutschen würdigten auf einmal im Nibelungenlied ihr nationales Epos und gingen zurück auf altgermanische Vorlagen. Die Mentalität der Germanen wurde in die kulturelle Deutschheit einbezo-

»Es gibt eine Zukunft und eine Vergangenheit des Geistes, wie es eine Gegenwart des Geistes gibt, und ohne jene, wer hat diese?«

Achim von Arnim: *Von Volksliedern*, in: *Arnims Werke*, Teil 1, Berlin 1910, S. 89.

gen. Den germanischen Mythos universalisierte Richard Wagner mit seinem *Ring des Nibelungen* zu einem tragischen Mythos der Moderne. Das Enge und das Weite gehören wie Ein- und Ausatmen zueinander. Ohne die vielen Sonderformen gäbe es überhaupt keine überzeugende Idee von der Geschichte des Menschen und der Völker.

Der Tag der Deutschen, den Schiller erwartete, brach schon zu seinen Lebzeiten an. Als Historiker und Geschichtsdramatiker in ganz Europa beachtet, später vor allem über Verdi popularisiert, wies er eindringlich darauf hin, daß das Allgemein-Menschliche nur über den Einzelfall, die Menschheit nur über Menschen als jeweilig bedingte in ihrer jeweils einmaligen und unverwechselbaren Zeit begriffen werden könnten. Dieser Reichs- und Kulturpatriot schweifte mit seiner Räume und Zeiten souverän umgreifenden Phantasie hinüber nach Italien, Frankreich, England und Rußland, um sich der Lebensfülle einer uneinheitlichen, vielfältigen Menschheit anzunähern. Mit dem Schweizer Wilhelm Tell und den Schweizern schilderte er, wie ein Volk, einig in sich selbst, bedächtig und umsichtig, eine Republik gründet, die gerade deshalb Bestand hat, weil sie nicht die Ausgeburt der Theorien nervöser Literaten ist, wie jüngst in Frankreich, sondern das Ergebnis ganz eigener Traditionen, die helfen, das Leben als Zusammenleben zu verändern, ohne dessen Grundlagen zu erschüttern. Der Philosoph Schiller wehrte sich als Dichter und politischer Kopf, als Deutscher und Weltbürger, gegen gelehrte Fiktionen und tote Buchstaben, die den lebendigen Verstand in seiner Beweglichkeit hemmen, »damit das Abstract des Ganzen sein dürftiges Dasein friste«. Er war davon überzeugt, daß jede Rechtsordnung ihren je eigenen Ort braucht, geprägt von einem Herkommen, das in wechselnden Zeiten wechselnden Rechtsformen Halt gewährt.

Dieses bildungsbürgerliche Kultur- und Nationalbewußtsein der Weimarer Klassik und der Jenaer Romantik widersetzte sich den französischen Ideen von 1789 und dem sogenannten Westen. Von dessen Pathos zehrten noch die Ideen von 1914 während des großen Kulturkampfes, der der Erste Weltkrieg auch war. Für Deutsche ging es unabhängig von ihren nationalen Interessen vor allem um die Verteidigung des vielgestaltigen Lebens überhaupt, also um mannigfache geistige und politische Sonderformen der Völker und Staaten, in der Abwehr ausgedachter Allgemeinheiten »des Westens«, denen sich alle zum Wohle des Welthandels und der mit ihm beschäftigten Menschheit als Weltgemeinschaft der Händler anpassen sollten. Im Großen Krieg gerieten mit der Niederlage der deutschen Ideen die Vorstellungen von Volk und Nation überhaupt in die Krise. Obschon das Selbstbestimmungsrecht der Völker von den Siegern proklamiert wurde, bot es den Völkern und Nationen gar keine Sicherheit. Der Völkerbund, dominiert von den Siegern, wollte die Rolle des Vormundes übernehmen. Andere hofften auf eine übernationale Zusammenfassung der durch den Krieg geschwächten Völker in einem Europa der Völker und Vaterländer.

Dies Europa sollte von den unterschiedlichen Temperamenten, Sprachen und geistigen Kräften seine Lebenskraft empfangen. Doch in Organisationen und Apparaten drängten bald phantasielose Funktionäre darauf, gleiche Lebensverhältnisse zu erreichen und die Mentalitäten wie Rechtsgewohnheiten einander anzupassen, wovor sich einst Schiller und in seiner Nachfolge deutsche Dichter und Denker entsetzten. Die deutsche Kulturnation hat sich mittlerweile aufgelöst. Aber ihre Ideen leben weiter. Den Deutschen wird oft vorgeworfen, sich dauernd dem Westen verweigert zu haben, Deutsche wollten lange nicht in einem Westen aufgehen, der – wie sie fürchteten – das konkrete Leben normieren und vertilgen wolle. Deshalb beschäftigen sich ununterbrochen weltweit Forscher mit diesem zähen deutschen Widerstand und seinen mannigfach variierten Alternativen zum Programm einer Typisierung der Europäer und ihrer Lebenswelt – von Schiller über Hegel, Goethe und Wagner zu Marx bis hin zu Heidegger, Bann, Jünger oder Brecht. Es sind tote Deutsche, die weiterhin beunruhigen oder all jenen, die ihr Eigentum nicht aufgeben möchten, darunter auch Völkern, Mut machen, weiterhin fest auf ihrem Boden zu stehen und auf ihrem Recht zu beharren, auch als Europäer im Einklang mit ihrem Herkommen zu bleiben und das Eigene zu pflegen. Das Eigentum ist schließlich heilig. Insofern haben die Deutschen, wie Goethe vermutete, doch noch eine große Zukunft. ■

»Politischen Stolz hat der Durchschnittsdeutsche sehr wenig, aber den Kulturstolz auf die Freiheit und Universalität des deutschen Geistes pflegen auch Philister bei uns zu haben.«

Heinrich von Treitschke: *Politik*, Bd. 1, Leipzig 1918, S. 29.

»Wir brauchen in unserer Sprache ein Wort, das, wie Kindheit sich zum Kind verhält, so das Verhältnis Volkheit zum Volk ausdrückt. Der Erzieher muß die Kindheit hören, nicht das Kind, der Gesetzgeber und Regent die Volkheit, nicht das Volk. Jene spricht immer dasselbe aus, ist vernünftig, beständig rein und wahr; dieses weiß niemals vor lauter Wollen, was es will. Und in diesem Sinne soll und kann das Gesetz der allgemein ausgesprochene Wille der Volkheit sein, ein Wille, den die Menge niemals ausspricht, den der Verständige vernimmt und den der Vernünftige zu befriedigen weiß und der Gute gern befriedigt.«

Johann Wolfgang von Goethe: *Wilhelm Meisters Wanderjahre*, 3. Buch, Kapitel »Aus Makariens Archiv«.

Fachkräftemangel und Wachstumsverzicht

von Felix Menzel

In Zeiten des demographischen Niedergangs stellt sich die Frage, wie der Sozialstaat langfristig überleben soll. Die etablierte Politik neigt dazu, der Wirtschaft durch Masseneinwanderung neue Arbeitskräfte zu verschaffen. Die *Welt* titelte im April 2018: »Wir brauchen Rente mit 70 – oder 500000 Zuwanderer im Jahr«. Für letztere Option hat sich die Bundesregierung mit ihrem neuentworfenen Fachkräftezuwanderungsgesetz entschieden. Es sieht vor, jeden nach Deutschland einreisen zu lassen, der ein halbes Jahr auf Arbeitssuche gehen will. Voraussetzung ist, daß man zumindest eine »angehende« Fachkraft ist. Eine Beschränkung auf Mangelberufe ist aber nicht festgeschrieben. Zudem bleibt unklar, was mit jenen Personen passiert, die keine feste Anstellung ergattern konnten. Werden sie im Zweifelsfall konsequent abgeschoben, gehen sie von selbst?

Deutschland öffnet damit nach dem UN-Migrationspakt das nächste Tor. Die federführenden Ökonomen hinter dem Fachkräftegesetz erhoffen sich 15 Millionen zusätzliche nichteuropäische Arbeitskräfte bis 2050, die den Rückgang der deutschen Bevölkerung in diesem Zeitraum ausgleichen sollen. Das Kippen der Mehrheitsverhältnisse wäre besiegelt.

Mit der IfS-Studie zur Fachkräftesicherung liegt eine Arbeitsgrundlage für die Lösung der Alterungs- und Fachkräftemangelproblematik vor: Sie soll realistische Maßnahmen für die Volkswirtschaft insgesamt und für die Ebene der Unternehmen erschließen. Im Folgenden einige Punkte:

1. In unseren Zeitungen ist gelegentlich die Schätzung zu lesen, der Fachkräftemangel koste Deutschland bis 2030 über 500 Milliarden Euro. Diese Summe wirkt allerdings nur auf den ersten Blick furchteinflößend. Pro Jahr kämen wir bei Richtigkeit der Zahl auf Verluste von 40 bis 50 Milliarden Euro. Das Markt- und Meinungsforschungsinstitut Gallup hat dagegen ausgerechnet, daß »innere Kündigungen« einen jährlichen Schaden von 112 bis 138 Milliarden Euro für unsere Volkswirtschaft anrichten. Mit stärker motivierten und gesünderen Mitarbeitern ließe sich folglich der negative Effekt des

Fachkräftemangels um mehr als das Doppelte kompensieren.

2. Volkswagen expandiert in afrikanischen Staaten wie Ruanda und Kenia. Als positiver Effekt ist zu verbuchen, daß fortan Arbeitsplätze für Afrikaner in Afrika entstehen. Liefen die Globalisierung in diesem Bereich zunehmend in der Form den Migrationsdruck verringernder Entwicklungen statt, müßte sich Deutschland langfristig lediglich auf wissens- und kapitalintensive Tätigkeiten konzentrieren, die angemessen bezahlt sind.

3. In Frage kommt in Ergänzung dazu der japanische Weg mit großen Anstrengungen zur Automatisierung der Wirtschaft. Roboter und künstliche Intelligenz gefährden den düstersten Prognosen zufolge fast jeden zweiten Arbeitsplatz. Für überalterte Gesellschaften läßt sich diese Befürchtung jedoch positiv lesen. Sie könnten so Arbeit durch Kapital ersetzen, ohne Massenentlassungen vornehmen zu müssen. Auch wenn weniger Stellen wegfallen sollten, da neue Tätigkeitsfelder entstehen, wäre es eine überstürzte Schlußfolgerung, Über-Vollbeschäftigung durch Arbeitsmigration anzustreben. Deutschland erfuhr mit dieser Fehleinschätzung nach dem »Wirtschaftswunder« schon einmal in den 1970er und 80er Jahren einen Rückschlag, als sich herausstellte, daß die Gastarbeiter objektiv »überflüssig« wurden und die Arbeitslosigkeit von 0,7 Prozent (1970) auf 9,3 Prozent (1985) anstieg.

4. Um die Wirtschaft auf gewohntem Niveau zu halten, müssen in Deutschland nach übereinstimmenden Schätzungen rund 15 Millionen gut ausgebildete Arbeitskräfte tätig sein. Diese werden auch 2050 noch verfügbar sein. Für die Anhänger des japanischen Weges dürfte die entscheidende Frage daher lauten, ob es gelingt, das Bildungsniveau entsprechend zu steigern, um technologisch Anschluß an die Weltspitze zu halten.

5. Japan ist aus einem weiteren Grund ambivalent zu betrachten: Neben der Automatisierung begegnet das Land der Überalterung mit einer

schleichenden Enteignung des Volkes über eine jahrzehntelange Nullzinspolitik. Dies setzt eine große Leidensfähigkeit des Volkes voraus, so der Ökonom Daniel Stelter. Er ist deshalb skeptisch, ob eine Übertragbarkeit auf Deutschland ohne weiteres möglich, geschweige denn wünschenswert ist.

6. Eine grundlegende Alternative wäre, über einen Abschied vom Wachstumsparadigma nachzudenken. Gemeint ist hierbei mitnichten, weniger »leisten« zu wollen. Vielmehr bedeutet dies, nach dem Sinn der Arbeit zu fragen, sich auf das wirklich Wichtige zu konzentrieren und den informellen Sektor (Nachbarschaftsinitiativen, Vereine, Haushalt usw.) zu stärken, statt eine Ökonomisierung im Sinne einer Kommodifizierung aller Lebensbereiche zu betreiben.



Felix Menzel: Fachkräftesicherung ohne Masseneinwanderung. Eine politische Anleitung (= Wissenschaftliche Reihe 37), Schnellroda 2018, 44 S., 5 €

Erhältlich bei antaios.de

7. In Folge der fortgeschrittenen Automatisierung nehme das »Betreuungselement der Arbeit« ständig zu, behauptet der anarchistische Anthropologe David Graeber. Amerikanische Arbeitnehmer verbringen nur noch ca. 40 Prozent ihrer Arbeitszeit mit ihrer eigentlichen Haupttätigkeit. Dadurch entstünden einerseits unzählige »Bullshit-Jobs«, die insbesondere auf der mittleren Verwaltungsebene zu finden seien. Ein Übermaß an Bürokratie (unnötige Besprechungen, E-Mails, ...) erdrücke bei ihnen jede produktive Beschäftigung. Andererseits sorgt die Dominanz des Dienstlei-

stungssektors dafür, daß viele dieser Tätigkeiten in Zeiten des Fachkräftemangels sehr einfach durch unbezahlte Eigenarbeit im Haushalt substituierbar wären. Wenn ein gastronomischer Lieferdienst aufgrund von Personalmangel schließt, heißt dies für den Konsumenten im schlimmsten Fall, den Gang in die eigene Küche antreten zu müssen.

8. 74,5 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten im Dienstleistungssektor. In etwa die Hälfte davon sind ausschließlich für binnenwirtschaftliche Zwecke angestellt. Stehen hierfür weniger Arbeitskräfte zur Verfügung, wirkt sich dies unter Umständen negativ auf die Lebensqualität aus, nicht aber auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Müssen Landgasthöfe, Bäckereien oder Fleischer gerade im ländlichen Raum aufgeben, weil sie keine Nachfolger finden, ist dies bedauerlich und verursacht womöglich längere Wege und höhere Kosten für die Konsumenten. Unser materieller Wohlstand ist dadurch jedoch genauso wenig gefährdet wie durch das knappe Betreuungspersonal für Kleinkinder und Senioren. All diese Engpässe könnten unterdessen zu einer Renaissance der Familie und Aufwertung lokaler Hilfsstrukturen beitragen, wenn etwa die Pflege größtenteils nur im häuslichen Rahmen möglich sein sollte.

9. Die Option »Wachstumsverzicht« würde also bedeuten, als Volk enger zusammenzurücken, in Unternehmen zu entrümpeln und als Begleiterscheinung des demographischen Niedergangs geringfügige Verluste an Lebensqualität zu akzeptieren. Die Ökonomen hinter dem Fachkräftezuwanderungsgesetz schließen diese Variante kategorisch aus, da sie nicht mehrheitsfähig sei. Sie dürften damit sogar recht haben, weil das Volk jahrzehntelang von der Vergabementalität des Staates geprägt wurde.

10. Alfred Müller-Armack, einer der Väter der sozialen Marktwirtschaft, konstatierte 1949, daß wir einen »Abbau jener sozialen Substanz, die aus der Vergangenheit her als festigendes Element im Gesellschaftsbau herüberrahte«, erlebten. Zugleich neige unsere Zeit dazu, »sich vom Sozialen her zu charakterisieren«, was er der Massenkultur zuschrieb. Als Lösung dieses Dilemmas schlug er eine Sozialpolitik vor, die »wieder menschlicher, konkreter, gebundener, familiärer, überschaubarer, naturverbundener und vielfältiger« sein sollte. Müller-Armack war sich stets bewußt, daß nur durch ein »dialektisches Verfahren« die unterschiedlichen Ideale einer Gesellschaft (Freiheit, Gerechtigkeit, ...) vereint werden können.

Die auch in der IfS-Studie skizzierten Möglichkeiten der Fachkräftesicherung sind in diesem Kontext zu betrachten. Sie sollen helfen, das Gestrüpp aus Wachstum, Geschenkepolitik und Massendemokratie verlassen zu können, um eine zukunftsgeordnete Debatte zu eröffnen. ■

Nation oder Kompetenzfestung?

von Johannes Konstantin Poensgen

Kompetenzfestungen nennt Gunnar Heinsohn jene Länder, deren Einwanderungspolitik strikt leistungsorientiert ist, die »Pässe nur an Asse« vergeben. Die Herkunft der Leistungsträger ist dabei gleichgültig. Das Konzept hat in Heinsohns Denken unverkennbar normative Obertöne, als eine an sich nicht fremdenfeindliche Antwort auf die Bevölkerungsexplosion des globalen Südens. Diese Obertöne können jedoch nicht die deskriptive Beschreibung eines Umganges mit den demographischen Realitäten des 21. Jahrhunderts übertönen, der nicht nur auf politischen Entscheidungen beruht, sondern starke gesellschaftliche Eigendynamiken auf seiner Seite hat: Grund genug sich damit zu befassen. Tendenzen, die beides auf sich vereinen, haben herausragende Durchsetzungskraft und gute Aussichten, die Zukunft zu bestimmen.

Die weltweite Migration besteht nicht nur aus den unqualifizierbaren Massen der Dritten Welt. Auch die Besten sind mobiler geworden. Fehlen ihnen in einem Land die Perspektiven, dann wandern sie ab. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verließen im Jahr 2017 249.000 Deutsche die Bundesrepublik. Im gleichen Jahr kehrten jedoch nur 167.000 Deutsche (inklusive Spätaussiedler) in die Heimat zurück. Das bedeutet einen Verlust von 82.000 Deutschen. Viele von ihnen sind hochqualifiziert. Daß die Einwanderung Unqualifizierter die Auswanderung Qualifizierter verstärkt, ist längst kein Geheimnis mehr. Nicht nur die direkte Steuerlast zur Finanzierung der Einwanderung in die Sozialsysteme vergrault die Leistungsträger.

Daß Länder, die hohe Anforderungen an Einwanderer stellen und Unbrauchbare fernhalten, als Magnet für weitere Hochqualifizierte aus aller Welt wirken, während Länder, die ihre Grenzen allem und jedem öffnen, ihre Besten verlieren, ist längst keine Hypothese Heinsohns mehr, sondern empirisch belegt. Am drastischsten zeigt sich diese Dynamik im Wanderungsverhältnis zwischen dem moslemüberspülten Britannien und seinen ehemaligen Kronkolonien Australien, Kanada und Neuseeland. Diese drei Länder sind, neben Singapur, Heinsohns Paradebeispiele für Kompetenzfestungen: Im Jahr 2015 lebten 2,3 Millionen Menschen aus dem alten Mutterland dort.

Von diesen Dynamiken gestützt, ist die Kompetenzfestung ein Konkurrenzmodell zur Nation, und zwar als eine Form, in der sich die globale demographische Katastrophe überdauern läßt. Sie muß den Humanitarismus und den Globalismus nicht frontal angehen, sondern kanalisiert seine Grenzenlosigkeit. Und sie muß keine völkische Absonderung predigen, um den Leistungsstandard aufrechtzuerhalten. Die Kompetenzfestung ist Teil des Globalismus. Sie pickt sich jedoch die Rosinen heraus. Bis zu einem gewissen Grad kann sie den funktionierenden Multikulturalismus leben und ist dadurch hochattraktiv für die mobile, globalistische Oberschicht, die auf Nationalismus als Kompensationshaltung für Versager herabblickt. Daß mit Justin Trudeau eine karikaturhafte Verkörperung des »Globo-Bobo« Premierminister der Kompetenzfestung Kanada ist, paßt wie die Faust aufs Auge.

Der erste Einwand gegen die Kompetenzfestung ist klar: Was soll diesen Haufen bloßer Leistungsträger denn zusammenhalten? Der stets auf die Zurschaustellung seines Nichtchauvinismus bedachte Heinsohn spricht dieses Problem kaum an. Wo doch, da setzt er für den Zusammenhalt allein auf den Standorterfolg. Die Kompetenzfestung soll einfach ein Ort sein, an dem es sich gut leben und Geld verdienen läßt.

Es wäre aber auch ein anderer Weg denkbar: die Ethnogenese und damit das Entstehen einer neuen Volksidentität. Das ist eine sehr reale Möglichkeit. Derartige Vorgänge haben in den letzten drei Jahrhunderten die Völker der Amerikaner, Kanadier, Australier, Neuseeländer und Buren ins Leben gerufen. Die unter Europäern weitverbreitete Vorstellung, daß ein Volk nur wirklich sei, wenn seine Herkunft sich im Dunkel der Überlieferung verliert, ist nicht richtig.

Das Wort »Volk« wird extrem unpräzise verwendet, es bezeichnet zu viele verschiedene Dinge. Von einer Gruppe aus einigen hundert Amazonasindianern, über Kulturgemeinschaften wie den Hellenen, bis hin zu den heutigen Chinesen, die sich traditionell als die – nicht eine (!) – Zivilisation auffassen, in den letzten anderthalb Jahrhunderten aber auch Elemente des europäischen Nationalismus übernommen haben und zudem über ein ausgeprägtes Ras-

senbewußtsein verfügen, wird alles Mögliche als Volk bezeichnet.

Aus einer Reihe von Gründen stimmen Völker meist mit rassistischen und sprachlichen Gruppen überein, doch der Sache nach ist ein Volk weder das eine noch das andere. Ein Volk entsteht, indem eine Gruppe Menschen sich als politisches Wir begreift. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Bewohner einer Kompetenzfestung ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln, das zumindest ausreicht, um die politische Funktionalität zu gewährleisten. So entstehende Völker werden vielleicht nicht dieselbe Festigkeit aufweisen, wie sie den ein Jahrtausend alten europäischen Nationen eigen war. Doch für einen funktionierenden politischen Prozeß und eine beschränkte Krisenfestigkeit dürfte es allemal reichen.

Zwar zeigt das amerikanische Beispiel auch, daß die ethnogenetischen Kräfte spätestens bei Großrassen an ihre Grenzen geraten, doch die Mehrheit der potentiellen Einwanderer in die Kompetenzfestungen wären Weiße. Aus einem Asien, das auf zukunftssträchtigen Innovationsfeldern von der künstlichen Intelligenz über Finanzinformatik bis zur Humangenetik führend ist, dürften nur wenige Menschen auswandern wollen. Ein deutscher oder französischer Auswanderer hingegen fühlt sich aller Erfahrung nach spätestens in der zweiten Generation als Kanadier oder Australier.

Nationen abendländischen Zuschnitts vertragen keine Massenwanderung von Menschen mehr. Kompetenzfestungen nutzen aber gerade diese Wanderungen, um sich zu verbessern. Nichts wird das 21. Jahrhundert so prägen, wie das massive weltweite Überangebot an unqualifizierter Arbeitskraft und das gleichzeitige ebenso massive Unterangebot an qualifizierter Arbeitskraft.

Dafür ist die Bevölkerungsexplosion der Dritten Welt nicht allein verantwortlich und diese Einsicht geht oft unter. Als Thilo Sarrazin 2010 *Deutschland schafft sich ab* veröffentlichte, konzentrierte sich der ganze Aufruhr darauf, daß er die Behauptung gewagt hatte, orientalische Einwanderer seien genetisch nicht gerade für ein Studium der Bioinformatik prädestiniert. Daß die Einwanderungsproblematik für Sarrazin nur einen besonderen Fall der dysgenischen Anreizstruktur des Sozialstaates darstellte, die Deutsche prinzipiell genauso betrifft, ging dabei unter. Der Sozialstaat verhilft der Unterschicht zu einem Fortpflanzungsvorsprung gegenüber der Oberschicht, den letztere auch noch finanzieren muß. Durch die Drittwelteinwanderung wird dies massiv verschärft, das Problem bestünde aber auch ohne sie.

Kompetenzfestungen lösen dieses Problem nun auch nicht. Trotz des selbstbewußt-martialischen Namens schaffen sie weder den Sozialstaat ab, noch bestehen sie nur aus eingewanderten Fach- und Spitzenkräften. Immerhin lebt auf ihrem Boden ein Volk, das »schon etwas länger da ist«, und das bedeutet: Auch in einer Kompetenzfestung gibt es viele Menschen von nur geringer bis mittelmäßiger Kompetenz. Was

die Festung aber tut: Sie verbessert das Qualitätsprofil ihres Humanmaterials auf Kosten anderer Länder. Das wenig bescheidene Ziel besteht darin, in einer Welt, in der Intelligenz die knappste aller Ressourcen ist, Einwanderer anzuziehen, die qualifizierter als der eigene Bevölkerungsdurchschnitt sind. Sind sie damit einmal auf Kurs und verweigern sie weiterhin die Aufnahme Unterqualifizierter, kommt eine Spirale in Gang: Die Differenz im Lebensstandard zwischen den Kompetenzfestungen und den übrigen Ländern nimmt zu und lockt weitere Köpfer an. Damit entziehen sie den Nationen, die sich nicht zu Kompetenzfestungen wandeln, die dringend benötigten Spitzenkräfte.

Der Kampf um die Köpfe einer global mobilen Elite findet statt und läßt sich durch keine Nationalromantik aus der Welt schaffen. In diesem Kampf um die besten Köpfe haben Kompetenzfestungen sehr gute Karten. 25 statt 50 Prozent Spitzensteuersatz sind allein ein durchschlagendes Argument und das Olympia-Prinzip des globalen Wettbewerbs wird es noch deutlich verstärken. Doch anderen Ländern die Köpfer abwerben anstatt das Geburtenprofil zu verändern, ist Parasitismus, kein Weg zur demographischen Nachhaltigkeit. Die Politik der Kompetenzfestungen führt weder zu einer andern Geburtenpolitik, noch wirft sie den Menschenrechtsuniversalismus über Bord.

Anders als die Volksrepublik China, die keine Kompetenzfestung, sondern der Staat der Chinesen ist, sind Länder wie Kanada oder Australien zu grundsätzlichen Maßnahmen ebenso unfähig wie Deutschland oder Frankreich. Sie nehmen nur weniger Migranten auf.

Als die chinesische Regierung Anfang der 80er feststellte, daß die ökologische Tragfähigkeit des Landes um fast 100 Prozent überschritten war, setzte sie die Ein-Kind-Politik durch. Das war nicht immer schön, aber andernfalls würden heute zwei Milliarden Chinesen in einer Wüste leben. Das ist die die notwendige Verbindung aus Voraussicht und Handlungsbereitschaft.

Selbst wenn man auf Holzhammermethoden verzichtete: Schon eine bloße Umstrukturierung der Sozial- und Rentensysteme in einer Weise, daß sich Kinder für Leistungsträger lohnen und nicht für Sozialhilfeempfänger, ginge nicht ohne einen grundsätzlichen Wandel des Menschenbilds vonstatten.

Der Mut, sich über die Widerstände hinwegzusetzen, die einer Lösung der demographischen Frage des 21. Jahrhunderts entgegenstehen, wird nicht der Standortpflege entspringen. Die abendländischen Nationen sind deshalb unverzichtbar, weil sie als einzige politische Formen unseres Kulturkreises Reste eines Zukunftswillens verkörpern, der stark genug sein kann, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Kompetenzfestungen können im 21. Jahrhundert Inseln des Wohlstandes sein – unter chinesischer Ägide, versteht sich. Doch das 22. Jahrhundert gehört denen, die ihre demographische Tragfähigkeit wiederherstellen, nicht denen, die sich auf der Titanic um das Oberdeck prügeln. ■

Volksgesichter

von Christopher Webster

Wer sind wir? Worin besteht unsere Identität? Was verbindet uns mit einer Gruppe? Was bindet uns an diese und keine andere Gemeinschaft? Was macht uns zu denen, die wir sind?

Die Frage nach der Identität hat sich, angesichts des sich immer weiter verschärfenden neoglobalistischen »Abenteuers« des 21. Jahrhunderts, einmal mehr als die bedeutendste metapolitische Frage unserer Zeit erwiesen. Im frühen 20. Jahrhundert stellte sich deutschen Photographen dieselbe Frage – und damit auch jenen, an die sich ihre Arbeit richtete: ihre Landsleute. Das Werk, das sie hervorbrachten, war der Ausdruck einer einzigartigen Zeit, in der neue Ideen im Zuge der Katastrophe des Ersten Weltkriegs darum rangen, sich durchzusetzen.

Die drei hier repräsentierten und im ungefähren Sinne »völkischen« Photographen Hans Retzlaff (1902–1965), Erich Retzlaff (1899–1993) und Hans Saebens (1895–1969) sind in zahlreichen deutschen Institutionen vertreten, aber umfangreiche Sammlungen ihrer Werke sind dennoch selten. Hans Retzlaffs Arbeiten wurden vom Tübinger Institut für Volkskunde (1934–1945) gesammelt, und diese Hinterlassenschaft wurde vom Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft übernommen, das ich 2016 aufsuchte. Am 20. März 2017 zerstörte ein verheerendes, durch Brandstiftung verursachtes Feuer leider einen großen Teil des 85 Jahre alten Institutarchivs. Hans Retzlaffs Sammlung überstand den Brand nur durch Zufall, da ich sie 2016 zum Ausstellungsprojekt gezählt hatte und die Drucke, bevor das Feuer ausbrach, noch nicht ins Archiv zurückgebracht waren.

Sowohl Hans Retzlaff als auch sein mit ihm nicht verwandter Namensvetter Erich Retzlaff haben einen Großteil ihrer Drucke, Negative und Dia-Sammlungen im Feuersturm des Flächenbombardements Berlins durch die Alliierten während des Zweiten Weltkriegs verloren. Hans Saebens' Werk befindet sich größtenteils im Hans Saebens Archiv in Worpswede sowie im Focke Museum in Bremen. Ich konnte es erforschen und ergänzen, und es ist insofern einzigartig, als ein besonderes Schwergewicht auf Saebens' physiognomische Darstellung der Deutschen gelegt wird.

Die Macht der Photographie, die öffentliche Meinung zu prägen und anzuleiten sowie die Interpretation von Informationen und Ideen zu beeinflussen, ist gut dokumentiert. Gleichwohl sind eine reflektierte visuelle Bildung, ein informationsgesättigtes Verständnis und ein Bewußtsein für den Einfluß, den die kontinuierliche Wirkung eines Bildes ausüben kann, immer noch, selbst in unserer zunehmend von Bildern übersättigten Kultur, bemerkenswert unüblich. Es ist daher erwähnenswerter, daß mittlerweile mehr als achtzig Jahre vergangen sind, seit das nationalsozialistische Regime begann, sich des Potentials der aufstrebenden Massenkommunikationsmedien – des Radios und des Kinos, der Printmedien, der Photographie und sogar des neu aufkommenden Fernsehens – für seine Bemühungen zu bedienen, die herrschenden Narrative zu lenken und der Welt sowie durchaus auch dem eigenen Volk ein anderes Gesicht Deutschlands zu präsentieren.

Das Regime sah das Machtpotential der Photographie, Weltanschauungen zu formen oder – umgekehrt – herrschende Geltungen in Frage zu stellen, voraus. Gemäß dem heutigen Sprachgebrauch formuliert, hatte das Regime schnell die Überzeugungskraft des visuellen Memes erfaßt. Die Olympischen Spiele von 1936 in Berlin waren dafür ein Paradebeispiel und letztlich ein propagandistischer Triumph, der die internationale Kontroverse über die im September des Vorjahres angekündigten Nürnberger Gesetze zum Teil verdrängte. Das Radio und neuartige Fernsehberichte, erstmals inszenierte Ereignisse wie der olympische Fackellauf, spektakuläre photographische Beilagen in Zeitschriften, ein international gepriesener Film von Leni Riefenstahl und die vorübergehende Mäßigung offener Repression gegenüber Juden – all das trug zu der Entwicklung eines Bildes von Hitler als beliebtem Staatsmann bei, der Deutschland in die richtige Richtung führe.

Die Ästhetik der nationalsozialistischen Propagandaphotographie war, ebenso wie die Bilderwelt der modernen Werbung, Teil einer überwältigenden, alles durchdringenden Umgangssprache. Alle drei hier vorgestellten Photographen – Hans Retzlaff, Erich Retzlaff und Hans Saebens – brachten Werke hervor, die Teil



▲ Hans Retzlaff, Schwäbisches Bauernmädchen in der Tracht der Brautjungfer, Wankheim, Kreis Tübingen, Baden-Württemberg, 1930er Jahre (Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft, Tübingen)



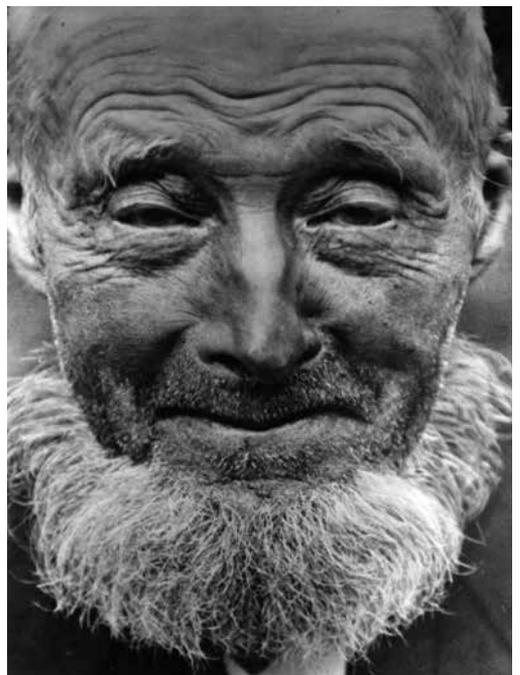
▲ Hans Saebens: Die Kinder wachsen zum Teil noch in die schöne Tracht hinein, 1936
(Hans-Saebens-Archiv, Worpswede)



◄ Hans Saebens: Alte Frau aus Worpswede, zwischen 1930 und 1940
(Hans-Saebens-Archiv, Worpswede)



▲ *Hans Saebens: Junger Bauer mit Axt, zwischen 1930 und 1940*
(Hans-Saebens-Archiv, Worpswede)



▶ *Erich Retzlaff: Friesischer Bauer, ca. 1930*
(Aus dem Besitz der Familie Erich Retzlaffs)



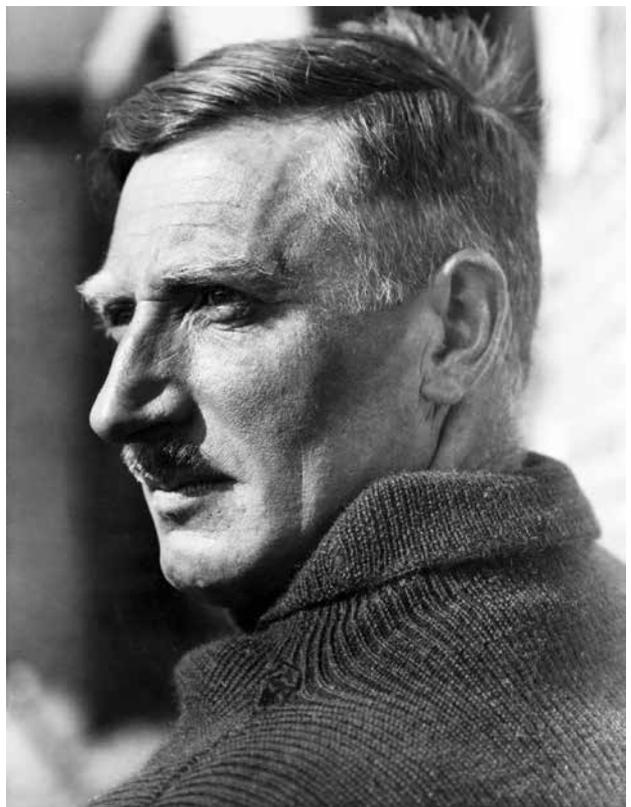
▲ Hans Retzlaff: Geestbäuerin in Arbeits-
tracht, Sittensen, Kr. Bremervörde, Niedersach-
sen, 1930er Jahre (Ludwig-Uhland-Institut für
Empirische Kulturwissenschaft, Tübingen)



▲ Hans Retzlaff: Schwarzwaldbauer aus dem
Föhrental, Kreis Waldskirch, beim Wetzen der
Sense, 1930er Jahre (Ludwig-Uhland-Institut
für Empirische Kulturwissenschaft, Tübingen)



▲ Erich Retzlaff: Müller aus Hessen, 1931
(Aus dem Besitz der Familie Erich Retzlaffs)



▲ Erich Retzlaff: Halligbauer, 1930
(Aus dem Besitz der Familie Erich Retzlaffs)

dieses Vorstoßes wurden, zeitgenössische Medien für den Dienst am Staate nutzbar zu machen. Ihre Rolle war exemplarisch für eine ästhetische und metaphysische Antwort der Photographie auf ein wahrgenommenes »Rassenschicksal«. Die Arbeiten dieser Photographen wurden zu einer Art machtvoller Übersetzungspropaganda. Die hier behandelten spezifischen Werke waren äußerst kunstfertig angefertigt und kontextualisiert, um »konsumiert« zu werden und dabei der Freude und Identifikation zu dienen. Ebenso entscheidend ist die Tatsache, daß ihre Arbeiten gewöhnlich nicht explizit ideologisch ausgerichtet waren (also oftmals keine Fahnen, Flaggen, Abzeichen oder Uniformen enthielten), aber implizit eine Ideologie transportierten. Der gewünschte Betrachter konnte diese »lesbaren« Photographien prüfen und seinen persönlichen Ort in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft mit ihrer Sehnsucht nach rassischer Homogenität und einer festgefügteten, traditionellen Hierarchie der Befähigungen erkennen.

Diese drei verhältnismäßig wenig bekannten Photographen bevorzugten ähnliche Themen und zeigen in hohem Maße ähnliche Motive und Zugangsweisen, insofern ihre Arbeiten am weitverbreiteten visuellen Narrativ einer nationalsozialistischen Romantisierung des Landbewohners und der Heimat teilhaben. Im Deutschland der Zwischenkriegszeit praktizierten diese drei Zeitgenossen eine Art von Photographie, die eine Reaktion auf eine Reihe kultureller und politischer Umstände darstellte. Andere Photographinnen und Photographen, die auf diese Weise arbeiteten, waren Erna Lendvai-Dircksen, Otto Kolar, Hemke-Winterer, Anna Koppitz, Friedrich Franz Bauer sowie viele weitere Berufs- und Amateurphotographen. Wie die hier untersuchten Photographen sind die meisten von ihnen längst in Vergessenheit geraten, und ihre Sammlungen sind entweder während des Krieges zerstört oder in alle Himmelsrichtungen verstreut worden.

Als freischaffende kreative Photographen waren sie von den Strömungen der Moderne und den Moden ihrer Zeit in Kunst und Photographie wie dem sogenannten Neuen Sehen beeinflusst. Dieser Terminus war in den 1920er Jahren aufgekommen und bezeichnete, neben Begriffen wie »Neue Sachlichkeit«, die neue Photographie, die danach strebte, die Kamera als Erweiterung des Auges zu feiern, und sich oft einer Schärfe des Blicks, ungewöhnlicher Kameraperspektiven und dramatischer Beleuchtungseffekte bediente. Obwohl diese Begriffe sich nicht unbedingt ausschließen, ist der Terminus »Neues Sehen« geeignet, um den direkteren Ansatz, dem sich diese Photographen angepaßt haben, zu charakterisieren; er stand in deutlichem Gegensatz zu dem bislang modischen und im frühen 20. Jahrhundert so beliebten Piktoralismus mit seinem (häufigen) Mangel an einer fokussierten Linseneinstellung, seinem Verzicht auf Experimente bei der Entwicklung und seinen malerischen Bildmodifikationen.

Anders als viele Künstler, die Deutschland nach 1933 verließen, widmeten diese Photographen ihre Arbeit der Darstellung der Nation, der Suche nach dem Althergebrachten und letztlich einem Streben nach der deutschen »Rassenseele«. Sie schufen Bilder, die stilistische Annäherungen im Sinne des Avantgardismus mit »Blut- und Boden«-Ideologien sowie einer Sensibilität verbanden, die ihren Gegenstand als gesund und lebenskräftig darstellte; oft von einem romantischen Mystizismus sowie einer Nähe zur Erde, zur Scholle der Ahnen, erfüllt.

Dennoch treten diese Photographen in den verschiedenen Darstellungen der Geschichte der Photographie nicht besonders hervor. Wie so viele Photographen, die dieses Arbeitsgebiet seit der »Erfindung« der Photographie im Jahre 1839 bevölkern, blieben sie allenfalls eine Fußnote. Dies liegt zum Teil daran, daß die Geschichte dieses Mediums (mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen) von einer relativ kleinen Zahl einflußreicher Medienhistoriker, die »den Kanon« definierten, in der angelsächsischen Welt ausgeformt wurde.

Ebenso ergibt es sich aus der Tatsache, daß die Geschichte insbesondere der deutschen Photographie der Vorkriegszeit stark auf jene Photographen verengt wurde, die den Nationalsozialismus ablehnten und eine internationalistische Version der photographischen Moderne favorisierten, was die Annahme implizierte, daß Photographen, die dem Nationalsozialismus anhängen, irgendwie »antimodern«, unbegabt und grundsätzlich zu verabscheuen seien. Die Grundhaltung der Photographiegeschichte bestand also darin, hinsichtlich der Zeit vor und nach 1933 zu untersuchen, was künstlerisch ambitionierte Photographen, die Deutschland verließen, taten oder was sie, falls sie blieben und sich, wie August Sander (1876–1964), der Zensur unterwerfen mußten, nicht mehr tun durften. Literatur über kreative oder künstlerische Photographie in Deutschland während des Dritten Reiches, insbesondere von Autoren, die das Regime unterstützten oder zumindest tolerierten, bleibt bemerkenswert selten und behandelt, sofern es sie überhaupt gibt, Photographen, die im Nationalsozialismus erfolgreich waren, fast ausschließlich negativ.

Um ein möglichst gründliches Verständnis zu gewinnen, wurde das Werk dieser drei Photographen durch die Linse methodologischer Empathie betrachtet, d.h. im Sinne eines grundlegenden Ansatzes der Feldforschung mit dem Ziel, ein Verhalten so zu verstehen, wie es von den untersuchten Rezipienten wahrgenommen wird.

Das vorliegende Projekt markiert einen Anfang, und es besteht die Hoffnung, daß weitere Arbeiten folgen werden, in denen diese photographischen Bestände objektiv geprüft, entschlüsselt und zugleich als ästhetische Gegenstände innerhalb des Kanons der Photographie des zwanzigsten Jahrhunderts gewürdigt werden können. ■

Volksverhetzung

von Manfred Kleine-Hartlage

Kein rechter Publizist hat die fadenscheinigen, lücken- oder lügenhaften Begrifflichkeiten der Zivilgesellschaft genauer und luzider definiert als der Publizist und Politikwissenschaftler Manfred Kleine-Hartlage. Nachfolgend zwei Einträge aus seinem Standardwerk Die Sprache der BRD, an dessen erweiterter Neuauflage er derzeit arbeitet.

VOLKSVERHETZUNG – Der Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB) erfaßt bestimmte Äußerungen mit politischem Bezug. Für einen demokratischen Rechtsstaat sollte es sich von selbst verstehen, sich bei der Bestrafung politischer Äußerungen Zurückhaltung aufzuerlegen, zum einen wegen der erheblichen Abgrenzungsprobleme – wo hört die Kritik auf, wo beginnt die »Verhetzung«? –, zum anderen, weil jeder Meinungsparagraph potentielle Handhaben liefert, völlig legitime, der Regierung aber mißliebige Opposition mundtot zu machen.

Das deutsche Kaiserreich, das wir uns als den Inbegriff eines undemokratischen Obrigkeitsstaates vorstellen sollen, führte den § 130 1872 ein. Bestraft wurde die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten (und nur dies!) gegen eine Klasse. Die Regelung bestand damals aus 33 Worten. Dabei blieb es 88 Jahre lang.

Die Adenauer-Republik, die uns als miefiges, reaktionäres Restaurationsregime verkauft wird, unter dem man kaum atmen konnte, änderte den Paragraphen 1960, kam aber immer noch mit 60 Worten aus. Bestraft wurde nunmehr allerdings auch, wer »zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet«. Diese Regelung hielt nur noch 34 Jahre.

Unberücksichtigt ist dabei jene winzige Änderung, die die sozialliberale Koalition, jene legendäre Bannerträgerin einer liberalen, nicht-obrigkeitsstaatlichen Strafrechtsreform, 1975 einführte: Damals wurde die Möglichkeit abgeschafft, auf Geldstrafe zu erkennen, Freiheitsstrafe mithin zwingend vorgeschrieben.

Die wiedervereinigte BRD, in die sich 17 Millionen Deutsche mitsamt ihrer DDR geflüchtet hatten in der Hoffnung, von staatlicher Mei-

nungsgängelei frei zu werden, verschärfte den Volksverhetzungsparagraphen erneut, und zwar 1994. Mit der Neuregelung wurde das Verbot der sogenannten Holocaustleugnung eingeführt und zum ersten Mal in der Geschichte der modernen Demokratie ein bestimmtes Geschichtsbild unter Strafe gestellt. Außerdem wurde der Straftatbestand insofern ausgeweitet, als jeder, der nur irgendwie an der Verbreitung entsprechender Schriften beteiligt war, nunmehr ebenfalls belangt werden konnte. Folglich umfaßte die neue Regelung 290 Worte und war damit fast fünfmal länger als die von 1960.

Nach nur elf Jahren fand man auch diese Regelung nicht mehr scharf genug: Ab 2005 wurde »bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt« (§ 130 Abs. 4 StGB), und bereits auf den ersten Blick ist erkennbar, daß die mit jeder Neuregelung zunehmende Tendenz zum Gummiparagraphen auch hier fortgesetzt wurde:

Was genau verletzt zum Beispiel »die Würde der Opfer«? Welche Aspekte des nationalsozialistischen Regimes unterliegen einer Verurteilungspflicht? Nur die mehr oder minder diktatorischen oder auch die Autobahn? Nur die Autobahn oder auch die Müllabfuhr? Wo verläuft die Grenze zwischen historischer »Erklärung«, die notwendigerweise auch die Handlungsmotive der Akteure beleuchten muß, und »Rechtfertigung«?

Die BRD war in der Zwischenzeit unbestritten zum toleranzphrasenreichsten Staat avanciert, der jemals auf deutschem Boden existiert hat, dafür war sein Oppositionstotschlaggummiparagraph 130 mittlerweile bei einem Umfang von 342 Worten angekommen.

Diesmal ließ die nächste Verschärfung nur noch sechs Jahre auf sich warten. 2011 trat, und zwar zum Zwecke der »strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« bzw. zur »Kriminalisierung mittels Computersystemen begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art« eine Neuregelung in Kraft, die bereits keine nationale Re-

gelung mehr war, sondern auf der Basis von EU-Beschlüssen und Europaratsabkommen erfolgte. Von nun an war der Tatbestand der Volksverhetzung nicht mehr, wie bisher, erst dann erfüllt, wenn eine ganze Gruppe »beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet« oder zum Gegenstand von Haß- und Gewaltaufrufen wurde; es genügte bereits, wenn ein Einzeler wegen seiner Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe davon betroffen war.

Der Rechtsschutz für den Betroffenen wurde dadurch nicht verbessert, denn selbstredend war es schon zuvor als Beleidigung strafbar, jemanden zum Beispiel »Scheißtürke« zu nennen.

Volksverhetzung ist aber im Unterschied zu Beleidigung ein Officialdelikt, d.h. der konkret Betroffene muß sich selbst gar nicht beleidigt fühlen, und er muß auch kein eigenes Interesse an der Strafverfolgung haben. Es genügt, daß irgendwer die Beleidigung hört und daraufhin Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft muß dann ermitteln und gegebenenfalls anklagen. Beleidigung wird mit bis zu einem Jahr Haft geahndet, Volksverhetzung dagegen mit bis zu fünf Jahren. Es geht schlicht um Meinungszensur, verbunden mit einer Aufforderung an Denunzianten. Man wundert sich geradezu, daß nicht noch Belohnungen für »sachdienliche Hinweise« ausgesetzt werden.

Es erübrigt sich beinahe schon, darauf hinzuweisen, daß »Scheißtürke« als Volksverhetzung strafbar ist, »Scheißdeutscher« aber nur als Beleidigung.

Ganz nebenbei sei noch erwähnt, daß das Bundesjustizministerium (damals unter Führung einer Ministerin aus der liberalsten Partei, die je auf deutschem Boden existierte) dem Verfasser gegenüber noch wenige Monate vor der Gesetzesänderung leugnete, eine solche Änderung zu planen (obwohl die Bundesregierung sich längst dazu verpflichtet hatte) und die Vorlage ohne große öffentliche Aufmerksamkeit durch das Parlament peitschte.

In seiner aktuellen Fassung ist der § 130 StGB nunmehr bei der stolzen Anzahl von 388 Worten angekommen. Die Textlänge des Volksverhetzungsparagraphen korreliert direkt mit dem mutwillig politisch herbeigeführten Wachstum nichtdeutscher Bevölkerungsgruppen.

Angesichts dieses Sachverhalts und der folglich immer schneller aufeinander folgenden Verschärfungen fragt man sich nur noch, wann die nächste fällig ist.

BEVÖLKERUNG – Dem Wortsinne nach ist eine Bevölkerung keine Personengesamtheit, sondern ein *Vorgang*, nämlich der des *Bevölkerens*, und es liegt eine gewisse subtile Logik darin, daß der altherwürdige Begriff »Volk« gerade in dem Moment aus der politischen Sprache der BRD verschwindet, in dem Deutschland, wie alle anderen Länder des Westens, von Menschen *bevölkert* wird, die bzw. deren Vorfahren aus ganz anderen Weltgegenden stammen.

Daß der Begriff des *Volkes* eine besondere Sprengkraft hat, mußten zuletzt die Machthaber

der DDR erfahren, die unter der Parole »Wir sind das Volk!« gestürzt wurden. Offenbar haben ihre Nachfolger in der BRD kein Interesse daran, diese Erfahrung zu teilen, und offenbar haben sie ein feines Gespür für das, was sie ideologisch stets abstreiten, nämlich daß ein Volk eine *Solidargemeinschaft* ist, die nur deswegen, *weil* das so ist, kollektiv handeln und gegebenenfalls auch Machthaber stürzen kann. Kein Volk – keine Solidarität. Keine Solidarität – keine Gefahr.

Als der nordrhein-westfälische Landtag 2010 in einer Resolution befürwortete, Ministern in Zukunft keinen Eid auf »das Wohl des deutschen Volkes« mehr abzunehmen, und dies ausdrücklich damit begründete, andernfalls würden Migranten ausgegrenzt, gaben die Abgeordneten damit zu, daß Migranten nach ihrer Auffassung per definitionem nicht zum deutschen Volk gehören und daß sie, die Politiker, das Ziel, Einwanderer ins deutsche Volk zu integrieren, aufgegeben hatten, sofern es überhaupt je verfolgt worden war. Was die politische Klasse der BRD freilich keineswegs daran hindert, immer mehr dieser Einwanderer, von denen sie zugibt, daß sie nicht integriert werden können oder sollen, ins Land zu holen. »Integration«: Das bedeutet entweder die Aufnahme der Einwanderer in ein *integres* Ganzes, nämlich das deutsche Volk, oder es bedeutet überhaupt nichts. Integration soll nicht stattfinden, und einem *Volk* will die politische Klasse der BRD sich nicht mehr gegenübersehen, mit ihm will sie nichts mehr zu tun haben.

Da die BRD aber den Anspruch erhebt, ein demokratisches Staatswesen (von *demos* = Volk) zu sein, gerät besagte politische Klasse in eine gewisse Verlegenheit: Sie kann zwar im Sinne eines kalten Staatsstreichs Fakten schaffen, indem sie den Rat umsetzt, den Bertolt Brecht nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 der SED-Regierung gab, nämlich das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen. Sie kann aber nicht *zugeben*, daß sie das tut. Sie ist darauf angewiesen, die Demokratie wenigstens als Fiktion aufrechtzuerhalten. Sie braucht das Wort »Volk«, aber weil dieses Wort so gefährlich ist wie das, wofür es steht, läßt sie es von einem Wachkommando aus einer Vor- und zwei Nachsilben eskortieren: Fertig ist die »Bevölkerung«.

Daß sie mit einem derart plumpen Manöver allerdings durchkommt, wäre kaum zu erklären, wenn die BRD nicht schon seit 1949 eine Art Demokratiesimulation wäre: eine »Demokratie«, deren Repräsentanten finden, das Volk habe sich *ihres* Vertrauens als würdig zu erweisen, welches Volk sich aber gleichwohl als »Souverän« umschmeichelt sieht, und die sich in den gut sechzig Jahren ihres Bestehens den ihr gemäßen Bürgertyp herangezogen hat, nämlich den Demokratiesimulanten.

Wer dies nicht glauben möchte, stelle sich einen Moment lang den Galgen vor, an dem amerikanische Politiker hängen würden, wenn sie es wagten, die amerikanische Verfassung nicht mehr mit »We the People«, sondern mit »We the Population« einzuleiten. ■

Die Herrschaft des Volkes – ein Sammelband

von Jörg Seidel

Acht bedeutende Denker, vier allgemein gehaltene und vier spezifische Beiträge über die Zukunft der Demokratie erwarten den Leser. Die Lage ist ernst, die Stimmung kritisch, das Argumentationsniveau hoch.

Im einleitenden Beitrag zieht Friedrich Wilhelm Graf einen dreifachen, jeweils bipolaren Spannungsbogen auf, der zum einen den Begriff der Demokratie thematisiert, zum zweiten die Frage der demokratischen Partizipation von Habermas' äußerst voraussetzungsreicher utopistischer »herrschaftsfreier Kommunikation« bis zu Brennans empirisch gestützter Einsicht, daß moderne Bürger selten demokratiefähig seien, problematisiert, und schließlich, drittens, die Differenz zwischen liberalen und Wertintegrationstheorien aufzeigt und die Wesensfragen beider Denkansätze stellt. Letzteres ist auf geringem Raum exemplarisch gelungen.

Schon die Lektüre des Eingangsbeitrages rechtfertigt das Buch. »Vom Schwinden der Demokratie« von Horst Dreier ist ein eminenter, überblicksartiger, wohlstrukturierter Text über die Zerfallerscheinungen der westlichen Demokratie. Dreier beschreibt die konstitutionellen Elemente einer verfassungsstaatlichen Demokratie und trennt dabei zwischen Objekt (Staatsverfassung), Subjekt (Volk) und Modus (Repräsentation und Responsivität). Bereits in dieser idealtypischen Beschreibung werden die Diskrepanzen zur politischen und verfassungsrechtlichen Realität sichtbar. In der folgenden Diagnose der Erosionstendenzen läßt er es an Deutlichkeit nicht mangeln. Er beschreibt A) die intrinsischen Probleme der Abwanderungsprozesse von Staatsmachtbefugnissen in andere Bereiche, der Europäisierung und Internationalisierung, die freilich als objektive Prozesse begriffen werden, sowie der Privatisierung; B) die Folgen für das Staatsvolk in Form von »Inkongruenz von Autoren- und Adressatenvolk« (»eine Schere zwischen dem Staatsvolk, das die Staatsgewalt legitimiert, und den Betroffenen, die dieser Staatsgewalt unterworfen sind«, sprich: Ausländer), sinkender Wahlbeteiligung, der Fünfprozent-Klausel, und schließlich C) den schleichenden Prozeß der Entparlamentarisierung etwa durch »Gesetzesoutsourcing«, Mißachtung des Gesetzesvorranges durch die Politik

und die Vernachlässigung der Forumsfunktion des Parlaments. Dabei scheinen die multiplen Gesetzesbrüche der Regierung Merkel immer wieder durch, wobei die Frage der Grenzöffnung noch nicht einmal erwähnt wird. Die abschließenden Handlungsoptionen bleiben zwar recht allgemein – immerhin hält er die »Umwandlung der EU in ein parlamentarisches System« wegen mangelnder »Responsivität« und dem »Austauschprozeß zwischen Repräsentanten und Repräsentierten«, für wenig zielführend –, formen vor dem aktuell-politischen Hintergrund dennoch genügend deutliche Konturen.

Auch Herfried Münkler sieht in seinem nachdenkenswertem Beitrag die Gefahr eines neuen Dritten zwischen den klassischen Polen Elite und Masse. Die Existenz dieser Think Tanks, Experten, Gemeinwohlunternehmer und NGOs gefährde die Demokratie und sei ursächlich für das Aufkommen von linkem und rechtem Populismus. Diese sei jedoch komplex und die populistische Annahme, »eine Rückkehr zur Omnikompetenzunterstellung der klassischen Demokratie sei ohne weiteres möglich«, sei falsch. Bei Münkler läßt sich nachvollziehen, was einige Kritiker des Populismus mit der Formel, er habe nur einfache Lösungen und Parolen, eigentlich meinen. Der Bürger müsse demnach wieder kompetent gemacht werden und das sei ohne Reflexion statt reiner Information, ohne »kluge Arrangements von Verkleinern und Vergrößern, Beschleunigen und Entschleunigen«, nicht möglich. Andernfalls drohe die »Letzterevaluierung der politischen Ordnung«, sprich deren Zerfall. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt unter der Ägide des Fortschritts als hegemoniale Idee verleite zu dem Irrglauben an eine lineare Parallelität mit der Demokratieentwicklung. Wir befinden uns gerade in der prekären Situation, daß diese Annahme sich nicht mit der politischen Realität deckt.

In der Problemdiagnose sind sich Münkler und Egon Flaig, dessen zentraler Essay nun folgt, noch einig, die Unterschiede in den Schlußfolgerungen könnten gravierender nicht sein, auch weil Flaig die Migration explizit ins Problembild aufnimmt. Flaig sieht eine intrinsische und eine extrinsisch verursachte Fragmentierung der Gesellschaft. Dies führe zu einem »schrumpfenden

Raum für dissentisches Entscheiden«, geltende Vereinbarungen also, die gegensätzliche Meinungen und Haltungen befrieden unter dem apriorischen Vorbehalt des gemeinsamen Gemeinwohlgedankens. Diese beruhen auf dem historischen Ausnahmefall der Mehrheitsentscheidung, die für die Demokratie konstitutiv sei. Dabei will er zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft unterschieden wissen: »Gesellschaften beruhen auf dem Tausch, Gemeinschaften auf dem Opfer«. Frankfurter Schule und Systemtheorie haben »das Opfer aus dem politischen Denken exorziert«. Entscheidend sei zudem das ausgewogene Spiel zwischen Heterogenität und Homogenität, wobei diese Begriffe in modernen Diskursen z. T. spiegelbildlich verkehrt genutzt werden. Pluralität ist entscheidend für eine funktionierende Demokratie, allerdings nur die Pluralität der Meinungen und nicht die der Interessen. Homogenität müsse es dagegen in einem »nicht-kontroversen Sektor der politischen Kultur geben« und dieser bestehe aus »gemeinsamer Sprache, Kulturbewußtsein, Tradition, Abstammung, Verfassungsvorstellungen, Übereinstimmung im ökonomischen Verhalten, eingeschliffene Verhaltensweisen im politischen Alltag.« Zudem bedarf es eines »reflektierten consensus«, der »Verfahrens- und Verhaltensregeln, ein Set von politischen und sozialen Prinzipien« umfasse, wie etwa: »Volkssouveränität, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, traditionelle Freiheitsrechte, Überparteilichkeit der Justiz«.

Flaig faßt den Zwischengewinn zusammen: »Es kann keine Zusammengehörigkeit geben ohne ein Wir-Bewußtsein, das von starken Kohäsionsfaktoren gestützt wird. Nur ein ausreichender Wertekonsens zwischen den Bürgern garantiert, daß die Zusammengehörigkeit auch dann belastbar ist, wenn sie über längere Zeit allen Opfern abverlangt. ... Es gibt keine Demokratie ohne kontinuierlichen und regulierten Gebrauch des Mehrheitsprinzips in den verfassungsgemäßen Organen. Es gibt keine zuverlässige Geltung des Mehrheitsprinzips ohne den Begriff des Gemeinwohls. Es gibt kein Gemeinwohl ohne Gemeinschaft, für welche die Bürger bereit sind, Opfer zu bringen; es gibt keine solche Opferbereitschaft ohne Kohäsion der Bürger.«

Wer diese tragenden Teile des politischen Lebens eliminiert, wie das der »grenzenlose Globalismus« mache, der verzichte auf den Demos und ersetze ihn mit einer »amorphen globalisierten Masse«. Diese kontrollieren zu können, erfordere einen »gewaltigen Zwangsapparat« – so führt die totale Befreiung in ihr Gegenteil.

Einen wesentlichen Faktor des Kohäsionsverlustes der westlichen Demokratien sieht Flaig in der Zuwanderung insbesondere von Muslimen. Nicht der Islam sei das eigentliche Problem, sondern die Scharia. »Politische Kohäsion verträgt sich mit sozialer Ungleichheit unter den Staatsbürgern, sogar mit großer; aber sie verträgt sich nicht mit deutlicher Divergenz in Wertefragen«. Flaig macht zwei Notwendigkeiten aus: die »Idee des weltanschaulich neutralen Staates« sei zu verabschieden und die Bürger Eu-

ropas brauchten ein gemeinsames Geschichtsbild. Die Notwendigkeit des ersten Punktes, der an den Grundfesten rüttelt, ergebe sich aus der zunehmenden Dominanz der »Theonomie«, die die westliche »Anthroponomie« zu ersetzen drohe. Dies sei möglich, da »religiöse Neutralität [...] keine Konstitutionsbedingung« der Demokratie sei, die Anthroponomie allerdings ganz entschieden. Sie könne damit auch wesentlich mehr gewinnen, als sie verlöre, denn »jede Kultur basiert vor allem auf der Kommunikation und der Interaktion zwischen den Generationen, und jede verdankt den vorangegangenen Generationen unendlich viel mehr als dem interkulturellen Austausch mit den Nachbarn«. Flaig mahnt in aller Dringlichkeit: »An dieser Stelle droht der westlichen Kultur eine existentielle Gefahr, nämlich der geistige Abbruch.« Dieser Text hat nahezu einen Manifestcharakter.

Peter Sloterdijk greift in seiner Analyse, die sich dem seltsamen Paradox, daß »ein solid etabliertes Staatswesen ohne nennenswerte äußere Bedrohung« in existenzgefährdende Krisen fallen könne, widmet, auf früher erarbeitetes Vokabular zurück. Er sieht die Demokratie durch eine Pseudologie/Pseudonymie gefährdet, einer wesenhaften Differenz zwischen Wörtern und Tatsachen. Dabei haften der Demokratie von Beginn an pseudonyme Elemente an, aber in gegenwärtigen Zeiten treten sie besonders zu Tage. Der Begriff der »Demokratie« kaschiere nämlich vier realpolitische Figuren der Machtausübung, die er Oligokratie, Fiskokratie, Mobokratie und Phobokratie nennt. Sie alle sind konstitutiver Bestandteil moderner Demokratie, arbeiten zugleich aber an deren Zersetzung. Zwar trage die Demokratie das Volk im Namen, tatsächlich aber besteht sie von Beginn an »aus den Wenigen (*hoi oligoi*) und den Vielen (*hoi polloi*)« und selbstverständlich herrschen die ersten mit einer »Art Mystik der Repräsentation« über die zweiten. Das meint das Abgeordnetensystem, daß den Willen vieler in wenige Personen zu kondensieren vorgibt, damit jedoch überfordert ist. Einerseits profitieren die Wenigen durch Entlastung von diesem System, andererseits wird der Vorsprung der *oligoi* vor den *polloi* immer größer.

Nicht wer über den Ausnahmezustand herrsche, sei der Souverän, sondern wer in der Lage ist, »die Renitenz der Staatsangehörigen gegen die Zumutung der Steuern zu domestizieren«, also über den Fiskus herrscht. Wird das fiskalische System zu undurchsichtig oder ungerecht, kann es die Demokratie bedrohen. Allerdings sieht Sloterdijk diese Bedrohung eher im Zwang gegenüber einer »einkommens- und konsumintensiven Minderheit«.

Das mobokratische Element basiert auf der Tatsache, »daß das Volk, das die Demokratie legitimiert, seit jeher ein trübes Element mit sich führt.« Ermächtigungsverfahren werden von Gruppen getragen, die nur durch »ihre emotionale Mobilisierbarkeit« qualifiziert sind. Es entstehe eine »maligne Form von Positivismus, dem zufolge die förmliche Gleichheit vor dem Wahlrecht zugleich die substantielle Gleichheit

vor dem Urteilsvermögen bedeute«. Es gibt auch eine despotische Form der Mobokratie, die den Despoten dazu zwingt, formal demokratische Institutionen, »Parodien der Demokratie durch plebiszitäre Diktaturen«, vorzuschalten, und diese sind in der heutigen Welt numerisch in der Überzahl.

Das phobokratische Element tritt seit 9/11 besonders deutlich hervor. Terror, der die Politik der westlichen Welt bestimmt, sei jedoch nichts anderes als eine vor allem mediale Verstärkung eines unendlich unterlegenen Feindes.

Sloterdijks Text ist wie ein Palimpsest angelegt. An der Oberfläche bedient er durch verschiedene Distanzierungsübungen zu »Populismen« konforme, politisch korrekte Positionen, doch weisen die Zeilen auf eine tiefere Schicht hin. Dort werden die totalitären Gründe des real-demokratischen Liberalismus, vor allem in der aktuell-politischen Ausformung, subtil benannt, kritisiert und analysiert.

Nach diesen vier grundlegenden Beiträgen folgen vier spezifische. Der amerikanische Politologe Thomas L. Pangle stellt in bemerkenswert konziser Form die auch partiell demokratiegefährdenden Idiosynkrasien und Paradoxien der US-amerikanischen »liberal-demokratischen staatsbürgerlichen Kultur«, sprich des demokratischen Systems dar und legt dabei den Schwerpunkt auf die Alleinstellungsmerkmale der besonderen Rolle der Religion, der spezifischen Formen der Einwanderung, der ganz speziellen Verfassung der Gründerväter, dem »antagonistischen Zweiparteiensystem« und dem amerikanischen Exzeptionalismus. Das hochkomplexe politische System wird sichtbar, die fragwürdigen Ereignisse der letzten Dekaden erklärbar und eine Prognose wagt Pangle auch.

»Raum kennt Gedächtnis«, eine *longue durée* letaler Tiefenschichten des Vergangenen«, meint Dan Diner und versucht diese These sowohl geopolitisch als auch aktuellpolitisch an den Beispielen Syrien und Ägypten darzulegen. Das Spannungsverhältnis zwischen »Bedeutung, Geltung und Wirkung der Volkssouveränität und die Frage nach der Legitimität der Herrschaft« steht dabei im besonderen Fokus. Wie schnell der »Grundsatz der Volkssouveränität« implodieren kann, haben beide Staaten auf unterschiedliche Art und Weise bewiesen. Am Beispiel Syrien wird geltend gemacht: »Die Abstraktion des Volkes, der Demos, zerfällt in empirisch-konkrete, dort: in seine ethno-religiösen, in seine konfessionellen Bestandteile« und: »So gilt es anzuerkennen, daß in ethnisch und religiös zerklüfteten Gemeinwesen ein dem Prinzip des Mehrheitsentscheids zugrundeliegendes de-

mokratisches Procedere dazu neigt, im Extremfall eine zerstörerische, eine das Staatsgefüge zersprengende Wirkung zu entfalten.« Ägypten wiederum steht unter der Spannung von Gottesrecht (Scharia) versus Menschenrechte – »wieviel an Souveränität des Volkes war zu erwirken, wieviel an Souveränität Gottes war zu ertragen«. Dabei spiele einerseits das Militär, andererseits die »religionspolitisch subversive« digitale Kommunikationstechnik eine entscheidende Rolle auch für die nahe Zukunft.

Globalisierung verlangt internationale Zusammenarbeit, das ist offensichtlich. Sabino Cassese denkt weiter und entwirft in einer großen Utopie die Notwendigkeit und Probleme einer globalen Demokratie. Dies ist ein ob seiner utopistischen Verve und Gigantomanie negativ instruktiver Beitrag, der die Stellungen der politischen Konkurrenz bis zur Kenntlichkeit entstellt.

Ein Kontrastprogramm zum EU-Utopismus und eine erneute Hebung auf das exzellente Durchschnittsniveau dieser Sammlung stellt Dietrich Murswicks abschließender Beitrag dar, der sich mit den vielfältigen Legitimationsproblemen der »Mehrebenen-

demokratie in Europa« befaßt. Das Resultat ist ernüchternd: »Die EU entzieht ihren Mitgliedsstaaten demokratische Substanz, während sie selbst nur unvollkommen demokratisch legitimiert ist«, und das auf allen institutionellen Ebenen: Kommission, Rat, Parlament, EZB und Gerichtshof. Zudem mangelt es ihr an einem klar umrissenen Legitimationssubjekt, zumindest ist man sich nicht einig darüber, ob die Staatsvölker oder das Unionsvolk als solches dienen könne. Auf allen Ebenen wird mangelnde Responsivität und Transparenz beklagt. Murswiek schlägt Lösungsansätze vor, die freilich nur dann sinnvoll sein können, wenn »ein Wechsel der Politik durch Wahlen und eine Korrektur der einmal eingeschlagenen Richtung aufgrund der Wahlergebnisse möglich« ist, denn »Prinzipielle Reversibilität politischer Beschlüsse gehört zum Wesen der Demokratie«. Allerdings verbreiten die »Enthusiasten der europäischen Integration« gerade die Haltung der »Unumkehrbarkeit«, die nicht nur eklatant undemokratisch ist, sondern auch für den Bestand der EU gefährlich werden kann.

»Die Zukunft der Demokratie« – sie scheint, wenn man die Analysen dieser eminenten Köpfe liest, eher düster zu sein; ihre inneren Widersprüche befinden sich in Akzeleration, sie werden durch die gleichzeitige Zunahme an inneren, äußeren, strukturellen und psychologischen Problemkomplexen kaum besser als in der Vergangenheit zu lösen sein. Es drängt die Zeit, doch Zeit haben wir keine mehr. ■



Institut für Staatspolitik – Studien



Thor v. Waldstein
Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?

30 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 34, Schnellroda 2017

Das Bundesverfassungsgericht entwickelt in seiner neueren Rechtsprechung ein atomistisches, die Existenz eines Volkes leugnendes Menschenbild. Damit paßt sich Karlsruhe auf juristischer Ebene einer seit Jahrzehnten herrschenden Politik an, deren wesentliches Kennzeichen es ist, die Rechte des einzelnen gegen die Rechte der Gemeinschaft künstlich in Stellung zu bringen, was am Ende zu einer Auflösung aller Strukturen und Institutionen führt, in denen der Mensch Halt finden konnte (Ehe, Familie, Stamm, Volk usw.). Diese Rechtsprechung ist indes weder mit Entstehungsgeschichte, Geist und Buchstabe des Grundgesetzes noch mit der bisherigen Judikatur des Bundesverfassungsgerichts in Übereinstimmung zu bringen.

Josef Schüßlburner
**»Verfassungsschutz«: Der Extremismus
der politischen Mitte**

62 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 30, Schnellroda 2016

Der Verwirklichung einer »normalen Demokratie« in der Bundesrepublik Deutschland, die man daran erkennt, daß sie rechte Parteien und Gruppierungen in der gleichen Weise akzeptiert wie linke Gruppierungen oder solche der »Mitte«, steht der »Verfassungsschutz« entgegen. Wer eine »liberale Demokratie des Westens« in der Bundesrepublik Deutschland will, muß die den »Verfassungsschutz« tragende Konzeption zu überwinden suchen. Es gilt, dem Extremismus der Mitte entgegenzutreten: Die Bundesrepublik Deutschland muß endlich eine normale Demokratie werden!



Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel: (034632) 904396 · Fax: (034632) 904397
www.staatspolitik.de

Halblut

Sergej Lebedew: *Kronos' Kinder. Roman.* Aus dem Russischen von Franziska Zwerg, Frankfurt a. M.: Fischer 2018. 380 S, 24 €

Oft sind es interessante Rezensionen oder Verlagsankündigungen, die mich zu einem bestimmten Buch greifen lassen. Hier war es anders: Titel und Titelgestaltung (ein mechanisches Uhrenwerk, Gerald Murphy, 1925) sowie die ersten Sätze zogen mich an: »Der Laut von Wasser, das steil in die Regentonne stürzt, die am Haus steht. Die umgekehrte Fontäne schlägt auf den Boden der Tonne. Am Vortag geangelte Karuschen, winzig wie eine Kinderfaust, schwimmen besinnungslos hin und her. Gelber Schaum von Blütenpollen kreist im Wasser, rosa Apfelblüten, schwarzbraunes Laub vom Vorjahr und verschrumpelte Äpfel mit Fäulnisflecken – der Sturzregen hat sie aus der Regenrinne gepresst.« Der Autor Sergej Lebedew, geboren 1981 in Moskau, heute in Berlin lebend, entstammt einer Geologenfamilie. Schichten abzutragen, Sedimente zu untersuchen war Familienhandwerk, auch für den kleinen Sergej, der als Kind nach Mineralien suchte, dabei Überreste eines GULAG fand und später Journalist und Schriftsteller wurde. Novalis alias Friedrich von Hardenberg hatte eine ähnliche Vita aufzuweisen, eine so hochgegriffene wie erstaunliche Parallele. Lebedew, der hier zu gewissen Teilen seine eigene Familiengeschichte erzählt, ist ein echter Poet! Und Franziska Zwerg eine kongeniale Übersetzerin – Übertragungen aus dem Russischen (so, daß sie der deutsche Leser goutieren kann!) sind eine hohe Kunst. Der Protagonist dieser Geschichte hier ist Kirill, ein Historiker. Kurz vor dem Tod seiner Großmutter Lina Wesnanskaja erfährt er, daß sie eigentlich anders hieß: Karoline Schwerdt. Eine Deutsche! In einem Interview erzählte Lebedew, daß er oft »Krieg« spielte in seinen Kinderjahren. Niemand wollte zu denen gezählt werden, die »die Deutschen« verkörpern. Im Roman ist es ein betrunkenener Nachbar, der einen aggressiven Gänserich tötet, weil er ihm im Suff für einen Deutschen hält. Der Ganter war »schlau und wendig«, »voll reiner, triumphierender Wut«, des Russen Bosheit hingegen »matt, verfault, wie eine Salzgurke vom Vorjahr«. Doch im Körper des Alten wohnte eine »zähe, klammernde Kraft«: »Deine Zeit ist um, Fritz!«, rief der trunkene Russe. Kirill, bis zu einem gewissen Zeitpunkt deutlich Lebedews Alter Ego, begibt sich auf Ahnenforschung. Seine



»Halblutnatur«, so ahnt er, gibt ihm einige Freiheiten bei dieser Suche. »Kirill dachte, er müsse sich zunächst um sein eigenes Leben kümmern, unabhängig werden.« Er schrieb eine Dissertation über Wlassows Russische Befreiungsarmee, erwarb sich einen Namen, einen Ruf. Er wurde nach Amerika eingeladen zu einem Projekt über die Deportation von Juden im Russischen Imperium während des Ersten Weltkriegs. »Das war nicht sein Thema. Kirill hatte das Projekt am Rand seiner anderen Studien entworfen und abgeschickt, ohne besondere Hoffnungen, aber in vollem Bewusstsein über die konjunkturelle Überlegenheit seines Antrags.« Er darf nach Harvard übersiedeln. Eine Menge Geld winkt. Kurz vor Abreise sagt er ab, er will sich nicht mit Themen beschäftigen, die ihm »fremd, für ihn unnütz« sind. Kirill beschließt, einen Baum zu besteigen, seinen eigenen Stammbaum – »mit brüchigem Stamm, abgefallenen Ästen, fortgewehten Blättern.« Wir steigen ein mit dem Urrurgroßvater Thomas Schwerdt, der Arzt wird, ohne über das Talent seiner berühmten Lehrer zu verfügen. Dessen Sohn Balthasar heißt im echten Leben Julius Schweikert. Er wirkt als erklärter Gegner der neu aufgekommenen Homöopathie in Wittenberg, wird dann jäh zum Apostel der homöopathischen Lehre und tritt in die Dienste eines (wie sich herausstellt: despotischen) russischen Fürsten. Wir folgen nun den Spuren von Balthasar, von Arsenij, seinem Sohn, und dessen Kindern durch die Wirren des 20. Jahrhunderts. Wir erleben die stalinistischen Säuberungsaktionen (Deutscher zu sein gleicht einem Todesurteil), wir erleben die grausame Dezimierung der Baumäste während der Leningrader Blockade, wir leiden mit Kirill, dem von der Geschichte Heimgeholten, und seinen Ahnen in Zaryzin/Stalingrad/Wolgograd. Was war es, was die Schwerdts bewog, nach Rußland zu gehen und dort ihr Heil zu suchen? Inwiefern konnten sie ihrer blutsmäßigen Herkunft nicht entrinnen? Lebedew spricht von einer »besonderen Leidenschaft, die aus Illusionen erwächst.« Identitäten erscheinen hier nicht als konstruierte – sie haben ein strenges Eigenleben. Üblicherweise pflegt man angesichts eines derartig talentierten Geschichtenerzählers wie Lebedew nach »mehr!« zu lechzen. Hier verhält es sich so: Den nächsten »Lebedew« wird man sich unbedingt zulegen wollen – dennoch hätte eine Straffung *Kronos' Kindern* sehr wohlgetan. Vielleicht muß man Deutsche/r sein, um so zu empfinden. Trotzdem: eine große Entdeckung!

ELLEN KOSITZA ■

Jewgenia hieß jetzt Eugenie

Natascha Wodin: *Irgendwo in diesem Dunkel*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag 2018. 240 S., 20 €

Dieser Tage gilt es mitunter als Schamstück, wenn Leute sich »als Opfer inszenieren« – eine Redewendung, die dringend der je konkreten Überprüfung bedarf. Wann handelt es sich um echten Jammer, wann um Gejammer? Wann müssen wir konstatieren, daß einer über erlittenes Unrecht zu sprechen wagt, wann hingegen reitet einer auf modischen Mitleidwogen? Gibt es objektive Demütigung? Natascha Wodins (zurecht) preisgekrönter Bestseller *Sie kam aus Mariupol* (2016) dürfte gewiß zum Genre der Klageliteratur zählen. Darin deckte Wodin die Lebensspuren ihrer ukrainischen Mutter auf, die als Kriegsgefangene nach Deutschland gekommen war und sich in den fünfziger Jahren das Leben nahm. Wodin schrieb damals: »Die längste Zeit meines Lebens hatte ich gar nicht gewusst, dass ich ein Kind von Zwangsarbeitern bin. Niemand hatte es mir gesagt, nicht meine Eltern, nicht die deutsche Umwelt, in deren Erinnerungskultur das Massenphänomen der Zwangsarbeit nicht vorkam. Ich wusste nur, dass ich zu einer Art Menschenunrat gehörte, zu irgendeinem Kehricht, der vom Krieg übrig geblieben war.« Es stimmt: Daß Millionen sowjetischer Zwangsarbeiter in deutschen Lagern umgekommen sind, davon ist selten die Rede. Wodin vermutet bitter, daß es von der Geschichtsschreibung als unschicklich empfunden worden war, angesichts des Holocausts von ein paar Millionen Russen länger zu reden. Die Autorin, geboren im Dezember 1945, wuchs zunächst in einem Lager für Displaced Persons auf. Dann zog die Familie in »die Häuser«, eine Neubausiedlung nahe Nürnberg, die »den Russen« vorbehalten war. In ihrem neuen autobiographischen Roman geht sie den Spuren ihres Vaters nach. Wodins Sprache (sie war lange mit dem DDR-Schriftsteller Wolfgang Hilbig verheiratet) ist ungekünstelt und direkt, die Trias Bauch, Herz, Kopf ist ganz eins. Nach dem Freitod der Mutter muß der Vater, Jahrgang 1900, Verantwortung übernehmen für die beiden kleinen Mädchen. Bislang war er mit dem Don-Kosaken Chor auf Tourneen gewesen. Der Vater ist eine Qual, nie wirklich anwesend, und wenn, dann zudringlich. »Es war ein ständiges Fernweh, an dem ich litt, ähnlich dem Heimweh meiner Mutter, nur dass ich mich nicht nach der Ukraine sehnte, sondern nach dem Deutschland vor unserer Tür.« Das Mädchen gilt als »Russenlusch«, findet keinen Anschluß und reißt aus von zu Hause, wird Landstreicherin, hungert. Kein Abenteuer treibt sie, sondern die Sehnsucht nach Heimat. Einmal ereignet sich für die in jeder Hinsicht abgerissene Jungfer »ein Wunder, ein Märchen aus tausendundeiner Nacht«.



Ein persischer »Prinz«, Sproß des reichsten Teppichhändlers Teherans (die junge Frau glaubt es), freit am Bahnsteig um sie, verspricht ihr den Himmel auf Erden. Vorläufig könne sie es sich in seiner geräumigen Wohnung bequem machen ... Die erweist sich als Kaschemme, der Perser vergewaltigt sie. Kurz darauf erhält das Mädchen von einem gutherzigen Unternehmer eine einmalige Chance, einen echten Arbeitsplatz, auf dem es sich sogleich bewährt. Nur – als ledige Mutter? Die Schilderung der Abtreibung ist ergreifend. Das ganze Buch ist es.

ELLEN KOSITZA ■

Wir Schöpfer!

Christian Dittloff: *Das weiße Schloss. Roman*, München: Berlin Verlag. 291 S., 22 €

Eigentlich mochte ich keine Romane von »jungen Autoren« lesen, schon gar nicht von Debütanten. Es gibt keine Frühvollendeten mehr, nicht mal Könner, und Adoleszente (dazu zählt man heute doch zirka bis zur Lebensmitte?) heute haben literarisch schlicht nichts zu sagen. Gut, es gibt Ausnahmen; Randt, Ehrlicher, Strauß. Christian Dittloff aber, blondblauer »Literarisches-Schreiben«-Absolvent des Jahrgangs 1983 hat seinem Erstling gar eine kleine wissenschaftliche Literaturliste angehängt. Darunter das notorische *Regretting Motherhood* von Orna Donath, Mithu Sanyals *Vulva* und gar Fr. Stokowskis gesammelte Ergüsse *Untenrum frei*. Kurz: Weniger einladend geht's nicht. Gelegentlich mag es einem Buch helfen, wenn der Leser in ungeneigter, gar aggressiver Grundhaltung einsteigt. Hier!

Dieser Dittloff (stilistisch am ehesten an seinen Studiengangskompaßgenon Leif Randt, *Sezession* 51, 2012 sowie *Sezession* 66, 2015 erinnernd) versteht sein Handwerk. Es geht um Yves und Ada, er Bildhauer, sie psychologisch geschulte Grenzwächterin einer Gated Community. Sie rekrutiert neue Bewohner für ein kleines, feines Land mit exquisiten Lebensbedingungen. Wir befinden uns in der nahen Zukunft, einem Ort der Machbarkeiten. Speziell das Kinderkriegen ist für die Avantgarde mittlerweile das, was es anno 2019 de facto bereits ist: ein Anachronismus, ein atavistischer Appendix. »Die Großmütter hatten für das Jenseits gelebt. Die Mutter für ein Leben nach der Rente. Und Ada wollte in der Gegenwart leben.« In der Ukraine können fortschrittliche Paare schon lange Leihmütter buchen. Das ist ... so »90erJahre«! So turbokapitalistisch! Im »Weissen Schloß«, dem Lebensborn dieser neuen Zeit, dessen Dienste unser Pärchen in Anspruch nimmt, geht es anders zu. Nachhaltig. Fair. Mit Gendersternchen. Bestehend!

ELLEN KOSITZA ■

Digitaler Totalitarismus?

Shoshana Zuboff: *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*, Frankfurt a. M.: Campus 2018. 727 S., 29,95 €

Kai Strittmatter: *Die Neuerfindung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert*, München: Piper 2018. 288 S., 22 €

Nicht erst mit der Ankündigung der sukzessiven Einführung des Social Credit System (vgl. *Sezession* 78) in der Volksrepublik China ist die Gefahr des digitalen Totalitarismus ein Thema. Frank Schirrmacher widmete diesem Komplex bereits 2015 einen Sammelband; *Technologischer Totalitarismus* führt verschiedene Diskussionsstränge samt ihrer Vertreter zusammen, darunter auch Shoshana Zuboff. Die US-amerikanische Harvard-Ökonomin legt nun ihr neues Werk *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus* vor, das im Januar 2019 im US-Original, einige Wochen zuvor aber bereits in deutscher Übersetzung erschien.

Es ist ein wuchtiges Buch, das den »Überwachungskapitalismus« als höchste Stufe der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaftsform seziert. Das gelingt, indem sie den Leitbegriff ihrer jahrelangen Forschungsarbeit anschaulich definiert. Überwachungskapitalismus ist demnach eine von konkreten Akteuren an einem konkreten Ort geschaffene neue Marktform (menschliche Erfahrung als Rohstoff anstelle von Arbeit), eine neue ökonomische Logik (parasitär, selbstreferentiell), eine neue Art Kapitalismus (mit beispielloser Reichtumskonzentration), das Fundament neuer Überwachungsmethoden und neuer instrumentärer Macht (Anspruch: Herrschaft über die Gesellschaft) sowie der »Sturz der Volkssouveränität« in Form eines Putsches von oben (Ausführende sind Konzerne um Google und ihre Satrapen). Diese Markenzeichen des Überwachungskapitalismus macht Zuboff verantwortlich für die »Verfinsterung des digitalen Traums«. Bedeutung und Tragweite dieser Entwicklung seien den Menschen noch nicht bewußt, weshalb die Autorin eine erschöpfende Darstellung aller Merkmale dieses taufischen Kapitalismustypus vornimmt, die als vorbildliche Pionierarbeit zu würdigen ist. Gleichwohl wird auch ein Liebhaber umfassender Abhandlungen nicht umhinkommen zu monieren, daß es der – gewünschten – Verbreitung der Thesen schadet, daß Zuboffs Textkorporus nicht gestrafft wurde; 200 Seiten weniger wären problemlos möglich, ohne die Quintessenz der Forschungsstränge in ihrer Dichte und Wirkung zu beschneiden. Neben dieser Stilkritik muß Zuboffs Unterschätzung des Staates als zweiter Kritikpunkt angeführt wer-

den, denn obschon sie die ursächliche Kollaboration US-amerikanischer staatlicher Stellen (Behörden, Geheimdienste, Militär) bei der Genese des globalen Überwachungskapitalismus veranschaulicht, unterschätzt sie als Anhängerin eines liberalen Gesellschaftsentwurfs die Machtoptionen des Staates auch im 21. Jahrhundert, etwa wenn sie davon ausgeht, daß der Staat lediglich Befehlsempfänger überwachungskapitalistischer Institutionen sei, dem daher nur die Zusammenarbeit mit Google und Co. bleibe. Daß auch umgekehrte Machtsymmetrien denkbar und praktikabel sind – und dabei nicht zwingend »bessere« Ergebnisse für die Gemeinschaft zeitigen –, legt der von ihr ebenfalls angeführte chinesische Sonderweg mit dem bereits genannten Sozialkreditsystem nahe, in dem der chinesische Staat (respektive die diesen führende Partei) jeden Bürger in einem totalen und trotz der nominell kommunistischen Attitüde genuin überwachungskapitalistischen Bonitätssystem erfaßt.

Kai Strittmatters *Die Neuerfindung der Diktatur* kann phasenweise das sinnvolle analytische Addendum zu Zuboffs Grundlagenwerk darstellen, da es explizit untersucht, wie China den digitalen Überwachungsstaat aus der Taufe hebt. Hochzuhalten ist die kundige Einführung in das Denken der chinesischen KP, in die Handlungsweise der Parteioberen und ihrer Schlüsselcliquen in den Apparaten. Auch die für den europäischen Leser eher fremden Onlinewelten Chinas werden anschaulich beschrieben; von WeChat (Dave Eggers' *Der Circle* läßt grüßen) über Weibo (Chinas Antwort auf Twitter) bis Toutiao (die erfolgreichste staatsnahe Nachrichtenapp der Welt) sowie auf dem

Feld chinesischer Sicherheitsgesetze kann Strittmatter profundes Wissen darbieten. Und als drittes Plus kann die Eingliederung des digitalen chinesischen Autoritarismus (oder Totalitarismus in *status nascendi*?) in die chinesische Nationalgeschichte verbucht werden; der Autor hat Argumente dafür, daß der Partei- und damit Staatschef Xi Jinping sich trotz seiner marxistischen Grundierung als Fortführer der chinesischen Feudaldynastien wähnt.

Ungeachtet dieser drei skizzierten Vorzüge sind es ebenso drei Aspekte, die das Lesevergnügen und den Erkenntnisgewinn schmälern: Erstens nutzt Strittmatter überwiegend Onlinequellen, verzichtet dabei auf grundlegendes, verfügbares Gedrucktes. Zweitens stößt einem der Plauderton (»China hat mittlerweile tolle Gesetze, es schert sich bloß keiner um sie.«) auf, der – drittens – um die ideologische Ebene ergänzt werden muß. Strittmatter ist nicht nur Sinologe, sondern auch Korrespondent der *Süddeutschen*: Der linksliberale, westlerische, moralisierende Zeigefinder ist also stets präsent.

BENEDIKT KAISER ■



Was ist unnatürlich?

Lorraine Daston: *Gegen die Natur*. (= Reihe *De Natura* Band V), Berlin: Matthes & Seitz Berlin 2018. 108 S., 14 €

Die US-amerikanische lebende Wissenschaftshistorikerin Lorraine Daston ist eine vielfach ausgezeichnete Professorin. In ihrem neuen Buch dreht und wendet sie die Frage, weshalb unsere Spezies nicht davon lassen kann, die Natur als Quelle der Normen menschlichen Verhaltens zu betrachten. Widernatürliches menschliches Verhalten ist so alt wie die Menschheit. Genauso alt ist die Einschätzung solchen Verhaltens, beispielsweise von Sodomie oder Inzest, als widernatürlich. Doch auch bei viel geringeren Normabweichungen wird die Natur bemüht: Bei nicht standesgemäßer Heirat, Frauenwahlrecht, Umweltschutzgesetzen oder homosexuellen Neigungen. Bereits Aristoteles argumentierte gegen das Zinsgeldsystem, indem er sagte, Geld pflanze sich im Gegensatz zu den natürlichen Arten nun einmal nicht von allein fort.

Da können sich die Philosophen seit David Hume noch so anstrengen, »naturalistische Fehlschlüsse« aufzuspüren – doch aus dem schieren So-Sein ein So-sein-Sollen oder So-nicht-sein-Sollen abzuleiten ist einfach nicht totzukriegen.

Woran liegt das? Daston macht sich auf die Suche, und da ihr kulturhistorisches Lieblingsjahrhundert das 17. ist, wird sie ebendort fündig: Es sind die Leidenschaften. Menschen sind leidenschaftliche Tiere, wußten schon Descartes, Spinoza, alle übrigen Moralisten und Kant: Sie regen sich auf. Und über Unnatürliches regen sie sich tierisch auf!

Daston bohrt weiter. Warum diese Aufregung? Da stößt sie auf einen für Konservative wohlvertrauten Gedanken: Natur kommt niemals ohne Ordnung aus, in ihr ist das Ordnungsdenken angelegt. Sehr behutsam entfaltet sie diese Überlegung, indem sie dem progressiven Naturalismuskritiker vor Augen führt, was es bedeuten würde, wenn statt der Ordnung das Chaos in der Welt herrschte, er keinen Moment mehr sicher sein könnte, daß sich die Dinge so verhielten, wie er es erwartet. Die »Leidenschaften des Unnatürlichen« rechnen mit Ordnung, die im selben Moment zerstört wird (daher die Aufregung) und gutgehen wird (daher die moralische Norm).

Wenn wir etwas für »gegen die Natur« oder »naturgemäß« halten, bemühen wir normalerweise Analogien. So wie es sich in der natürlichen Ordnung verhält, so soll es sich auch in der Gesellschaft verhalten. Ob es nun Mandevilles *Bienenfabel* oder Frans de Waals *Wilde Diplomaten* sind: Die Natürlichkeit des Matricharchats können wir uns von den Bienen abschauen, die Natürlichkeit des Patriarchats von

den Herrenaffen, den Primaten. Und die Donovan-Leser lernen auf dem *Weg der Männer*, das promiskuitive Herumgebumse der Bonobos leidenschaftlich zu verachten.

Gegen diese Modellübertragung aus der Natur geradewegs auf unsere Normen bringt Lorraine Daston ein bedenkenswertes Argument vor. Man kann in der Natur vorfinden, daß es Ordnung gibt, und diese auch übertragen ins menschliche Sozialleben. Bloß gibt die Natur nicht her, welche Ordnungen dies sind. Ihr Fazit lautet: Naturalisierung ist eigentlich weniger dramatisch, als die Kritiker befürchten, da man schließlich nur Ordnung (im Sinne von Normativität per se) und nicht irgendwelche konkreten Normen aus der Natur beziehen könnte.

So beruhigend dieses Fazit vielleicht auf liberale Gemüter (und von denen ist Daston als Leiterin des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte in Berlin zuhauf umgeben) wirken mag, so läßt es doch eine entscheidende Frage offen. Denn wie verhält es sich in den Fällen, in denen wir nicht per analogiam aus der Natur auf die menschlichen Normen schließen (zum Beispiel von schwulen Flamingos auf schwule Menschen), sondern in denen der Mensch selbst Teil der Natur ist? Homosexualität wäre in Dastons Begrifflichkeit ein Verstoß gegen die »spezifische Natur« des Menschen, das darin besteht, seinesgleichen fortzupflanzen: »die für die Ordnung spezifischer Naturen typische Störung ist die missglückte Fortpflanzung«. Daston bezieht sich dabei auf Kants grundsätzlichen Gedanken, daß ohne spezifische Naturen als Ordnungsprinzipien Erfahrung schlechterdings unmöglich wäre: Denn, so Kant in der *Kritik der reinen Vernunft*, würde der Zinnober bald leicht, bald schwer, bald rot und bald schwarz, so wäre es mir unmöglich, beim Gedanken an Röte oder Schwere den Zinnober in meine Gedanken hinein zu bekommen. Wäre der Mensch seiner Natur nach mal homo-, mal heterosexuell und mal irgendwas dazwischen, man hätte einige Schwierigkeiten, ihn einzuordnen in die erfahrbare Ordnung der Welt. Es könnte sein, daß Daston an dieser Stelle die

Konsequenz aus ihrem bravourös verfochtenen Naturalismus nicht ziehen will, weil sie manchem Zinnober der konstruktivistischen Wissenschaftsgeschichte doch mehr glaubt als den Intuitionen, die »die treibende Kraft bei der Suche nach Werten in der Natur« sind. Wissenschaftshistorie ist indes nicht für den politischen Gebrauch bestimmt. Von Lorraine Daston können wir das sorgfältige Umkreisen einer leidenschaftenerregenden Frage lernen, unsere Intuitionen mal eine zeitlang hintanstellen und zuschauen, was nicht nur die Natur sondern auch die Kulturgeschichte an üppigen Effloreszenzen hervorgebracht hat.

CAROLINE SOMMERFELD ■



Invertierter Totalitarismus

Rainer Mausfeld: *Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Grundlagen zerstören*, Frankfurt a.M.: Westend 2018. 304 S., 24 €

Der Trend geht zum überbordenden Untertitel. Was ästhetisch umstritten ist, mag für den Leser zunächst hilfreich sein: Man weiß ganz genau, mit was man es zu tun hat. Vorliegendes Buch ist also eine Streitschrift des Wahrnehmungs- und Kognitionsforschers Rainer Mausfeld, die sich, der Untertitel verrät es, gegen die falsch verstandene Freiheit der gegenwärtigen westlichen Gesellschaften richtet. In Aufsätzen, Vorträgen und Interviews bearbeitet der Radikaldemokrat Mausfeld zentrale Fragen der Neoliberalismuskritik. Demokratie erscheint ihm heute als »Wahloligarchie ökonomischer und politischer Eliten«, während Freiheit vor allem »Freiheit der ökonomisch Mächtigen« bedeute. Dieser neoliberale Zwitter implementierte eine Art »invertierten Totalitarismus« (Sheldon Wolin), also einen Totalitarismus, der von den Menschen nicht als ein solcher empfunden wird. Der US-amerikanische Ökonom und Historiker Philip Mirowski hatte entsprechend den Neoliberalismus als ideologiefreie Ideologie untersucht (vgl. *Sezession* 82) – man betrachtet alles durch ihren Schleier, meint aber selbstbewußt, keiner Ideologie zu folgen. Mausfeld weist auf verschiedenen Ebenen die Mirowski-These nach; er greift hierbei kenntnisreich und eloquent auf seinen psychologischen Erfahrungsschatz zurück.

Hervorhebenswert ist u. a. Mausfelds These, wonach der Neoliberalismus – entgegen gewisser Annahmen – nicht auf »freie Märkte« ausgerichtet sei. Er zielt vielmehr auf radikale Umverteilung von unten nach oben ab, von der öffentlichen in die private Sphäre; dabei stehe nicht die Abschaffung des Staates (wie bei Anarchokapitalisten) im Fokus, sondern ein Umbau gegebener Strukturen, der dafür sorgen solle, daß den wirtschaftlich Mächtigen jene staatlichen Rahmenbedingungen gewährt werden, die für Kapitalvermehrung und (durchaus auch autoritäre) Herrschaftssicherung vonnöten sind. Die andauernde massenweise Umverteilung von der Bevölkerungsmehrheit zu einer verschwindend geringen Minderheit werde durch konstante Indoktrination verdeckt und unsichtbar gemacht – die Lämmer schweigen, während Macht im 21. Jahrhundert sich der Hülle repräsentativer Demokratie bedient, um die eigentlichen Schwerpunkte reeller politischer Macht für diese schweigende, geblendete und eben indoktrinierte Mehrheit nicht greifbar erscheinen zu lassen. Artikulierte Wut und Unzufriedenheit zielen dann nicht auf die Zentren der Macht, sondern auf Ablenkziele. Die »kapitalistische De-

mokratie« erweise sich somit als Widerspruch in sich. Während Demokratie Volkssouveränität und Handlungsfähigkeit für die Bevölkerung meint, bedeute Kapitalismus »Unterwerfung unter die Machtverhältnisse, die eine Minderheit von Besitzenden über eine Mehrheit von Nichtbesitzenden ausübt«.

So richtig diese und viele weitere Analysen des Buches erscheinen, verdecken sie doch nicht den Umstand, daß Mausfeld selbst ideologischen Fehlannahmen aufsitzt und die Welt durch einen entsprechenden Schleier betrachtet. Es bleibt – wie so oft bei alten und neuen Linken – unklar, wer sich zum potentiellen Souverän wider technokratische Kapitalherrschaft erheben könnte. Völker und nationale Kulturen sind es für Mausfeld nicht, er bezeichnet sie als »Fiktionen«. Rechte Populisten sind Fleisch vom



Fleische, und »rechts« sei ohnehin jener, der die Zentren der Macht (etwa die undemokratische Wirtschaftselite) und ihre Privilegien stütze und zu erhalten trachte.

Dieser unreflektierte und dichotomische Rechts-Links-Blickwinkel führt zur größten Fehlannahme des Buches, die der Autor ausgerechnet anhand einer richtigen Ausgangsbasis entwickelt. Die öffentliche Meinungsbildung lasse sich effektiv steuern, indem man die Ränder dessen determiniert, was sagbar ist. »Wer es vermag, die Ränder des in der Öffentlichkeit sichtbaren Meinungsspektrums zu markieren, der hat schon einen großen Teil des Meinungsmanagements« erreicht. So weit, so durch die bundesrepublikanische Realität bestätigt. Allein, Mausfeld bindet dem Leser einen gewaltigen Bären auf: Diese theoretische Prämisse werde in der Realität ausgerechnet dadurch bestätigt, den »linken Rand« zu markieren. Links des Philosophen Jürgen Habermas herrsche demnach die Stigmatisierung von Ideen und Lösungsansätzen, links der Mitte werde der politische Rand dessen vermerkt, »was man noch verantwortlich vertreten kann«. Mausfeld, Wahrnehmungsforscher und Analyst der Manipulation, tut damit so, als gebe es keine Sondergesetze gegen »rechts«, keine Stigmatisierung jedweder »rechter« Ansichten, keine »zivilgesellschaftliche« Ächtung »rechter« Personen unter staatlicher und parastaatlicher Kuratel. In Mausfelds Wahrnehmung existiert der massenpsychologisch höchst wirksame »Kampf gegen rechts« durch bundesdeutsche Eliten und ihre antifaschistischen Exekutoren schlichtweg nicht (und daher kann er ihn auch nicht als Ablenkungsziel interpretieren). Dabei böte diese seit Jahrzehnten andauernde und zuletzt verschärfte Denunziation oppositioneller Akteure und Ideen doch hervorragendes Forschungsmaterial für die Analyse von Meinungs- und Empörungsmangement durch die politisch, medial und ökonomisch herrschende Klasse in einer entkernten Demokratie volksferner Eliten.

BENEDIKT KAISER ■

Identitäten als Intensitäten

Tristan Garcia: *Wir*, Berlin: Suhrkamp 2018.
331 S., 28 €

Tristan Garcia gehört zu jenen Autoren, die das klare Wort, die Entscheidung, das Bekenntnis, das Ja oder Nein scheuen. Das hat Methode, das ist poetologische Aussage: »Wir behaupten nicht, daß jeder einen Teil der Wahrheit besitze, sondern daß der eine und der andere vollständig recht haben, bis ihnen der andere Unrecht gibt.« Form und Inhalt sollen eine Einheit bilden und wenn jemand nichts Konkretes mehr zu sagen hat, dann kann er das auch nicht konkret ausdrücken. Daher ist es auch kein Zufall, daß Garcia sein Buch über das *Wir* in der ersten Person Mehrzahl hält.

Man kann sich die ersten 125 Seiten getrost sparen, denn das darin aufwendig entworfen und mit unzähligen Verweisen versehene Modell von den Bildschichten, die unsere Identität ausmachen, beschreibt nichts anderes als die mittlerweile banale Tatsache, daß der postmoderne Mensch viele Identitäten zu gleicher Zeit besitzt und daß diese sich in komplizierten Verwicklungen überlappen und eben auch widersprechen.

Man kann sogar die nun folgenden 70 Seiten ignorieren, denn die beispielhafte Ausfaltung der Identität unter »Art«, »Gender«, Rasse«, »Klasse« und »Alter« – alles Diskriminierungskategorien – werden abschließend kurz und präzise zusammengefaßt. Dort liegt der Glutkern des Buches. Garcia bestimmt Identität negativ: Je mehr Diskriminierungen ein Individuum in sich vereint, um so reicher sei seine Identität.

Das Problem beginne mit dem modernen Denken und der Wissenschaft – erst im 20. Jahrhundert beginnen Identitäten politische Kategorien zu werden. Nicht zufällig entsteht das besondere Interesse für die Abweichung von der Norm. Befreites Denken und Wissenschaft ermöglichen uns den ungewohnten Blick, wir sehen plötzlich mit Hilfe der Apparatur Dinge, die unserem Wahrnehmungsapparat verborgen bleiben: trennende Linien werden Verbindungen, Grenzen werden löchrig, glatte Flächen zeigen im Detail Konturen, überall werden scharfe Trennungen aufgelöst, man sieht Austausche, Ineinanderfließen, Abhängigkeiten, Beziehungen. In der Zeit betrachtet gibt es kein Sein, sondern immer nur Werden. Im Grunde versucht Garcia das Projekt Deleuze' in eine neue Sprache zu fassen. Und überhaupt sind diese Begriffe von »Rasse«, »Klasse«, »Alter« etc. doch nur Worte und eben keine Realität.

Sie beschreiben auch die Realität nicht adäquat. Nun wissen wir das und können doch nicht darauf verzichten, allein schon, weil ein Verzicht auf das ungenügende Vokabular die Schnur zu allen vorherigen Diskursen abschneiden würde. Begriffe sind nur Annäherungen,

aber wir haben nichts Besseres, die Gesellschaft arbeitet mit unbegründeten Kategorien, ist also selbst begründungsbedürftig, aber um sie wenigstens halbwegs zu verstehen, müssen wir uns dieser Kategorien bedienen. Auch Identität »hat keinen extensiven Sinn mehr und bezeichnet kein System von Zuschnitten, sondern ein Feld von variablen Kräften«.

Garcia fängt damit immerhin ein weitverbreitetes Gefühl ein: »Man kann durchaus ein Loblied auf die Grenzen anstimmen, doch dieses Lob klingt hohl: wenn es darum geht, diese Grenzen konkret zu ziehen, gibt es keine Grundlage mehr.« Trotzdem müssen wir es tun.

Das umschreibt die Grundfigur des Buches: Was nicht geht, muß sein, was sein muß, geht nicht. Identitäten sind keine Ist-Bestände, sondern Intensitäten und sie werden zunehmend strategisch und nicht ontologisch begründet.

Der Begriff der Loyalität fehlt bei Garcia fast vollständig. So hat man das Gefühl, daß

in der Verflüssigung des »Wir« und der Identität ein Wohlstandphänomen beschrieben wird, das sich ganz von alleine lösen wird, wenn die Umstände es erfordern werden.

Wie schon in *Intensität* (2017) weiß man nicht recht: Hat man es mit einem Genie oder einem Blender zu tun? Hat er uns etwas zu sagen, außer, daß es nichts (Festes) zu sagen gibt? Wärmt er nicht nur alte phänomenologische, konstruktivistische Dispute oder den Universalienstreit auf? Oder bin ich ihm als Leser

einfach nicht gewachsen?

Immerhin, es gelingt ihm immer wieder, sowohl den realistischen als auch idealistischen Vertretern den Spiegel vors Gesicht zu halten, die blinden Flecke ihrer Wahrnehmung aufzuzeigen, umgekehrt aber auch die Notwendigkeit der jeweils falschen Positionen deutlich und ihr ewiges dialektisches Spiel sichtbar zu machen. Jedes bekennende »Wir« läuft in Paradoxien hinein, die zu erkennen, kathartischen Effekt haben kann. Das Buch taugt mindestens zur Eigenkontrolle und Selbstkritik.

JÖRG SEIDEL ■

Deutschland als »Beutegesellschaft« arabischer Großfamilien

Ralph Ghadban: *Arabische Clans: Die unterschätzte Gefahr*, Berlin: Econ 2018. 304 S., 18 €

Der aus dem Libanon stammende Islamwissenschaftler Ralph Ghadban setzt sich in seinem Buch *Arabische Clans: Die unterschätzte Gefahr* am Beispiel arabischer Großfamilien mit der unter Muslimen in Deutschland vorherrschenden Integrationsverweigerung und deren Folgen auseinander.

Eine Integration von Muslimen in Europa sei nur in Form von Assimilation möglich, da



Islam und Christentum »vollkommen unterschiedliche Zivilisationsmodelle« hervorgebracht hätten. Islamische Kultur erlaube »kein gleichberechtigtes Zusammenleben mit Nichtmuslimen«. Aufgrund ihrer tribalen Prägung kenne islamische Kultur außerdem die Vorstellung des eigenverantwortlichen Individuums nicht, was in einer permissiven Gesellschaft delinquentes Verhalten fördere. Auch die »Willkommenskultur« in Deutschland sei für viele Muslime unverständlich und werde mit der Naivität und Schwäche der Deutschen erklärt.

Die infolgedessen entstehenden Herausforderungen würden besonders deutlich am Beispiel tribal strukturierter arabischer Großfamilien sichtbar werden. Deren Familienstrukturen hätten ursprünglich dem Schutz vor anderen Gruppen gedient. In Deutschland hätten diese Großfamilien entdeckt, daß ihnen diese Strukturen ermöglichten, als kriminelle Organisationen auf Kosten des Gemeinwohls zu leben.

Der öffentliche Raum werde von den Großfamilien als »ein Gebiet für ihre Raubzüge« betrachtet. Alles, was »außerhalb des Clans liegt, ist Feindesland und frei zu erobern. [...] Deutschland wird als Beutegesellschaft betrachtet. [...] Bürgersinn fehlt bei den Clans vollständig; wenn sie in die Landschaft blicken, sehen sie Reichtümer, die mehr oder weniger ungesichert herumliegen, und vereinzelt Personen, deren Schutz durch die Staatsgewalt lückenhaft ist.«

Durch Kriminalität wolle man sich zugleich bereichern und Ablehnung des deutschen Staates sowie der deutschen Gesellschaft demonstrieren. Die einzige Grenze der Durchsetzung eigener Interessen, die respektiert werde, sei überlegene Gewalt.

Arabische Großfamilien seien nur eine von vielen Gruppen islamischer Akteure, die Parallelgesellschaften in Deutschland aufbauen und ausweiten würden. Vor allem unter jungen Muslimen werde der Islam zunehmend als Gegenidentität zur von ihnen abgelehnten deutschen und europäischen Kultur wahrgenommen. Der Islam bilde für diese Muslime einen »Megastamm«, an dessen Stärke sie teilhaben könnten.

Das als erfolgreich wahrgenommene Verhalten arabischer Großfamilien wirke auf Muslime häufig als Vorbild, die über den von den Familien geschaffenen legalen und illegalen Arbeitsmarkt in deren Milieu integriert würden. Durch die laufende Welle irregulärer Migration in Verbindung mit Familiennachzug würden gleichzeitig die Voraussetzungen für die Entstehung neuer Großfamilien geschaffen. Die entsprechenden Herausforderungen würden sich künftig daher vervielfachen, weshalb damit zu rechnen sei, daß vorhandene Parallelgesellschaften zu Gegengesellschaften würden, welche die staatliche Ordnung nicht nur ablehnen, sondern aktiv bekämpfen.

Der in Deutschland vorherrschende Multikulturalismus sei als Ideologie der »Selbstver-

leugnung und Selbstaufgabe« unfähig, diesen Herausforderungen zu begegnen, weil er höchst ungleiche Kulturen gleich behandeln wolle und jene, die Staat und Gesellschaft ablehnten und bekämpften, nur als schützenswerte Opfer wahrnehme.

Am Ende eines Buches formuliert Ghadban Maßnahmen zur Bekämpfung der unter anderem von arabischen Großfamilien ausgehenden Herausforderungen, die nur noch durch zeitnahes und entschlossenes Handeln kontrollierbar seien.

THOMAS SCHMIDT ■

Heulhuren, Insectenseelen

Peter Graf: Was nicht mehr im Duden steht. Eine Sprach- und Kulturgeschichte, Berlin, Duden 2018. 223 S., 15 €

Es gibt zahlreiche illustre Betrachtungen über verschwundene Wörter und Redewendungen. Dies ist eine weitere, und sie ist besonders verlockend, weil sie auf »Nachweisbarem« beruht. Peter Graf, ein Urgestein des Duden-Verlags, ist Wörtern nachgestiegen, die der Duden, das maßgebliche Buch zur Rechtschreibung, im Laufe seines Erscheinens getilgt hat. Eine unerschöpfliche Fundgrube, ein Schatz für Sprachliebhaber! Der erste Duden erschien 1880. Die längste Spanne zwischen zwei Auflagen lag zwischen 1947 und 1954 – allerdings spaltete sich damals die Auflage auf, und bereits 1952 erschien der neue Ost-Duden – mit einigen Wörtern, die der Westen nicht kannte. Zum Beispiel die *Ketwurst* (von Ket- wie Ketchup), aber auch mit Vokabeln wie »*Mach-mit*«-*Wettbewerb*, *Hausfrauenbrigade* und *Blaubemd*. Das ist deshalb faszinierend, weil wir Sprachmoden heute zuvörderst im

Gewand der politischen Korrektheit erleben. Was übrigens nur das Revival einer alten Mode ist! Im Duden von 1934, elfte Auflage, wurden beispielsweise von *Nissan* bis *Adar* sämtliche Monate des jüdischen Kalenders getilgt, ebenso *Nana*, die liederliche Romanfigur von Émile Zola. Zwei Auflagen später wurden unwiederbringlich gestrichen: *Blutfahne*, *Blutschutzgesetz*, *Eintopfsonntag*, *kriegsbereit/Kriegsbereitschaft*, *Rassenaufartung*, *fremdvölkisch* und *verjuden*.

Bereits in der Auflage 1942 wurden getilgt: *Tankschlacht*- und *-abwehr*, was nämlich nun gutdeutsch *Panzerabwehr* etc. lauten mußte. Dieses Büchlein ist ein echter Schmöker, den wohl kaum jemand streng am Stück lesen wird. Blättern und schwelgend fällt auf, daß offenkundig für die Auflage 2009 besonders vielen besonders schönen Wörtern der (offiziöse) Garaus gemacht wurde: Etwa *Mutgeld* für die Abgabe, die ein Geselle seinem Meister zahlt. Oder *Schwesterkind* (Nichte/Neffe), und *Funeralien* (Trauerfeier), *Eingesandt* (Leserzu-



schriften) und *Theomanie* (religiöser Eifer). Warum hingegen wurde *halbschürig* (minderwertig) erst 2013 getilgt? Sogar der *Mohammedanismus* schwand erst 2013! Der *Amateurbo-xer* hingegen bereits 1934, die *Asphaltkultur* (volksfremde Großstadtkunst) aus nahelie-genden Gründen 1947. Einige Bedeutungen der ge-strichenen Wörter erschließen sich leicht: *Weh-leid*, *abgemattet*, *Nahrungssorge* (1941 getilgt), *Kolonialrat* oder *Exportprämie*. Andere führen in fremde, vergangene Welten: Was war ein *Bdellometer*? Was ein *Zippennest*? Was *Weißsucht*, was ein *Weltfeind*?

Peter Graf begleitet die ausgewähl-ten Tilgungen mit feinen, feuilletonisti-schen Essays, die in zwanzig themati-sche Kapitel aufgeteilt sind, etwa: »Or-donnanzswaffen, Henrystutzen und al-lerlei Kriegsgerät«; »Sex sells«, oder »Kleider machen Wörter«.

Peu à peu aus der Mode gerie-ten übrigens auch diverse Schimpfwör-ter, etwa das *Bratwurstmaul*, die *Heul-hure* oder die *Insectenseele*. Der *Zärt-ling* ist aus ostdeutschen Duden bereits 1951 ge-tilgt worden, aus dem westdeutschen Pendant erst 1967. Den *Feigling*, *Jammerlappen* und *Schlappschwanz* gibt es bis heute.

ELLEN KOSITZA ■



für das jeweilige Geschichtsbild, das natürlich auch immer von politischen Opportunitäten ins Lot gebracht wird.

Der Große Kurfürst steht im Bann der Er-fahrung des Dreißigjährigen Krieges. Daraus leitet er laut Clark ab, daß Ähnliches in Zu-kunft verhindert werden müsse. In diesem Rah-men nahm er den Konflikt mit den Landständen als einen Kampf gegen das Chaos und die Tra-dition auf. Sein Geschichtsbild war demzufolge ein dynamisches, mit der eigenen Person als wesentlichem Beweg-er und Neuerer. Friedrich der Große dagegen sah, nachdem der Bestand Preußens gesichert war, einen Mo-ment der Vollendung gekommen, insbesondere des Staates, den es zu be-wahren und auszubauen gelte. Clark nennt das ein statisches Ge-schichtsbild, was er vor allem mit den historischen Schriften Fried-richs belegt. Auch Bismarck hat viel geschrieben, war aber als Staatsmann in einer ganz anderen

Position. Politik hat Bismarck als Schachspiel beschrieben, in dem es viele Möglichkeiten gibt, zum Erfolg zu kommen. Er mußte zwischen den modernen Strömungen und den konservativen Fundamenten vermitteln und auf Ereignisse, die plötzlich aus dem Strom der Zeit auftauchten, reagieren. Ein Endziel kannte er nicht.

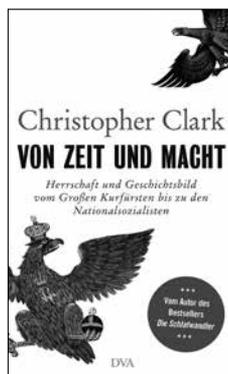
Das »Geschichtlichkeitsregime« der Natio-nalsozialisten fällt auch aus dem Rahmen, weil es mit den vorgenannten Beispielen im Grunde nichts zu tun hatte. Es ist insofern sinnvoll, daß Clark die Besonderheiten des nationalsozialisti-schen Geschichtsbildes im Vergleich mit dem italienischen Faschismus herausarbeitet. Beide wollten das Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart neu deuten, indem, so Clark, ein to-taler Bruch mit der unmittelbaren Vergangen-heit behauptet wurde. Der Faschismus in einem linearen, der modernen Geschichtslogik folgen-den Modell, der Nationalsozialismus im Sinne einer ahistorischen Utopie, die ein tausendjähriges Reich der Gegenwart und Zukunft einem ebensolchen in der Vergangenheit an die Seite stellte. Clark begründet die Einreihung des NS in die Ahnenfolge Preußens mit der übermächtigen Stellung des Bis-marckreiches, dessen Zusammen-bruch zu einem solch ahistorischen Zeitverständnis geführt habe. Dieses Argument ist nicht besonders überzeugend, weil es die wesentliche Quelle des NS, den Sozialismus, nicht genügend würdigt und damit über-sieht, welcher Tradition der NS entstammt.

Leider muß man angesichts des Epilogs im Buch den Eindruck gewinnen, daß Clark mit solchen Vergleichen Aussagen über unsere Zeit treffen will. Er zitiert dort zustimmend Macron und sieht in ihm einen neuen Großen Kurfürsten am Werk, der gegen die Tradition kämpfe um Europa zu retten, und kritisiert die Renationali-

... aber ausgerechnet Macron?

Christopher Clark: *Von Zeit und Macht. Herrschaft und Geschichtsbild vom Großen Kurfürsten bis zu den Nationalsozialisten*, München: DVA 2018. 313 S., 26 €

Nach seinem Bestseller zur Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs (*Die Schlafwandler*, 2013) kommt der in Cambridge lehrenden Historiker Christopher Clark zu seinem Lieblingsthema, der brandenburgisch-preußischen Geschichte, zurück und untersucht die Ge-schichtsbilder von vier ihrer Protago-nisten. Neben dem Großen Kurfür-sten und Friedrich dem Großen, die als souveräne Fürsten die Gesche-chen lenkten, stehen Bismarck und die Nationalsozialisten. Letztere fallen dabei schon deshalb aus dem Rah-men, weil es sich nicht um eine Per-son, sondern um eine ziemlich hetero-gene Bewegung handelt. Auch wenn die Fakten und Belege, die Clark im Laufe seiner Abhandlung anführt, kein neues Material bieten, liegt seine Leistung gerade darin, sie in ein neues Licht zu stellen: »Dieses Buch zeigt, was geschieht, wenn zeitliches Bewußtsein durch die Linse der Macht betrachtet wird.« Clark nennt diesen Vorgang »Verzeitlichung der Politik«. Die Frage lautet, wie der Herrscher, der Politiker sich selbst und seine Handlungen in der Zeit verortet. Das dar-aus folgende Verständnis von Zeit ist konstitutiv



sierung, die sich weltweit regt. Was ihm dabei etwas aus den Augen gerät, ist, daß die gegenwärtige westliche Demokratie gerade in ihremerede von Alternativlosigkeit eine Tradition behauptet, die ganz offenbar nicht in der Lage ist, uns für die Zukunft zu rüsten. Macron erinnert daher weniger an den Großen Kurfürsten als an die Vertreter der ahistorischen Utopie.

ERIK LEHNERT ■

Linkes Kuckucksei

Samuel Schirmbeck: *Gefährliche Toleranz. Der fatale Umgang der Linken mit dem Islam*, Zürich: Orell Füssli 2018. 166 S., 20 €

Mittlerweile wagen sich auch Linke mit Islamkritik an die Öffentlichkeit. Das könnte daran liegen, daß uns speziell diese Religion tatsächlich vor besondere Schwierigkeiten stellt, sprich: es könnte was dran sein an der »Islamphobie«. Man muß diese Autoren, die sich nun aus der sicheren Deckung der politischen Korrektheit herauswagen, in gewisser Weise besonders bewundern, denn in den Augen des linken Mainstreams verlassen sie die wohlige Wärme der Gutfühlatmosphäre. Daß sie dieses Risiko, den Ausschluß aus der Gemeinde, auf sich nehmen, zeigt vermutlich das starke Empfinden der Dringlichkeit. Das allein sollte uns hellhörig machen. Schon deshalb sollten wir sie mit offenen Armen empfangen und die eventuellen argumentativen Schwächen vorerst entschuldigen.

Samuel Schirmbeck war ein Jahrzehnt Nordafrika-Korrespondent der ARD, er kennt den Nahen Osten aus eigener Anschauung, aber er war auch Produkt der Frankfurter Schule, hatte bei Adorno und Horkheimer studiert und ist bekennender Wähler der Grünen. Jetzt spricht er von »Gefährlicher Toleranz« und dem »fatalen Umgang der Linken mit dem Islam«. 9/11 war für ihn die historische Zäsur – statt sie zu nutzen, um eine intensive Islamdebatte zu initiieren, habe sich die Linke in eine Tabu-Position begeben, ein Analyseverbot ausgesprochen und eine »Blanko-Toleranz« angeordnet; es hatte der Satz zu gelten: Das hat mit dem Islam nichts zu tun! Schirmbeck sah das anders. Die Migrationskrise scheint ihn nun endgültig aufgeschreckt zu haben.

Um seine Last nicht allein zu tragen, sucht er sich Kampfgefährten aus dem linken Spektrum, fragt mutige Genossen, die wie er den Schritt in die Öffentlichkeit wagen. Dabei ist ein besonderes Interesse an der Psychoanalyse auffällig. Offenbar vermutet er den Fehler in der psychischen Verfaßtheit des Linken an und für sich. Am Ende steht immer wieder das »Schuldgefühl«, also die historische Verantwortung. Wenn das Erkenntnisse sein sollen, dann ahnen wir, wie weit die Linke analytisch hinterherhinkt.

Tatsächlich kommen Schirmbeck und seine Informanten kaum über die Symptombeschreibung hinaus, auch wenn einige von ihnen – wie etwa Sigrid Herrmann-Marschall – in ihrer Arbeit längst weiter sind. Schirmbeck hängt sich noch zu sehr am Kopftuch, am Einzelfall, am Mobbing u.ä. auf. Wirklich wesentlich, prinzipiell und systemisch wird lediglich der tunesische Psychoanalytiker Fethi Benslama, wenn er konstatiert, daß in der »islamischen Welt keine Trennung des philosophischen Subjekts vom theologischen Subjekt stattgefunden« habe. Dort möchte man, sofern man schon ein wenig in der Debatte steht, fortsetzen.

Vermutlich wird das Buch den Lesern dieser Zeitschrift also kaum Neues vermitteln. Dennoch vermag es als Fallsammelstelle Nützliches zu leisten. Der wenig systematische Zugang zum Material zeigt, daß Schirmbeck selbst längst noch nicht fertig ist damit. Unangenehm fällt die Betonung des Motivs, »die Rechte nicht noch stärker werden zu lassen«, auf und der Traum von einer wahren Linken, einer »Linken, die links ist«. Man sollte doch meinen, daß derartige Kategorien vor der Wahrheit zu kapitulieren haben.

Trotzdem: Das Buch bietet nicht nur eine Reihe zitierfertiger Formeln, es zeigt vor allem die Aporien linken Denkens, insbesondere wenn es um den Islam geht, auf. Erhellend war für mich der Blick in die intellektuellen Abgründe speziell des grünen Islam-Denkens – diese Partei ist mehr als verderblich, sie ist gefährlich.

Die linken Paradoxa laufen stets auf eine Toleranz der Intoleranz hinaus; indem sie antirassistisch auftritt, ist sie rassistisch, national durch Antinationalismus, frauenfeindlich durch Feminismus usw. Und diese Widersprüche fallen auch auf das Buch selbst zurück: indem ein Linker Linke kritisiert, wird er zwangsläufig zum Rechten, ob er das nun will oder nicht.

Insofern stellt die Rechte die falsche Leserschaft. Dieses Buch müßte zuerst von der Linken gelesen werden.

JÖRG SEIDEL ■

Getrenntleben als bessere Lösung

Burkhard Hofmann: *Und Gott schuf die Angst. Ein Psychogramm der arabischen Seele*, München: Droemer 2018. 288 S., 19,99 €

Der Buchtitel mag Assoziationen zu den Werken Karlheinz Deschners wecken, einen der ätzen-desten Kirchenkritiker des vergangenen Jahrhunderts. Insofern führt der Titel in die Irre. Hier wird weder geätzt, noch geht es kernhaft um Religionskritik. Hofmann (*1954) arbeitet seit Jahrzehnten in Hamburg als Psychotherapeut. Durch private Kontakte kam er beizeiten in Kontakt mit der arabischen Welt, was zu ei-

ner größeren Anzahl muslimischer Patienten in seiner Klientel führte. Einer dieser Kontakte führte zu einer Einladung an den persischen Golf. Seit über zehn Jahren behandelt Hofmann Patienten aus den Golfstaaten: Mehrmals im Jahr reist er für etwa zehn Tage dorthin; dazwischen therapiert er per Telefon oder Skype – oft kommunizieren seine Klienten dann nächtens von leeren Supermarktplätzen aus. Für Golfaraber der Mittelschicht (Hofmann schreibt, gemessen an ihrem materiellen Wohlstand würde man sie hier zur Oberschicht zählen) ist es keinesfalls unüblich, sich den Heilkünsten westlicher Mediziner anzuvertrauen. Die Seelenheilkunde allerdings ist hier Neuland. Was erscheint typisch an der arabischen Klientel, was unterscheidet sie von Hofmanns Hamburger Fällen? Der Autor behandelt sowohl stark säkularisierte Menschen als auch solche, die tief religiös sozialisiert sind. Der entsprechende Riß, der durch die arabische Gesellschaft gehe, sei schwerwiegend. Anhand von Fallgeschichten nimmt er in zehn Kapiteln Symptome auf, die symptomatisch seien für diese Gesellschaft, die (Ö!) seit den sechziger Jahren zu großem Reichtum gekommen ist, ohne daß damit ein Anstieg an wissenschaftlichen Leistungen oder Intellektualität verbunden war. Gängig ist die absolute Idealisierung der Mutter, sie darf als Paradigma der gesamten Golfkultur gelten. Vor dem Eintritt in den Himmel hat die Mutter – gemäß einiger Hadithe, die am Golf hohe Geltung beanspruchen – noch post mortem ein Vetorecht. Problematisch ist das vor allem für die Männer, zumal eigene Mutterschaft den Frauen einen Weg zur Machtausübung eröffne. Die Väter hingegen sind faktisch weitgehend abwesend (emotional, sagt Hofmann, trifft dies spätestens ab dem zweiten Kind auch auf die Mütter zu); allein in der Vorschulzeit widme sich der Vater dem Sohn, nämlich, was den Zugang zur Religion betrifft. Dies, der gemeinsame Gang zur Moschee, sei normalerweise kein aufeinander bezogener Kontakt, sondern eine »gemeinsame Blickrichtung nach außen«: Die Väter delegieren ihren Part unmittelbar an die göttliche Dimension. Das mag kulturell geboten sein. In Zeiten der Globalisierung und der modernen Kommunikation (in den Golfstaaten läuft selbst bei »feinen Einladungen« das Fernsehen; Smartphoneklingeln darf jede therapeutische Sitzung unterbrechen) ist eine solche Eltern-Kind-Beziehung schlicht insuffizient. Hinzu tritt das Nanny-Syndrom: Seit langem herrschen in reichen Golfstaaten wie Bahrain erzieherische Zustände wie in der europäischen Oberschicht des 19. Jahrhunderts: Bereits die Kleinkinderziehung wird südostasiatischen Kindermädchen überantwortet. Die wiederum leiden oft an der Entfremdung von ihren eigenen, zurückgelassenen Kindern und sind kaum in der Lage, die kleinen Araber in emotionaler Hinsicht zu versorgen. Psychopharmaka werden von arabi-



schen Ärzten reichlich verschrieben, ein Großteil von Hofmanns Klientel ist regelrecht zugehörnt. Schwierig findet Hofmann auch vollverschleierte Mütter: Sie können mangels erkennbarer Mimik ihren Kindern keinen Resonanzboden bieten. Zahlreiche seiner Klienten tragen einen auffälligen Ring: Es ist ein Gebetszähler. Ab tausend (sehr kurzen) Gebeten pro Tag wird Allah wohlgefällig! Hofmann lernt, jeglichen Einwand an der Religionsausübung zurückzustellen. Er ist ein skrupulöser, warmherziger Autor, die Rücksicht auf kulturelle Gepflogenheiten spricht aus jeder Zeile. Er ahnt, daß er sich als Arzt dadurch gelegentlich »depotenzieren« läßt. Toleranz sei ein schwieriges Gebot, wo sie auf religiöse Überlegenheitsgefühle trifft.

»Religion ist für traumatisierte Flüchtlinge das Letzte, woran sie sich festhalten können. (...) Das ist das Dilemma des Gastlandes. Wir wollen ihnen diese letzte Quelle des Stolzes nicht nehmen.« Aber, so Hofmanns letzter Satz: »Manchmal ist das Getrenntleben nicht nur für Paare die bessere Lösung.« Über die sprachliche Verständigung (offenkundig finden die Sitzungen auf englisch statt) und den speziell sozioökonomischen Stand schweigt sich Hofmann weitgehend aus, ansonsten ist dies ein offenes, unideologisches und darum vielsagendes Buch, das zugleich in Standards der modernen Psychotherapie einführt. Eine wertvolle, aufschlußreiche Lektüre!

ELLEN KOSITZA ■

Was heißt hier reaktionär?

Corey Robin: *Der reaktionäre Geist: Von den Anfängen bis Donald Trump*. Aus dem Englischen von Bernadette Ott, Berlin: Ch. Links Verlag 2018. 343 S., 25 €

Vorsicht, das ist kein schlechtes Buch! Bitte nicht gleich aus der Hand legen, so der gutgemeinte Rat des Rezensenten. Liest man den tendenziösen Titel und das Vorwort, das auf eine nicht geringe Voreingenommenheit des Autors gegenüber seinem Untersuchungsgegenstand hindeutet, könnte man prima vista zu einem anderen Ergebnis kommen. Auf den zweiten Blick sieht man schon klarer. Zwar ist Robin unstrittig ein Gelehrter, der die Strömung des Konservatismus weniger analysieren denn entlarven will; dennoch taucht er ungemein kenntnisreich in die Materie ein.

Wenngleich der US-Konservatismus und sein britischer Zwillingsbruder den Schwerpunkt bilden, geht Robin in seiner Darstellung darüber hinaus. An Nietzsches Denkperipherie wird die Geburt des Neoliberalismus ausgemacht. Eine bisher wenig beachtete Entdeckung.

In drei größeren Abschnitten sagt der Politologe, was zu sagen ist: Reaktion; Europas

Erbe und Aufbruch; ein amerikanisches Panorama. Ziel Robins ist es herauszuarbeiten, daß ein roter Faden in der Entwicklung der rechten Strömung existiert. Natürlich gibt es starke Kontinuitäten bezüglich einer politischen Richtung, die Kontinuierliches grundsätzlich präferiert. Nicht unbedingt bahnbrechend, diese Erkenntnis!

Gerade in den USA sind etliche Brüche in der jüngeren Geschichte des Konservatismus zu verzeichnen: Die Regierung von George W. Bush und ihre neokonservativen, israelfreundlichen Spindoktoren verfolgten bekanntlich als zentrales Ziel die Demokratie- und Nationenkonstitution in Regionen, in denen der soziokulturelle Unterbau außen vor bleibt. Das vorhergesagte Desaster blieb nicht aus. Der in penetranter Einseitigkeit als Rechtspopulist verschriene derzeitige US-Präsident lehnt hingegen die Rolle seines Landes als Weltpolizist ab. Größer könnten die Differenzen in der politischen Grundausrichtung kaum sein. Ganz so simpel, wie der Autor meint, läßt sich die Entwicklung des Konservatismus nun doch nicht referieren.

Robin bemerkt mit Recht, daß im amerikanischen Konservatismus stets eine Kluft bestanden hat: die zwischen Marktgläubigen und den Nations- und Gottesanbetern. Sie konnte bis heute – so die schlechte Nachricht – nicht überbrückt werden. Die gute ist: Die Grand Old Party wird daran auch in Zukunft nicht sterben.

FELIX DIRSCH ■

Eine Welt ohne Kultur

Alexander Grau: *Kulturpessimismus. Ein Plädoyer*, Springer: zu Klampen 2017. 157 S., 16 €

Es besteht kein Zweifel daran, daß unser tradiertes Verständnis einer normativen Kultur durch die tiefgreifenden Umwälzungen der Moderne aufgelöst worden ist. Doch gibt es auf dem Feld der Kultur noch Hoffnung? Werden sich in Zukunft neue Möglichkeiten zur Gestaltung eröffnen? Der promovierte Philosoph Alexander Grau meint: nein – und rehabilitiert den in Mißgunst geratenen Begriff des Kulturpessimismus. Grau zeigt dabei, daß Kulturpessimismus nicht als Frage der politischen Haltung, sondern als ein Grundvorgang der Moderne zu verstehen ist.

Zuletzt analysierte der *Cicero*-Autor in seinem 2017 erschienenen Essay *Hypermoral. Die Lust an der Empörung* die gesellschaftlichen Mechanismen der spätmodernen Massengesellschaft. Jetzt konfrontiert uns Grau mit dem Zustand unserer eigenen Kultur. Seine Prognose fällt düster aus. Die Kultur gehört zur Natur des Menschen, sie ist auf einen Impuls zurückzuführen, mit dem sich der Mensch gegen seine eigene Vergänglichkeit und Unzulänglichkeit

auflehnt, so Graus Definition. Dadurch entstehe zugleich ein Ordnungssystem, das der Natur entgegengesetzt werde, um somit Orientierung im chaotischen Naturzustand zu bieten. Kultur als »Symbolsystem« (Clifford Geertz) wirkt dabei sowohl integrierend als auch segregierend.

Durch eine in den »spätkapitalistischen Wohlstandsgesellschaften« einsetzende Dynamik der globalen Vernetzung würde diesem klassischen Kulturbegriff jedoch der Boden entzogen. Die Transformation der Kultur ist nach Grau auf einen »falsch verstandenen Individualismus« einerseits und die »Heterogenisierung« der Gesellschaft andererseits zurückzuführen. Um diesen Prozeß zu veranschaulichen, führt uns Grau durch die europäische Ideengeschichte und zeigt, daß die »Phase der Postkulturalität« in der wir jetzt leben, einen »notwendigen Entwicklungsschritt« markiert. Dabei helfen Geistesgrößen von T. S. Eliot bis hin zu Theodor W. Adorno. Sie zeigen: Die Tendenz zur Auflösung liegt in uns selbst.

In einer fortschrittsorientierten Gesellschaft kann die Kultur nur als ein zu überwindendes Relikt der Vergangenheit verstanden werden. Grau geht allerdings noch einen Schritt weiter und konstatiert, »Gesellschaften ohne Kultur sind möglich« – sie werden die Zukunft bilden. Deshalb finde der moderne Mensch auch seinen Sinn nicht in der Überwindung der Endlichkeit, sondern in dem genauen Gegenteil, in der Verherrlichung derselben. Der Kulturpessimismus sei somit die letzte Möglichkeit, »die Würde des Menschen zu wahren.«

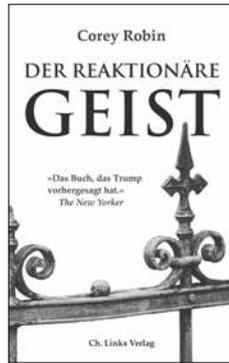
Grau gelingt es, den Kulturpessimismus von seiner verklärenden Nostalgie zu befreien und in einen zeitgenössischen Kontext zu setzen. Der Leser wird auf die Herausforderungen und Entwicklungen eines auseinanderfallenden Kulturbegriffs hingewiesen. Doch stehen wir wirklich auf verlorenem Posten, löst der Verlust der klassischen kulturellen Symbole auch zwangsläufig den Gestaltungswillen des Menschen auf?

TANO GERKE ■

Dach- und Fundamentschaden als Erbe von 68

Josef Kraus: *50 Jahre Umerziehung: Die 68er und ihre Hinterlassenschaften (= Die Werkreihe von Tumult)*, Berlin: Manuscriptum 2018. 190 S., 19,90 €

Josef Kraus, pensionierter bayerischer Gymnasialdirektor, wird mit Recht als »Titan der Bildungspolitik« (Ludwig Spaenle) gesehen. Trotz wichtiger und fruchtbarer Tätigkeiten in Gremien wie auch als einflußreicher Publizist blieb ihm der Karrieresprung als Kultusminister – er war mehrmals als solcher im Gespräch – am Ende doch verwehrt. Schade um die verpaßte Chance für die Kulturpolitik!



Seine neueste Publikation untersucht die 68er-Revolution und ihre vielfältigen Folgen, insbesondere für die Bildungspolitik. Wer Kraus' bisherige Untersuchungen kennt, ist nicht darüber verwundert, daß er keine systematische Darstellung des Kulturumbruchs in den »langen« 1960er Jahren vorgelegt hat, sondern kursorische Reflexionen anstellt, die aber gleichwohl nicht ohne Zusammenhang nebeneinanderstehen.

Wie andere Kenner der Thematik hebt Kraus hervor, daß die Proteste 1967 und in den Folgejahren auf bereits länger zurückliegende Ursachen zurückzuführen sind. Die »Fundamentalliberalisierung« (Jürgen Habermas) hätte sich auch ohne die neomarxistische Grundlagenkritik an zentralen Institutionen der frühen Bundesrepublik durchgesetzt. Der Vergleich der demoskopisch festzustellenden Wertepreferenzen der Deutschen mit Menschen aus europäischen Ländern, in denen kein »1968« stattfand, spricht eine deutliche Sprache.

Der Nachdruck der Erörterungen liegt weniger auf der »Dogmengeschichte« der Revolutionäre, die Kraus gleichwohl kompetent abhandelt, sondern auf diversen kulturellen Hinterlassenschaften. Dazu zählt auch die unübersehbare Linksverschiebung auf verschiedenen Feldern. Der Autor stellt unter anderem die Veränderungen der Akzente in kirchlichen Verlautbarungen heraus, weiterhin das demographische und soziale Vakuum, das mehr und mehr mit kulturfremden Kontingenten gefüllt wird. Weltfremde Multikulti-Phantasien, antideutscher Haß aufs eigene Volk, die verbreitete Dekadenz und vieles mehr wird erörtert. Man liest Kraus' fundierte Darlegungen und stimmt zu. Besseres kann man über einen Analytiker von weithin bekannten Gegenwartsphänomenen kaum sagen.

FELIX DIRSCH ■

Es irrt der Mensch, so lang' er strebt

Blaise Pascal: *Politica. Gedanken, Vorträge.* Mit einem Essai von Erich Auerbach, Wien: Karolinger 2018. 131 S., 19,90 €

Blaise Pascal ist bekannt als bedeutender, obgleich schon mit 39 Jahren gestorbener Mathematiker, Philosoph und Physiker. Der Erfinder einer frühen Rechenmaschine und des ersten öffentlichen Verkehrssystems war, was weniger bekannt ist, ein fundamentalistischer christlicher Denker. Sein radikales Denken mit Blick auf die Politik in der unruhigen Zeit irgendwo zwischen dem, was die Nachwelt »Renaissance« und »Aufklärung« genannt hat, wieder bekannter zu machen, dient der vom Karolinger-Verlag vorgelegte neueste Band der *Bibliothek der Reaction*.

Pascals Grundannahmen über das Leben in Gemeinschaft sind radikal – und biblisch

begründet. Das menschliche Verhalten ist unrettbar sündhaft, die dumme Eigenliebe des Individuums unbesiegtbar. Moralismus ist lächerlich, Staaten sind schlecht und verworfen, die Macht der Könige beruht auf Täuschung und Aberglauben. Weil der Mensch aber so schlecht ist, hat er auch keine Möglichkeit, bessere Zustände herzustellen, denn besser verhalten kann er sich nicht, dem wehrt die Sünde. Um das Recht zu haben, die schlechten Verhältnisse umzustürzen, gegen das Gesetz individuelle Freiheit zu suchen und die Herrschaft zu hinterfragen, müßten die Umstürzler in der Lage sein, etwas Besseres anzubieten, was ausgeschlossen ist. Solche Argumentation läßt die verlegerische Aufnahme Pascals unter die Reaktionäre verständlich werden. Gleichwohl durften die Fürsten sich vor Pascals Verstand nicht sicher fühlen: »Man wählt, um ein Schiff zu steuern, nicht denjenigen von den Reisenden aus, der dem vornehmsten Geschlecht entstammt«.

Aphoristisch, dann wieder in kurzen Essays, greift Pascal einige der philosophischen Leitsätze auf und an, die der beginnenden sogenannten Aufklärungsepoche so wichtig werden sollten. Das Streben nach Glück verwirft Pascal, denn Glück sei nur bei Gott. Menschenliebe gebe es gar nicht, nur Haß, lediglich die Begierde wurde für die Gemeinschaft dienlich gemacht, um den Menschenhaß zu verdecken. Noch in der christlichen Ehe erkennt Pascal lediglich die Ordnung dieser Begierde. Und gegenüber jeglichen Erwartungen, die Welt durchschauen und lenken zu können, zeigt Pascal als Jansenist ohnehin große Reserve; die Textsammlung durchziehen epistemologische Erwägungen, immer wieder hart kontrastiert mit Einsichten in die hoffnungslose Schlechtigkeit des Erkennenden. Pascal durchdenkt, was Allmacht Gottes bedeutet. Vor dieser Größe werden auch die vermeintlich Größten unter den Menschen irrelevant. Selbst der Mächtige, der sich aufrichtig bemüht, Gutes zu tun, wird scheitern.

Um diesen Kern der Menschen- und damit Gesellschaftskritik hat der Herausgeber allerlei »Pensées« zusammengetragen, in denen Pascal sich zu Herrschaft und anderen sozialen Beziehungen, zum Selbstverständnis der Mächtigen und natürlich zur Beziehung zu Gott äußert. Noch wertvoller als die (nicht in jedem Fall nachvollziehbare) Auswahl und Anordnung der vielfach anderweitig edierten Gedankensplitter ist freilich der ausleitende Essay des großen Gelehrten Erich Auerbach. Der Leser sollte grob über den Jansenismus orientiert sein, dann wird er Auerbachs Text mit großem Gewinn als Einführung in die *Politica* lesen und diese besser verstehen. Sich diese Mühe zu machen, erwirbt ganz praktischen Lohn. Lust an und Motivation für Politik ist bei Pascal zwar nicht zu schöpfen. Aber Demut für politisch Handelnde vielleicht.

KONRAD GILL ■



Briefe an alle und keinen

SEHR GEEHRTER HERR M.,
wir haben Ihre handschriftlich eingereichte Bestellung aus der Ablage geklaut und erneut entziffert, und wir können verstehen, daß Sie das Buch zurücksandten, obwohl wir rechtzeitig zum Jul-Fest lieferten. »Führer durch das kulinarische Franken« ist tatsächlich etwas ganz anderes als »Mit dem Führer durch das kulinarische Franken«. Jedoch wird es uns trotz eifriger Bemühens nicht gelingen, das eigentlich gewünschte Buch zu besorgen, selbst antiquarisch nicht: Es existiert nicht. Das ist schade. Wir hätten umgehend quergelesen die Alltagsgeschichte des Dritten Reiches in weiten Teilen neu geschrieben.

Geschichtsträchtig,
Ihre *Sezession*

SEHR GEEHRTE LEON V.,
wir zitieren einfach mal aus Ihrer Mail: »Mein Vater, Siegfried V., ist verstorben. Ich fordere Sie auf, seine Adresse und sämtliche Kontaktdaten und Bestellverläufe rückstandsfrei aus Ihrer Kartei zu löschen. Die zuletzt gelieferten Bücher werde ich selbstverständlich NICHT bezahlen. Sie können sie aber bis übermorgen, 12 Uhr, an der Adresse meines Vaters abholen, sie lagern in der Originalverpackung unter dem Windfang vor der Haustür. Nach Ablauf dieser Frist werde ich sie verbrennen.«

Soweit von Ihnen. Von uns ein herzliches »Danke« an dieser Stelle für den zivilisatorischen Fortschritt: Bücherverbrennungen können mittlerweile verhindert werden, wir haben es in der Hand! Leider schaffen wir es aber nicht mehr rechtzeitig bis nach Freiburg/Breisgau. Trotzdem Danke für die Chance.

Sezession

S. G. FR. H.,
best. Dank f. Ihre Großbstl., d. Sie auf einer ezg. PK untergebr. haben. Sollten wir einzl. Bstlg. n. korrekt entz. haben: Entschdgt!
MfG, Sez.

SEHR GEEHRTER HERR PROF. DR. DR. (HC) L.,
natürlich akzeptieren wir Ihre Kündigung, bloß die Begründung liegt uns quer in der Kehle wie eine Fischgräte. Sie schreiben, daß Ihnen das Niveau nicht genügt und hoffen wohl insgeheim, daß wir das mit Blick auf Ihre nicht ganz kurze Liste akademischer Titel sofort glauben. Wir sind gewillt, es zu glauben, läge da nicht

unter den abgelehnten Manuskripten eines von einem Prof. Dr. Dr. (hc) L., in dem auf – sagen wir mal zurückhaltend – unterirdischem Niveau gegen die deutschen Schmarotzer aus den »Neuen Ländern« gehetzt wird. Dürfen wir, uns zur Gaudi, drei Kapitelüberschriften vortragen? »Brandenburg – die Schrottimobilie, die wir nicht mehr loswerden!« – »Baut die Mauer wieder auf – aber höher diesmal!« – »AfD? – Holen wir uns unseren Lucke zurück!«

Merken Sie was?

Sezession

SEHR GEEHRTER HERR K.,
SEHR GEEHRTE FRAU V.,
Sie beide sind die einzigen Leser, die in den freien Raum auf unserem Umfrageblatt den Wunsch notierten, *Sezession* möge eine Rätselrubrik einführen. Wir haben Ihren Vorschlag behandelt, aber nicht mit Priorität, sondern im Paket mit anderen Spezialinteressen (Kontaktanzeigen, Kinderseite, »Fragen Sie Dr. Lehnert ...«). Die Entscheidung fiel negativ aus, wurde aber – im Gegensatz zu den in Klammern genannten Herzensanliegen – mit einer Art Trostpflaster versehen. Hier ist es. Das Lösungswort ist der Name der wichtigsten rechtsintellektuellen Zeitschrift Schnellrodas.

In Rätsellaune,
Ihre *Sezession*

	Lösungswort	
Literaturredakteurin	K	<input type="text"/>
Untergehend	A	<input type="text"/>
Abo hoffentlich	B	<input type="text"/>
Getränk	B	<input type="text"/>
Institut (Abk.)	I	<input type="text"/>
Nie wieder	F	<input type="text"/>
Getränk	W	<input type="text"/>
Sicher abgeschlossen?	A	<input type="text"/>
Mit ... leben	L	<input type="text"/>

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IFS) herausgegeben und erscheint 2019 im siebzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 50 € im Normalbezug,
- ▶ 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2019

Neuabonnenten erhalten als Prämie das Buch *Die große Autorenschlacht* von Günter Scholdt portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra



Heft 88 / Februar / 11 €

Thema: »Volk«

80 Seiten, Beiträge u. a.:

Thor v. Waldstein
Begriffe vom Volk
Caroline Sommerfeld
Wer gehört zu uns?
Eberhard Straub
Kulturvolk
Alexander Gauland
Populismus



Heft 91 / August / 11 €

offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Antoine de Saint-Exupéry
Erik Lehnert
Stauffenbergs Fanal
Konrad Weiß
Alternativgeschichte
Stefan Scheil
Unternehmen Barbarossa



Heft 89 / April / 11 €

offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Martin Sellner
Was noch möglich ist
Stefan Scheil
100 Jahre Versailles
Alireza Mousavi
Identitätspolitik
Martin Lichtmesz
Zwei Jahre Donald Trump



Heft 92 / Oktober / 11 €

Thema: »Lifestyle«

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Christian Kracht
Philip Stein
APO von rechts
Benedikt Kaiser
Warenästhetik und Post-Politik
Lexikon der rechten Milieus



Heft 90 / Juni / 11 €

Thema: »Sachsen«

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Uwe Tellkamp
Wiggo Mann
Sezession des Ostens?
Ellen Kositzka
Ostmentalität
Benedikt Kaiser
Niekisch in Sachsen



Heft 93 / Dezember / 11 €

offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Theodor Fontane
Götz Kubitschek
Was wir lesen
Till-Lucas Wessels
Neue Gedichte
Ellen Kositzka
Das war 2019

Die Deutschen sind ein gemeingefährliches Volk: Sie ziehen unerwartet ein Gedicht aus der Tasche und beginnen ein Gespräch über Philosophie.

Heinrich Heine